

Wertsicherungsklauseln
als Mittel
privatwirtschaftlicher Vorsorge

Maximilian Spitzl

WERTSICHERUNGSKLAUSELN ALS MITTEL
PRIVATWIRTSCHAFTLICHER VORSORGE

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Dipl. -Kfm. Maximilian Spitzl

1959



Referent: Prof. Dr. R. Löhlein

Korreferent: Prof. Dr. L. Beckmann

Tag der mündlichen Prüfung: 25. Februar 1959
(Schlußberatung)

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
I. Einleitung	1
Das Problem wirtschaftlich - rechtlich - soziologisch	
Abgrenzung der Untersuchung	
Möglichkeiten einer Wertsicherung und	
Anwendungsbereich	
II. Geschichtliche Entwicklung der Wertsicherung	10
1. Von 1918 - 1933	10
2. Rückläufige Bewegung seit 1933	13
3. Versagen der Wertsicherung in der gestauten Inflation	16
4. Wertsicherungsvereinbarungen in der Umstellung	18
III. Die währungspolitische Problematik von Wertsicherungs- vereinbarungen	22
1. Staat und Geldwesen	22
2. Der Geldwert	24
3. Die Notenbank	27
IV. Das Geldwertrisiko in der Betriebswirtschaft	30
1. Die Kompensation des Geldwertrisikos	30
2. Preisvorbehalte	35
3. Geldwertausgleich in der Bilanz	41
V. Privatrechtlicher Teil	46
1. Der Geldschuld begriff des Bürgerlichen Rechts	47
2. Der rechtliche Charakter des Geldes	49
3. Wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung des Nominalismus	50
4. Schuldverhältnisse aus Verträgen	51

VI. Untersuchungen zu § 3 des Währungsgesetzes	53
1. Die Bedeutung des § 3 WährG	54
2. Wirtschaftliche Betrachtung zu § 3 WährG	58
3. Auslegungsgrundsätze	65
Genehmigungspraxis - Literatur - Rechtsprechung	
4. Folgerungen und Versuch einer Grenzziehung	
zu § 3 WährG	73
Geldsummen- und Geldwertschulden	
Der Eigenwert der DM	
5. Möglichkeiten einer Wertsicherung	79
Öffentliches Interesse - Privatwirtschaftlicher	
Interessenschutz	
VII. Zusammenfassung und Ausblick	90
Literaturverzeichnis	93

I. EINLEITUNG

Das Problem der Sicherung des Wertes von Geldansprüchen entsteht aus der Geltung des Nominalismus. Es ist dies jener Rechtsgrundsatz, wonach der Gläubiger einer Geldforderung nur Anspruch auf Rückzahlung der gleichen Geldmenge, ausgedrückt in Geldeinheiten, hat ohne Rücksicht auf Sinken oder Steigen des wirtschaftlichen Wertes der Geldeinheit.

Dies zeigt bereits, daß diese Frage sich einer einseitigen Betrachtung entzieht. Die Abgrenzung hat daher sowohl vom Rechtlichen wie vom Wirtschaftlichen her zu erfolgen, wobei letzteres Element seinerseits geprägt ist von der Form der Staatsverfassung und von der Politik. (1)

Schließlich ist die rechtsgeschäftliche Wertsicherung noch ein Problem der Soziologie. Denn nicht nur der Geschäftsmann oder die anonyme Gesellschaft wollen ihre wirtschaftlichen Werte erhalten und sichern, sondern auch Sparer und Rentner haben berechtigtes Interesse daran ihre Ersparnisse und Renten vor den schädigenden Verlusten einer Geldentwertung - wie sie auch geartet sei - bewahrt zu wissen.

Die Furcht vor einer Minderung des Geldwertes ist nicht nur eine nationale Angelegenheit. In allen Ländern besteht das Problem und die Aufgabe, wie man diese Erscheinung bannen könne. Auch der Goldautomatismus bietet keinen Schutz vor dem Währungsverfall. (2)

Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität schließen sich keinesfalls gegenseitig aus. Das Ziel der heutigen Wirtschaftspolitik wird deshalb darin gesehen, eine wirtschaftliche Stabilität bei gleichzeitiger Erhaltung eines hohen Beschäftigungsgrades zu erreichen.

-
- 1) Die Einflußnahme der Politik auf das wirtschaftliche Geschehen soll hier nicht untersucht werden, weil hierfür subjektive Bestimmungsgründe maßgebend sind, die im Rahmen einer rein wissenschaftlichen Untersuchung keinen Platz haben dürfen.
 - 2) Es sei an dieser Stelle kurz an die Goldinflation in Schweden während des ersten Weltkrieges erinnert, wo dem starken Goldzufluß kein äquivalenter Güterabfluß gegenüberstand und das Preisniveau des Landes dadurch zwangsläufig stark erhöht wurde.

So steht heute unsere Marktwirtschaft vor der entscheidenden Aufgabe, die Produktivität bei gleichzeitig stabiler Währung aufrecht zu erhalten. Wie schwierig ihre Bewältigung ist, zeigt trotz allseitiger Bemühungen die von Jahr zu Jahr steigende Geldentwertung.

Die Notwendigkeit der rechtsgeschäftlichen Wertsicherung ist deshalb heute ebenso vorhanden wie in Zeiten völligen Währungsverfalls.

Zweck vorliegender Untersuchung soll aber nicht sein, Für und Wider der Zulassung oder des Verbots der rechtsgeschäftlichen Wertsicherung zu erörtern, sondern die derzeitigen gesetzlichen Normen als gegeben zu sehen und ausgehend von diesen Normen die Frage der rechtsgeschäftlichen Wertsicherung darzustellen. (3)

Das Verlangen nach Wertsicherung ist eine Folge der Tatsache der Geldentwertung. Diese Tatsache ist eine historische Erscheinung, denn im alten römischen Reich wie im Mittelalter finden wir Anzeichen einer Münzverschlechterung. Erst in unserer Zeit wird das Geld als Machtmittel zu den jeweiligen Zwecken - ob gut oder böse - benutzt und damit die reale Grundlage jeder Wirtschaftsrechnung in ihren Grundfesten erschüttert.

Wenden wir uns zuerst dem Problem der rechtsgeschäftlichen Wertsicherung von der wirtschaftlichen Seite zu im Anschluß an das Problem der latenten Geldentwertung und stellen uns die Grundfrage: "Kann auf die Einschaltung des Geldes als Zwischentauschgut überhaupt verzichtet werden?"

Eine zentralgeleitete Wirtschaft kann sich theoretisch und praktisch darauf beschränken, innerhalb der total verstaatlichten Produktion Verrechnungseinheiten mit staatlichem Zwangskurs zu verwenden. Diese erfüllen die Funktion des Geldes als Rechnungseinheit. Die Güterverteilung wäre theoretisch im Zuteilungswege möglich. Jedoch alle zentralwirtschaftlich geleiteten Staaten vollziehen diese Verteilung mit Geld und Preis. Insoweit sind also auch diese Volks-

3) § 3 Satz 1 und 2 Währungsgesetz setzen der Vertragsfreiheit gewisse Schranken, die aber entgegen vielfacher Meinung nicht als grundsätzliches Verbot anzusehen sind. So auch Fögen in "Neue Juristische Wochenschrift", 6. Jahrgang 1953, Heft 36/37, S. 1321 ff.

wirtschaften Geldwirtschaften. (4)

Die unterschiedliche Stellung des Geldwesens im jeweiligen Wirtschaftssystem charakterisiert Gestrich (5), wenn er sagt: "Es ist in der Tat ein sehr eigenartiges Ergebnis der modernen Forschung (und hier insbesondere der Geldtheorie), daß eine Verkehrswirtschaft eine zentral geleitete Geld- und Kreditpolitik braucht, wenn sie gut und glatt funktionieren will, während in einer zentral-geleiteten Wirtschaftsordnung das Geld nur subsidiäre Funktionen hat und desto mehr in den Hintergrund tritt, je totaler die zentrale Leitung ist."

Als juristisches Problem gewinnt die Frage des Geldwertes und seiner möglichen Sicherung aus dem Prinzip des Nominalismus heraus ihre Bedeutung. Der Nominalismus als Rechtsgrundsatz wurde durch die Ereignisse der letzten 40 Jahre weitgehend durchbrochen und darf heute nur mehr als Postulat gewertet werden. Die nur rechtliche Betrachtungsweise des Geldes muß deshalb durch die volkswirtschaftliche ergänzt werden, denn das Geld ist vor allem eine wirtschaftliche Erscheinungsform, die ihren rechtspolitischen Hintergrund erst durch die staatliche Proklamation erhalten hat.

Die rechtsgeschäftliche Wertsicherung stellt sich auch als soziologisches Problem dar. Ist unter einem Rechtsgeschäft ein Tatbestand zu verstehen, der eine Willenserklärung enthält und nach der Rechtsordnung die als gewollt bezeichnete Rechtswirkung nach sich zieht, so wird deutlich, daß damit ein zwischenmenschliches Geschehen ausgelöst wird. In der Soziologie spricht man von einer sozialen Sphäre des menschlichen Lebens und versteht darunter ein Netz von Beziehungen, das sich tagtäglich zwischen den wirtschaftenden Menschen ergibt. Aus diesen zwischenmenschlichen Beziehungen entsteht der "soziale Konflikt", d. h. mit anderen Worten, wo Rechtsgeschäfte begründet werden, ergibt sich aus den verschiedenen Willensbildungen - gewollt oder ungewollt - ein Konfliktstoff.

4) Stefan Varga "Das Geld im Sozialismus", Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Band 78, Heft 2, 1957, S. 223 ff.

5) Hans Gestrich, "Kredit und Sparen", Godesberg, 1947, S. 104

Die Lösung solcher Konflikte kann sich in verschiedenen Bereichen abspielen. Die einfachste Lösung erfolgt in der Sphäre des sozialen Kontaktes. Hier einigen sich die betreffenden Individuen der Gesellschaft vergleichsähnlich, d. h. durch gegenseitiges Nachgeben und Zugestehen, jedenfalls aber nicht durch die Inanspruchnahme der Gerichte, die nach bestimmten Normen arbeiten. Der Ausgleich kann wohl erfolgen durch Einschaltung Dritter, die als gewählte Schiedsgerichte fungieren. Diese Lösung bedeutet jedoch nicht, daß die Glieder der Gesellschaft sich nicht doch nach gesetzlichen Normen richten. Eine freiwillige Unterwerfung unter die Norm ist möglich.

Derartige Lösungsfälle scheiden für die vorliegende Untersuchung aus. Sie sind insofern nicht als echtes Problem zu betrachten, weil die Einigung sich dem öffentlichen Interesse entzieht und eine private Interessenabwägung die allgemeine Rechtsgestaltung und -auslegung nicht beeinflusst. Wo keine Lösung eines Konfliktfalles in der Sphäre des sozialen Kontaktes mehr gefunden werden kann, erfolgt der direkte oder nachgeordnete Schritt zur Problemlösung zum Bereiche des Rechts hin. Da dieser Bereich der Gesellschaft übergeordnet ist und damit die Sphäre des sozialen Kontaktes bewußt von den Parteien verlassen wird, bedeutet dieser Schritt zugleich eine freiwillige Unterwerfung unter den Normenbereich.

Hierbei ist das mit diesem Schritt verbundene Risiko einzubeziehen, daß Rechtsverhältnisse, die vordem nicht - ob bewußt oder aus Unkenntnis - im Normeneinklang standen, nunmehr verworfen werden können oder überhaupt keinen Schutz mehr genießen (6).

Nicht Gegenstand vorliegender Untersuchung kann die gerichtliche Lösung von Konfliktfällen sein, bei denen sich der Wert der Geldeinheit änderte.

Werden sittenwidrige Verträge ohne Aufsuchen eines ordentlichen Gerichtes erfüllt oder wird freiwillig auf Wertänderung Rücksicht genommen, so fehlt es überhaupt an einem Konflikt.

Die Frage kann nur lauten, wie sich die Vertragspartner möglicherweise gegen einen Wertverfall des Geldes, gleichgültig, ob dieser plötzlich durch eine Neufestsetzung der Geldeinheit (Währungsreform) oder durch eine schleichende Geldentwertung eintritt, schützen können. Da das Gesetz selbst keine Handhabe bietet, besteht nur die vertragliche Möglichkeit. § 305 des Bürgerlichen Gesetzbuches enthält den Grundsatz der Vertragsfreiheit, d. h. die Ver-

6) wie z. B. unsittliche Geschäfte (§§ 134, 138, 817 BGB)

tragsschließenden sind nicht an bestimmte Normen gebunden(7). Denn die im Schuldrecht geregelten Vertragstypen sind nicht ausschließlich, es besteht kein "numerus clausus" wie im Sachenrecht.

Das Problem der rechtsgeschäftlichen Wertsicherung besteht (8) generell nur für Geldbetrags-, dagegen nicht für Geldwertschulden, die zwar mit Geld erfüllt werden sollen, deren Höhe aber nicht oder noch nicht auf einen bestimmten Betrag festgelegt ist, sondern von außerhalb des Schuldverhältnisses liegenden veränderlichen Verhältnissen oder künftigen Ereignissen abhängt. Die Grenze zwischen den beiden Gruppen wurde bei der Aufwertung und heute nicht ganz gleich gezogen (9). Diese Unterschiede und die heute noch bestehenden Zweifel über die Grenzziehung sind für unsere Frage aber ohne Interesse. Sie betreffen nur vorwiegend gesetzliche Schuldverhältnisse von geringerer Bedeutung für den allgemeinen Wirtschaftsverkehr. Ecksteins Versuch (10), die Geldschulden aus Austauschverhältnissen wie z.B. Kauf-, Werk- und Dienstvertrag sowie die Kreditschulden als Wertschulden nachzuweisen entgegen dem erklärten Schuldinhalt, ist nicht anerkannt worden (11). In Deutschland sind diese Schulden Geldbetragschulden, ihr Inhalt gilt auch bei Änderung des Wertes der Geldeinheit.

Typisch für die Anwendung der Wertsicherung sind Schuldverhältnisse, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken. Es entsteht die Frage, wie einer Geldwertverschlechterung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten begegnet werden kann.

So haben sich im Geschäftsleben vielfältige Ausweichmöglichkeiten herausgebildet, die in etwa folgendermaßen geordnet werden können:

1. Verzicht auf jede Art von Schuldverhältnissen, statt dessen Wahl eines anderen Rechtsverhältnisses (12).
 - a) Errichtung einer Gesellschaft von Geldgeber und Unternehmer statt Hingabe eines Darlehens.
 - b) Erwerb von Sacheigentum, z.B. einer Eigentumswohnung statt Hingabe eines Baudarlehens.

7) soweit im Gesetz nichts anderes bestimmt ist, wie z.B. § 313 BGB

8) Mit den in der Aufwertung nach der Inflation 1923 entwickelten Begriffen, die im Umstellungsgesetz 1948 bestätigt wurden.

9) Z.B. zählten Bereicherungsansprüche damals anders als heute zu den Wertansprüchen.

10) "Geldschuld und Geldwert im materiellen und intern. Privatrecht", 1932, S. 29 ff. Forts.d. Anm. nächste Seite unten.

2. Ersetzung der Geldschuld inländischer Währung durch ein Schuldverhältnis anderen Inhalts.
 - a) Vereinbarung einer Naturschuld wie z. B. Sachlieferung oder auch Dienstleistung an Stelle einer Geldschuld.
 - b) Vereinbarung einer echten Fremdwährungsschuld statt solcher in inländischer Währung.
3. Kombination des Geldanspruchs in inländischer Währung mit gewissen schützenden Vorkehrungen.
 - a) Einräumung der Wahl zwischen Naturalleistung und Zahlung, wie auch der Wahl zwischen inländischer oder ausländischer Währung.
 - b) Das Recht auf Umtausch der Schuldverschreibung z. B. bei einer verbrieften Geldschuld in einen anderen Wert (Aktie oder Wandelobligation).
 - c) Einräumung anderer Gestaltungsrechte, die dem Geldgläubiger bei drohender oder eingetretener Geldentwertung deren Folgen abzuwenden gestatten wie
 - aa) Rücktrittsrecht vom Vertrag,
 - bb) Einräumung eines Kündigungsrechtes.
4. Die inhaltliche Ausgestaltung des Geldanspruchs in der Weise, daß die Wirkung der Geldentwertung abgefangen wird.
 - a) Vorbehalt der späteren Bestimmung des Betrages der Geldschuld durch den Gläubiger, Schuldner oder Dritte nach § 315 BGB mit und ohne Richtlinien für die spätere Bestimmung.
 - b) Ersetzung des festen Betrages der Geldschuld durch einen veränderlichen Maßstab wie z. B.
 - aa) Marktpreis einer Ware oder ausländischen Geldes.
 - bb) Dienstentgelt einer bestimmten Gruppe von Arbeitnehmern (typisch Beamtengehalt),
 - cc) das Ergebnis laufender Beobachtung und Aufzeichnung der Bewegungen der Marktpreise einer Mehrzahl von Wirtschaftsgütern durch eine sachkundige Stelle, namentlich den statistischen Index.

11) So Duden, Gutachten für den 40. Deutschen Juristentag, Tübingen, 1953, S. 5. Übereinstimmend auch Caemmerer, Empfehlen sich gesetzliche Bestimmungen über die Wertversicherung?, Verhandl. d. 40. Dt. Juristentages, Wirtschaftsrechtliche Abt., Bd. II, Sitzungsberichte, Tübingen, 1954, D 9.

- c) Festsetzung von Beträgen in inländischer gesetzlicher Währung mit Zusatzklauseln, die für den Fall der Entwertung der Währung eine Korrektur vorsehen, die sich nach irgendeinem Maßstab von den unter b) genannten richten soll.

Darüber hinaus gibt es eine rechtsgeschäftliche Wertsicherung nicht nur bei Schuldverhältnissen, obwohl diese typisch und wohl auch am häufigsten sind, sondern auch bei allen Rechten, deren Inhalt in irgendeiner Weise durch Beträge inländischer Währung bestimmt wird oder bestimmt zu werden pflegt, wie z. B. bei auf Geldbeträge lautenden dinglichen Rechten wie Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld, Reallast, gleichgültig ob sie Schulforderungen sichern oder unabhängig von solchen bestehen (13).

Im Vordergrund stehen aber der wirtschaftlichen Bedeutung nach die Schuldverhältnisse und die dem Inhalt nach verwandten Grundpfandrechte und Geldreallasten.

Man kann zunächst von der unbestreitbaren Tatsache ausgehen, daß bei relativer Stabilität der Währung Wertsicherungsklauseln objektiv ohne Bedeutung sind. Subjektiv liegen allerdings auch hier die Dinge wesentlich schwieriger. Der einzelne Gläubiger wird nur allzu häufig den Wunsch haben, sich gegen die Entwertung seiner Forderung zu schützen. Aber in Zeiten relativer Währungsstabilität wird der Gesetzgeber diesem Verlangen nur dann Rechnung tragen, wenn das Verbot von Wertsicherungsklauseln den schutzwürdigen Rechtsverkehr behindern sollte. Darüber jedoch lassen sich zuverlässige Feststellungen nicht treffen. Bei im wesentlichen normalen Währungsverhältnissen und so lange eine ernste Geldentwertung nicht eingesetzt hat oder droht, besteht kein beachtenswertes Bedürfnis nach Wertsicherung. Auf der anderen Seite gewinnt die Wertsicherungsklausel ihre wahre praktische Bedeutung bei starker Geldentwertung.

Durch ein Überhandnehmen von Wertsicherungsklauseln wird eine inflationistische Tendenz hervorgerufen (14). In einem Zeitpunkt, wo das Staatsinteresse höchste Disziplin erfordert, d. h. Einschränkung des Geldumlaufes, führt

-
- 12) Aus der Vielfalt der Möglichkeiten seien bei jeder Art zwei herausgegriffen, die als typisch angesehen werden können.
- 13) Des weiteren bei durch Geldbeträge bestimmten Gestaltungsrechten, z. B. Kauf, Wiederkauf, Übernahmerecht mit vorausbestimmtem Preis, bei Rechten aus Angeboten.
- 14) Je intensiver die Inflation, um so mehr wird sich der Kreis derjenigen erweitern, die sich eben durch solche Klauseln gegen die fortschreitende Geldentwertung

die Klausel zum entgegengesetzten Ergebnis und gesetzgeberische Maßnahmen werden unvermeidlich. Dabei ist nicht zu vergessen, daß dem Gehaltsempfänger, dem Pensionär, dem Sparer und Rentner die Möglichkeit verschlossen ist, die Kreditgebern oder Warenlieferanten zur Verfügung steht und deren Ausnutzung zur Verschärfung sozialer Spannungen führt (15).

Es ist bezeichnend, daß, als eine englische Wochenschrift (The Economist, als Sonderschrift in einer Artikelserie erschienen unter dem Titel "The Age of Inflation", 18. und 25. 8., 1. und 8. 9. 1951) den Gedanken einer Indexwährung zur Diskussion stellte, die Redaktion die Abhandlung mit den Worten abschloß:

"Die richtige Haltung für diejenigen, die realistisch die Stärke der Inflation erkennen, besteht darin, ihre Unvermeidbarkeit zu leugnen. Sie besteht noch immer darin, selbst mit schwerem Herzen alles zu tun, was getan werden kann, um die Inflation aufzuhalten, bevor es zu spät ist."

zu schützen versuchen und gerade dadurch die Tendenz zur Inflation verschärfen.

- 15) Es sei hier auf das Beispiel der USA im Jahre 1933 verwiesen. Die Goldklausel war seit dem Bürgerkrieg so weit verbreitet, daß im Falle ihrer Beachtung nach zuverlässigen Schätzungen mehr als 170 Milliarden Dollars aufzuwenden gewesen wären, um Schulden im Nominalbetrag von etwa 100 Milliarden Dollars abzudecken.

Hätte man die Goldklausel nicht aufgehoben, so wären zwei Folgen eingetreten, die vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus gesehen gleichermaßen unerwünscht gewesen wären.

a) es wäre einmal der Geldumlauf so erweitert worden, daß eine Inflation unvermeidbar gewesen wäre.

b) es wäre überdies die Bevölkerung in zwei Gruppen geteilt worden, in eine, die durch die Berücksichtigung der Goldklausel bereichert worden wäre und in die andere, der diese Klausel vorenthalten war.

Die Bereicherung der ersteren Gruppe hätte sich dadurch ergeben, daß die Herabsetzung des Goldpreises das Preisniveau im Lande weder berührte noch berühren sollte. Die interne Kaufkraft des Dollars blieb unverändert und deshalb hätte die Erfüllung der Goldklausel die eine Gruppe kaufkraftmäßig bereichert. Die sozialen Folgen wären um so bedenklicher gewesen, als die Goldklausel zur "clause de style" geworden war und bestimmten Kreisen, die nicht freiberuflich tätig waren, verschlossen war.

Unter diesen Umständen ist es nicht überraschend, daß die Aufhebung der Goldklausel in den USA heute als berechtigter Eingriff des Gesetzgebers betrachtet wird. (Aus Nussbaum, Money in the Law, 1950.)

Das englische Beispiel ist im umgekehrten Sinne nicht weniger eindrucks-

Es kann als sicher angenommen werden, daß Wertsicherungsklauseln, die im Normalfall bedeutungslos sind, im kritischen Fall durch einen gesetzlichen Eingriff ohnehin abgeschafft werden, also wirkungslos sind. Martin Wolff (16) sagte, daß Goldklauseln wirtschaftlich überflüssig sind, solange das Währungssystem eines Landes stabil ist und glatt funktioniert, sie werden jedoch wichtig, wenn das Währungssystem eine ernste Erschütterung erleidet. Er sei deshalb berechtigt und vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus sogar erwünscht, daß in einer Periode finanzieller Unsicherheit alle Gläubiger gleich behandelt werden und es keinem gestattet wird, zum Nachteil anderer auf dem Wege über die Goldklausel eine bevorzugte Stellung zu genießen.

Diese Einführung in den Problemkreis der Wertsicherung soll genügen, um die Ausgangsbasis für die nachfolgende Untersuchung zu gewinnen. Jedoch ist es zweckmäßig, sich die nötige Erkenntnis auf empirischen Weg zu verschaffen. -

voll.

England sah sich niemals gezwungen, Wertsicherungsklauseln aufzuheben, (sie sind in England nicht in dem Maße bekannt wie in USA und Deutschland) obwohl sich die Kaufkraft des englischen Pfundes seit 1914 um 71 %, seit 1939 um fast 50 % und seit 1945 um mehr als 25 % verschlechtert hat. Aber weder bei der Aufhebung des Goldstandards im Jahre 1931, noch bei Kriegsausbruch 1939 wie auch bei der Abwertung 1949 sah sich der Gesetzgeber dazu veranlaßt.

16) Martin Wolff, Private International Law, Oxford, 1950, S. 468

II. GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG DER WERTSICHERUNG (17)

1. Von 1918 - 1933

Schon vor der ersten Inflation kamen Vereinbarungen über die Sachwertbeständigkeit von Geldschulden zustande. Aber solche Vereinbarungen beschränkten sich damals im inländischen Verkehr hauptsächlich auf die Sicherung gegen Preisschwankungen für bestimmte preiseempfindliche Güter in längerfristigen Lieferverträgen und auf die Vereinbarung von Naturalwertentgelten bei Pachtverträgen und Altenteilsrenten.

Als eine nicht nur vereinzelte, sondern stark verallgemeinerte Sicherung gegen generelle Veränderungen des Geldwertes ist die Vereinbarung sachwertabhängiger Geldschulden eine verbreitete Erscheinung im innerdeutschen Rechtsleben erst während der ersten Inflation geworden. Versteckt oder offen (18) war sie fast immer einseitig als Schutz gegen eine Minderung des Geldwertes gedacht.

Die Erfahrungen der Inflationszeit von 1918 bis 1923 geben Anlaß, sich im größten Umfang um rechtsgeschäftliche Vorsorge gegen eine neue Geldentwertung zu bemühen und gesetzliche Hindernisse, soweit solche bestanden, zu beseitigen. Im Bereiche der Vertragsfreiheit bedurfte es keiner neuen Gesetze. Die Freiheit des Warenverkehrs, des Devisen- und Goldhandels, gestattete beliebige Naturalverpflichtungen und echte Valuta- (19) und Goldschulden. Die freie Preisbildung auf dem Waren-, Devisen- und Goldmarkt versprach volle Wirksamkeit der unechten Natural-, Valuta- und Goldschulden im Falle der Entwertung der Reichsmark gegenüber diesen Wertmessern.

Der Staat kam dem Verlangen der Wirtschaft dadurch entgegen, daß er nicht nur Wertsicherungsklauseln für ungesicherte Forderungen zuließ, sondern auch sogar das formell besonders strenge Hypothekenrecht einer Wertsicherung dadurch zugänglich machte, daß er wertbeständige Hypotheken zuließ (20). Bis dahin hatte nämlich § 28 der Grundbuchordnung einer Wertsicherungsklausel für Hypotheken entgegengestanden, da ein Grundpfandrecht in "Reichswährung" eingetragen werden mußte.

17) Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf der Veröffentlichung von Duden: "Empfehlen sich gesetzliche Bestimmungen über die Wertsicherung?" Gutachten für den 40. Dt. Juristentag, Tübingen, 1953.

18) nämlich durch entsprechende "Mindestklauseln"

Zufolge dieser Verordnung konnten Fremdwährungshypotheken auch als Höchstbetragshypothek bestellt werden. Sie gestattete weiterhin die Umstellung eingetragener Hypotheken auf ausländische Währung und die Bestellung von Fremdwährungsgrundschulden, wobei allerdings der Vorbehalt der Einwilligung der Landeszentralbehörde, die einvernehmlich mit der Reichsbank erteilt werden sollte, gemacht wurde (21). Die Änderung solcher Rechte war ebenfalls von einer Genehmigung abhängig (22).

Ähnlich wurden durch die Gesetze vom 26.1.1923 und 29.3.1923 Schiffspfandrechte in ausländischer Währung zugelassen (23).

Das Gesetz über wertbeständige Hypotheken vom 23.6.1923 (RGBl I, S. 407) gestattete die Begründung von Grundpfandrechten in der Weise, daß "die Höhe der aus dem Grundstück zu zahlenden Geldsumme durch den amtlich festgestellten oder festgesetzten Preis einer bestimmten Menge von

Roggen,
Weizen oder
Feingold

bestimmt wird". (§ 1 Satz 1, § 8.) Auch die Kombination zweier Maßstäbe, daß entweder immer der höhere oder der niedrigere maßgebend sein soll, wurde erlaubt (§ 2), aber kaum verwandt. Das Gesetz ermächtigte die Reichsregierung außerdem, mit Zustimmung des Reichsrates auch den amtlich festgestellten oder festgesetzten Preis einer bestimmten Menge von Kohle, Kali oder anderen Waren oder auch von Leistungen zuzulassen (§ 1 Satz 2) (24). Des weiteren wurde die Reichsregierung ermächtigt, Anleihen für USA-Dollar, die also entweder als Ware oder andere Leistung betrachtet wurden, zuzulassen. Diese Anleihen mußten vom Reich oder einem Land verbürgt sein und wurden nach ihrem amtlichen deutschen Kurs an der Börse notiert (25).

19) echte Valutaschuld - Geldschuld bestimmter Größe in Fremdwährung ausgedrückt

unechte Valutaschuld - Geldschuld, ausgedrückt in inländischer Währung, jedoch durch Alternativklausel mit fremder Währung verknüpft.

20) Verordnung über die Eintragung von Hypotheken in ausländischer Währung vom 13.2.1920 (RGBl, S. 231)

21) ebenda in §§ 1 und 13. 22) ebenda in § 3. 23) RGBl. I S. 90 und 232

24) Das geschah für gewisse Kohle- und Kalisorten durch §§ 3 u. 4 der Durchführungsvorordnung vom 29.6.1923 (RGBl I S. 482), die auch die Preisermittlung näher regelte in § 4 und durch die 2. UVO v. 8.10.1923 (RGBl. I S. 933)

25) 3. DVO vom 2.11.1923 (RGBl. I S. 1075)

Für Roggen und Weizen bezeichnete die DVO vom 29. 6. 1923 (RGBl. I S. 482) genauer die Börsenpreise, hilfsweise die vom deutschen Landwirtschaftsrat festzustellenden Preise als maßgebend (§ 1), für Feingold den im Reichsanzeiger vom Reichswirtschaftsministerium oder der von ihm bestimmten Stelle bekanntgegebenen Londoner Goldpreis, der - in Pfund Sterling ausgedrückt - in bestimmter Weise in Reichsmark umzurechnen war (§ 2).

Feingoldhypothesen konnten später als Goldmarkhypothesen eingetragen werden, eine Goldmark war nach der gesetzlich festgelegten Relation der Preis für 1/2790 kg Feingold (26). Diese Form fand die weitaus größte Verbreitung, vermutlich weil sie die lästig erscheinende Veränderlichkeit des Schuldbetrages in gesetzlicher Währung geschickt unter dem Schein eines festen Schuldbetrages und der ganz ähnlich bezeichneten Einheit Goldmark verbarg. Daneben waren auch Roggen- und Weizenhypothesen verbreitet, weniger aber Kohle- und Kalihypothesen. Diese wertbeständigen Hypothesen wurden später, vor allem aber in den Jahren 1934 bis 1938, nach und nach wieder abgebaut. Die auf der Basis von Feingold gesicherten Hypothesen wurden in ihrem praktischen Wert erheblich dadurch eingeschränkt, daß man sie ihres eigentlichen Wert-sicherungscharakters durch eine starre Verknüpfung des Wertes der Goldmark mit dem amtlichen Zwangskurs des Goldes entkleidete.

Die Ausgabe wertbeständiger Inhaberschuldverschreibungen war gesetzlich nicht beschränkt, unterlag deshalb auch nur der Börsenzulassungskontrolle. Nach § 795 BGB wird die Emissionsgenehmigung nur für den Fall verlangt, daß Zahlung einer "bestimmten Geldsumme" versprochen wurde. Andere Papiere hatte man früher nicht für umlauffähig, darum auch nicht für kontrollbedürftig gehalten.

Durch das Gesetz über die Ausgabe wertbeständiger Schuldverschreibungen (27) wurde die Genehmigungspflicht nach § 795 BGB auf Papiere ausgedehnt, in denen Zahlung einer Geldsumme versprochen ist, "deren Höhe nicht durch Angabe eines festen Betrages, sondern durch Bezeichnung des Maßstabes bestimmt ist, nach dem der geschuldete Geldbetrag zu errechnen ist", desgleichen auf Papiere, die dem Schuldner die Ablösung einer andersartigen Verpflichtung durch eine so bemessene Zahlung gestatten. In dem gleichzeitig erlassenen Gesetz über wertbeständige Hypothesen (28) wurde die Deckung wertbeständiger Pfand-

26) 5. DVO vom 17. 4. 1924 (RGBl. I S. 415)

27) Gesetz vom 23. 6. 1923, RGBl. I S. 407

28) dto.

briefe, d.h. solcher, die keinen Nennbetrag haben, sondern nur eine Forderung von veränderlichem Betrag gewähren - durch wertbeständige Hypotheken geregelt.

Auch in der Industrie kamen in der Inflation und den ersten folgenden Jahren Sachwert-, Goldwert- und Valutawertanleihen zur Emission mit den Wertmaßstäben wie 1 RM = 1/2790 kg Feingold, 1 GM = 10/42 Dollar.

War während der Inflation jede Wirtschaftsrechnung und Kalkulation wenn nicht überhaupt unmöglich, so festigte sich nach der gelungenen Stabilisierung der Mark im Jahre 1924 nicht zuletzt unter Zuhilfenahme der vielfältigen Möglichkeiten einer Wertsicherung das Vertrauen in die neue Währung.

2. Rückläufige Bewegung seit 1933

Nach der Stabilisierung der Mark im Jahre 1924 sank im Bankverkehr das Interesse an der Wertsicherung sehr rasch. Die Diskussionen über die Wertsicherung der Spareinlagen beschäftigten sich vorwiegend mit dem Gedanken der zur damaligen Zeit neu von Irving Fisher und Gustav Cassel entwickelten Indexwährung (29), im besonderen aber mit der speziellen Index-Sicherung von Spareinlagen. Die Angst vor der Inflation wich alsbald der heranziehenden Deflation. So schrieb die Deutsche Sparkassenzeitung (30) im Jahre 1929 über die damaligen Verhältnisse sehr treffend: "Der Kaufkraftgedanke wird tatsächlich mehr oder minder lediglich zu Agitationszwecken benutzt. Das Problem für den Sparer liegt nicht in der Sicherheit der Reichmarksparguthaben, sondern in der Sicherheit des betreffenden Sparunternehmens."

Die Vorschriften über die Eintragung von Fremdwährungshypotheken, die zunächst bis zum 31.12.1925 befristet waren, wurden Ende 1925 um 3 Jahre, Ende 1928 noch um ein Jahr, dann aber nicht mehr verlängert. Die Neubegründung solcher Rechte war also ab 1.1.1930 nicht mehr zulässig. Durch das Gesetz vom 12.3.1931

29) Irving Fisher, The Making of Index Numbers, Boston, 3. Auflage, 1927.
Gustav Cassel, Theoretische Sozialökonomie, Leipzig, 5. Auflage, 1932.

30) vom 15.8.1929, herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Verlag für bargeldlosen Zahlungsverkehr, Robert Gürgens, Berlin.

(RGBL. I S. 131) wurden lediglich noch Übergangsfragen geregelt.

Eine Abschwächung dieser zweifellos etwas übertriebenen Wertsicherungssucht trat erstmals dadurch ein, daß im nationalsozialistischen Staat derartige Wertsicherungsklauseln wegen des aus ihnen sprechenden Mißtrauens gegen den Bestand der Währung mehr und mehr als volksfeindlich angesehen wurden. So verbot das Gesetz vom 16. 5. 1934 (RGBL. I S. 391) "über die Umwandlung wertbeständiger Rechte und ihre Behandlung im landwirtschaftlichen Entschuldungsverfahren", das sogenannte Roggenentschuldungsgesetz, mit DVO vom 25. 5. und 5. 9. 1934 (RGBL. I S. 448 und 824) nicht nur neue Roggen- und Weizenrechte, sondern wandelte die bestehenden in Reichsmark-Rechte um nach den Formeln

1 Ztr. Roggen = RM 7. 50,

1 Ztr. Weizen = RM 9. 50.

Dies galt sowohl für Grundpfandrechte, für welche erst die Gesetze von 1923 die Roggen- und Weizenklausel zugelassen hatten, wie für Reallasten, für welche das BGB jeden Maßstab zuließ, wie für Inhaberschuldverschreibungen auf Roggen- und Weizenbasis, die das BGB bisher keiner Beschränkung unterwarf und erst die Gesetze von 1923 unter Genehmigungspflicht gestellt hatten. In der ersten DVO (Art. 1) wurde unter anderem eine Ausnahme festgesetzt für Rechte aus Grundstücksüberlassungs- und Altenteilsverträgen ähnlich der Begünstigung solcher Rechte in §§ 10 und 63 des Aufwertungsgesetzes von 1923, für bäuerliche Erbpachten und ähnliche Rechte. Die vom Reichsernährungsminister veröffentlichte Begründung dieses Gesetzes bezeichnet die Auswirkungen der Güterbeleihung auf Roggen- und Weizenbasis mit Ausgabe von Pfand- und Rentenbriefen auf gleicher Basis als verhängnisvoll. Die Darlehen seien regelmäßig in solchen Pfand- und Rentenbriefen ausbezahlt worden, bei ihrer Verwertung habe der Schuldner zumeist erhebliche Verluste erlitten, weil der Kurswert der auf Roggen oder Weizen lautenden Papiere weit unter dem jeweiligen Preis des Getreides gelegen habe, häufig habe der Verwertungserlös nur die Hälfte des Schuldbetrages ausgemacht. Die Begründung stellt die schon im Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 1. 6. 1933 gegebene Möglichkeit der Zwangskürzung von Schulden in den Vordergrund. Die Kürzung konnte bis auf den tatsächlichen Wert dessen gehen, was der Gläubiger dem Schuldner gegeben hatte. Das Roggenentschuldungsgesetz übernehme diese Regelung und gehe darüber hinaus, indem es ohne Beschränkung auf das landwirtschaftliche Entschuldungsverfahren diese Rechte in Reichsmark-Rechte umwandelt und die Umstellung solcher Rechte für die Zukunft ausschließt.

Eine Art Sonderstrafe für Geldgeber, die sich nicht der Reichsmark, sondern einer ausländischen Währung anvertraut hatten, brachten nach der Abwertung der ausländischen Währung (31) das Gesetz über Fremdwährungsschuldverschreibungen, das sogenannte Dollarbonds-Gesetz (32) vom 26. 6. 1936 (RGBl. I S. 515) und die Verordnung über Fremdwährungsschulden (32) vom 5. 12. 1936 (RGBl. I S. 1010). Diese Verbindlichkeiten waren nach dem neuen niedrigeren Kurs der ausländischen Währung zu begleichen, auch wenn eine Goldklausel bestand und auch wenn der ausländische Gesetzgeber die Goldklausel nicht außer Kraft gesetzt hatte. Rechtskräftige abweichende Gerichtsentscheidungen wurden für wirkungslos erklärt.

Art. 5 der 9. DVO zum Landwirtschafts-Schuldenregelungsgesetz (RGBl. I S. 1305 aus dem Jahre 1937) ordnete die Umwandlung ungesicherter Goldmark- oder Feingoldschulden in Reichsmark-Forderungen anlässlich ihrer Eintragung ins Grundbuch an. Schließlich wurde durch die VO über wertbeständige Rechte vom 16. 11. 1940 (RGBl. I S. 1521) die meistgebrauchte Wertsicherung, nämlich die Bezugnahme auf die Goldmark, d. h. den Goldwert, allgemein entkräftet, indem man 1 Goldmark = 1 Reichsmark setzte (§ 1). An Stelle des für Feingold- und Goldmark-Rechte früher maßgebend gewesen, seit Kriegsausbruch in Deutschland aber nicht mehr amtlich bekanntgemachten Londoner Goldpreises setzte man den im Reichsbankgesetz von 1939 (15. 6. RGBl. I S. 1015 in § 14 Abs. 2) festgelegten mehr oder weniger fiktiven Goldverkaufspreis der Reichsbank, nämlich

2790 Reichsmark für 1 kg Feingold,

d. i. die im Münzgesetz vom 30. 8. 1924 (RGBl. II, S. 254, § 3) als Goldparität der Reichsmark festgesetzte Relation, so daß der Preis von 1/2790 kg Feingold (1 Goldmark) nunmehr unveränderlich, vorbehaltlich neuer Gesetze 1 Reichsmark war. Diese Anordnung galt für jede Art von in Reichswährung zu erfüllenden Schulden und setzte entgegenstehende Vereinbarungen außer Kraft. Wegen der Gleichstellung von Goldmark und Reichsmark warf man analog die Deckung von Goldmark und Reichsmark bei Versicherungen und im Realkredit zusammen. Als Grund der Maßnahme nannte man die Behebung von Schwierigkeiten und Unklarheiten aus dem "Sinken des Goldpreises" -

31) Dollar von 4, 20 auf 2, 479 ab 31. 1. 1934

32) Diese VO richtete sich gegen die Entscheidung des Reichsgerichtes vom 28. 5. 1936 und betraf die Wirksamkeit der Goldklausel einer Dollaranleihe zugunsten eines deutschen Inhabers trotz Aufhebung der Goldklausel in den USA.

die aber aus dem Jahre 1930 stammte - und aus der Einstellung der Veröffentlichung des Londoner Goldpreises. Zugleich wurde nachdrücklich die Überflüssigkeit und Unangemessenheit der Wertsicherung für die auf deutsche Arbeit gestützte, im Gegensatz zu dem Goldwährungen krisenfesten und wertbeständige Reichsmarkwährung betont. Zwar wurden Wertsicherungen generell nicht verboten, doch trug die Verpönung wesentlich neben der gesetzlichen Einschränkung zum Abbau der Wertsicherungsvereinbarungen bei.

Kohle-, Kali- und Dollar-Hypotheken waren in geringem Umfang begründet worden, die VO vom 16.11.1940 ließ sie nicht mehr zu. Eine gesetzliche Umwandlung bestehender Rechte solcher Art erfolgte nicht. Doch ist anzunehmen, daß im wesentlichen die Kohle- und Kali-Hypotheken durch Vereinbarung in Reichsmark oder Goldmark-Rechte umgewandelt wurden (33).

Die Valutaanleihen wurden durchweg auf Reichsmark umgestellt, als die ausländischen Währungen abgewertet wurden, die Reichsmark aber - geschützt durch die Devisensperren - nicht. Da allgemein seit der Inflationszeit die Vorstellung der Wertbeständigkeit besonders mit den ausländischen Währungen verbunden war, hat die Abwertung der Auslandswährungen die Skepsis gegenüber der rechtsgeschäftlichen Wertsicherung stark erhöht.

3. Versagen der Wertsicherung in der gestauten Inflation

Die Vereinbarung neuer Wertsicherungsklauseln wurde durch die Vorschriften des Preisrechts eingeschränkt. Die Preisstopverordnung vom 26.11.1936 (RGBl. I S. 955) verbot nicht nur die offene Erhöhung der Preise, sondern auch die Änderung von Vertragsbedingungen zum Nachteil des Abnehmers. Durch diese Vorschrift wurde die Vereinbarung von Wertbeständigkeitsklauseln im Rahmen der Anwendbarkeit der Preisvorschriften - also bei den meisten entgeltlichen Geschäften über Waren und Leistungen - verboten, wenn nicht ausnahmsweise anzunehmen war, daß die Vereinbarung solcher Klauseln in der Vergleichszeit, nämlich Oktober 1936, üblich gewesen war. Der Preisstop von 1936 leitete eine Entwicklung ein, die über eine Verknappung und Bewirtschaftung von Waren mit einhergehender Bildung des schwarzen Marktes und eine enorme Vermehrung des Geldumlaufes besonders seit Kriegsbeginn zu den Zuständen nach 1945 führte, als die Währung nur mehr als Fiktion bestand.

33) Die auf Fremdwährung oder "Fremdwährungsbasis" gestellten Versicherungsverträge wurden durch Gesetz vom 26. 8. 1938 (RGBl. I S. 1062) auf Reichsmark umgestellt.

In dieser Situation versagte die herkömmliche Wertsicherung. Nur Sacheigentum und echte Teilhaberschaft an Wirtschaftsunternehmungen hielten stand. Natural- und Valutaschulden waren in natura unerfüllbar und wurden Naturalwert- und Valutawertschulden, standen also solchen gleich, die von vornherein auf Zahlung nach dem gewählten Wertmesser gerichtet waren. Alle Naturalwert- und Valutawertschulden, ebenso auch Indexschulden und Verbindlichkeiten nach Vergleichsgehalten und -löhnen, lieferten nur den Stopwert der Ware, ausländischer Währung, Dienstleistung oder den auf diesen Wert aufbauenden Indexwert.

Der Anspruch auf Erhöhung der Schuldbeträge wegen der Wertsicherungsvereinbarung oder auch aus gesetzlichen Gründen entsprechend der Aufwertung konnte in dieser Lage nicht geltend gemacht werden. Die Frage konnte nur sein, ob der Gläubiger den unveränderten Schuldbetrag in dieser Lage anzunehmen verpflichtet war oder den zahlungsbereiten Schuldner zunächst abweisen und die Neuordnung der Währung abwarten durfte.

Nachdem besonders das OLG Kiel (34) in letzterem Sinne entschied und dadurch ein Zustand ähnlich dem der zwanziger Jahre Platz zu greifen drohte, erließ die Militärregierung auf Antrag der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes das sogenannte Mark = Mark Gesetz (35). Diese Vorschrift bestimmte, daß Geldschulden, die mit einer Gold- oder Wertbeständigkeitsklausel versehen waren, bei Fälligkeit ungeachtet der Bestimmungen der §§ 157, 242 und 607 des BGB durch Zahlung von Reichsmark erfüllbar seien (36).

Hier tritt die Unterscheidung von Geldsummen- und Geldwertschulden in Erscheinung. Da nur Geldsummensschulden auf einen Betrag "lauten" und nur sie einen Nennwert haben, wie ihn das Gesetz voraussetzt, umfaßte das Gesetz lediglich wertgesicherte Geldsummensschulden, während Geldwertverbindlichkeiten von ihm - gleich, ob dies beabsichtigt war oder nicht - unberührt blieben.

34) Urteil v. 17.12.1946, SJZ 1947, Sp. 183 ff.

35) US Zone: MilRegGesetz 51; britische Zone: MilRegVO 92 (Amtsblatt d. MilReg. 1947 S. 567); franz. Zone: MilRegVO 118 (JO S. 1211); Berlin: Anordnung BK/O (47) 251 v. 28.10.1947 (VOBl 1947 S. 247)

36) Anm. d. Verf.: Die VO 92 behandelte lediglich die Erfüllung von Geldschulden mit Wertsicherungsklauseln u. stellte hierbei den Grundsatz Mark = Mark auf, verbot aber nicht die Vereinbarung derart. Klauseln, sondern versuchte, diese nur für die Währung unschädlich zu machen.

Demgegenüber vertrat der Bundesgerichtshof in seinem Urteil vom 29. 3. 51 (37) im Falle einer sogenannten Wertpreisklausel, die nicht unter das Mark = Mark Gesetz fiel, weil der Erfüllungszeitpunkt nach der Währungsreform liegen sollte, die Auffassung, daß auf solche Vereinbarungen auch das Mark = Mark Gesetz keine Anwendung finden könne, dagegen das Umstellungsgesetz diese Klausel unwirksam mache und der gesicherte Betrag voll den Umstellungsvorschriften unterliege.

Die meisten in Betracht kommenden Wertklauseln waren wegen des Preis- und Lohnstops und der Gleichstellung der Goldmark mit der Reichsmark ohnehin wirkungslos, nur für gewisse Valutaklauseln konnte das nach 1945 zweifelhaft sein, als in gewissen Beziehungen der Dollar einem Wert von 10 Reichsmark entsprach. Die nunmehr ausschließlich auf eine bestimmte Geldsumme gerichteten und auf Reichsmark lautenden Forderungen unterlagen demgemäß später bei der Währungsumstellung uneingeschränkt dem Umstellungsgesetz.

Die Anordnung, daß Markschulden in allen Fällen mit Reichsmark oder Militärmark erfüllt werden konnten, wurde gegenstandslos, als beide Arten von Zahlungsmitteln am 21. 6. 1948 aus dem Verkehr gezogen wurden.

Das Mark = Mark Gesetz hatte nach herrschender Auffassung nach der Währungsreform keinerlei praktische Bedeutung mehr. Es wurde demgemäß später von der Alliierten Hohen Kommission zunächst teilweise und schließlich ganz aufgehoben (38).

Die Fragen nach der Bedeutung des Mark = Mark Gesetzes und seinem Verhältnis zu § 3 WährG verlieren mit zunehmender zeitlicher Entfernung von dem Währungsstichtag an Interesse für den Rechtsverkehr und sollen hier deshalb auch nicht weiter behandelt werden.

4. Wertsicherungsvereinbarungen in der Umstellung

Für die Währungsreform vom 20. 6. 1948 waren das Währungs- (39) und Umstellungsgesetz (40), letzteres mit zahlreichen Durchführungsverordnungen maß-

37) IV ZR 29/50 (Hamm), NJW 1951, S. 708 ff. mit Anmerkung von Rötelmann.

38) Diese erfolgte durch AHKG - 14 v. 15. 2. 51, ABl. 779 (die danach noch in kraft gebliebenen Vorschriften des MRG 51 wurden durch AHKG A - 21 v. 29. 11. 51, ABl. 1352 aufgehoben).

gebend. Daneben hatte auch das DM-Bilanz-Gesetz (41) für Kaufleute korrespondierende Bedeutung.

Das Umstellungsgesetz rechnet nach § 13 Abs. 3 unter die RM-Forderungen alle Forderungen, die nach den vor dem Inkrafttreten des Währungsgesetzes in Geltung gewesenen Vorschriften in Reichsmark zu erfüllen gewesen wären, daneben sind ferner auch die auf Renten- oder Goldmark lautenden Forderungen genannt. Für alle diese Forderungen ist das Umstellungsverhältnis in den §§ 16 und 18 geregelt. Daraus ergibt sich, daß das Gesetz den Geldsummenforderungen, die von vornherein durch einen festen Betrag der gesetzlichen RM-Währung bestimmt waren, gewisse Forderungen gleichstellt, die nicht auf feste RM-Beträge lauten, auf die aber der Umstellungsschlüssel der §§ 16 und 18 des UmstG angewandt werden kann.

Von der Umstellung wurden demnach zweifelsfrei jene Wertsicherungsvereinbarungen nicht betroffen, die auf die Verwendung einer Geldforderung inländischer Währung mit festem Betrag verzichteten. Der Währungsschnitt traf außer den Inhabern von inländischem Geld nur die Inhaber von Betragsforderungen inländischer Währung. Der Ausgleich im Verhältnis zu den Inhabern anderer Rechte und den Sacheigentümern sollte im Lastenausgleich geschehen (42).

Die Einlage des stillen Gesellschafters wird auch bei Ausschluß der Verlustbeteiligung, also unveränderlicher Grundforderung nicht als RM-Summenforderung gemäß § 16 des UmstG 10:1 umgestellt, sondern wie die Kapitalanteile in der OHG und KG, die Stammanteile in der GmbH, die Aktien in der AG nach den Grundsätzen des DM-Bilanz-Gesetzes behandelt.

-
- 39) Währungsgesetz: Amerik. u. britische Zone Gesetz Nr. 61 ABl. Mil.Reg. amer. Zone J v. 1. 8. 48
 ABl. Mil.Reg. brit. Zone Nr. 25, franz. Zone: Verordn. 158, Jo 158
- 40) Umstellungsgesetz: Amer. u. brit. Zone Gesetz Nr. 63 v. 1. 8. 48, Ausgabe J, franz. Zone: Verordn. 160 der franz. Militärregierung JO 1948. Außerdem Mitteilungen der Bank Deutscher Länder Nr. 4 v. 14. 7. 1948, S. 1.
- 41) Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (DM-Bilanz-Gesetz) v. 21. 8. 1949, WiGBI. S. 279
- 42) Im Lastenausgleichsgesetz v. 14. 8. 1952 war z. B. nach § 24 Nr. 1 c bestimmt, daß Rechte, die durch gesetzliche Umstellung, richterliche Vertragshilfe oder Parteivereinbarung in DM auf weniger als 20 % ihres RM-Betrages umgestellt wurden, nicht zum lastenausgleichspflichtigen Vermögen gerechnet werden.

Ungeklärt ist noch das Schicksal gewisser Substanzobligationen, die neben Forderungen von festem Betrag auch Rechte gewähren, die sich nach dem jeweiligen Wert der Aktien des Schuldnerunternehmens und der jeweiligen Dividende richten (43). Dabei ist fraglich, ob diese veränderlichen Rechte in Relation zum festen Grundbetrag der Obligation stehen - z. B. eine nach der Prozentzahl der Dividende bemessene Zinserhöhung - oder unmittelbar auf Quoten des Wertes des Gesellschaftsvermögens oder Gesellschaftsertrages gerichtet sind (43). Im ersten Falle ergreift die Umstellung des festen Grundbetrages mit- telbar auch diese Substanzrechte, im zweiten Falle nicht.

Naturschulden wurden an sich zweifelsfrei vom Umstellungsgesetz nicht be- rührt. Das mußte auch gelten, wenn dem Gläubiger wahlweise neben einem Geldanspruch ein Naturalanspruch eingeräumt war. Ungeklärt ist z. B. die Frage, ob der Inhaber einer Wandelobligation trotz der Umstellung 10:1 seiner Forde- rung beim Umtausch noch eine Aktie mit gleichem, niedrigeren oder auch höheren DM-Betrag erhält oder nur eine Aktie von 1/10 dieser Größe, ob also der Anspruch auf die Aktie entsprechend der Wahlschuld des BGB unabhängig neben dem Zahlungsanspruch steht oder davon abhängig ist.

Unter der Wertsicherung bei Geldansprüchen inländischer Währung blieb z. B. wirksam die Bestimmung des Schuldbetrages nach dem Erlös bestimmter zu verkaufender Sachen (44), der Vorbehalt späterer Bestimmung des Schuldbetrages, sowie die einfachste Form der Warenpreisschuld, nämlich daß der Schuldbetrag durch den Preis einer bestimmten Ware am Zahlungstag zu be- stimmen sei. (45)

Wie aus der nicht allzu umfangreichen Rechtsprechung zum Umstellungsgesetz entnommen werden kann, hat es sich bei Wertsicherungsvereinbarungen, die so- wohl das Mark = Mark Gesetz als auch das Umstellungsgesetz überdauert haben, um besonders gelagerte Einzelfälle gehandelt, die einen verallgemeinernden Schluß nicht zulassen. Nicht die Wertsicherungsklausel im allgemeinen, son- dern die im Sonderfall von glücklicher Hand formulierte Wertsicherungsklausel hat die Operation der Jahre 1947-48 überstanden. Es ist meiner Ansicht Rötel- mann (46) nicht zuzustimmen, wenn er sagt, daß das Umstellungsgesetz ein be- wußt schematisches und daher nicht in größere Zusammenhänge zu stellendes

43) Hierzu siehe S. 85, Fußn. 196

44) BGH Urteil v. 7. 5. 51, IV ZR 166/50, NJW 51, S. 841

45) BGH Urteil v. 12. 2. 53, IV ZR 109/52, BB 53, S. 246

46) BGH Urteil v. 29. 3. 51, IV ZR 29/50, NJW 51, S. 708 ff. mit Bespre- chung Rötelmann

Gesetz sei. Obwohl in der Linie des Mark = Mark Gesetzes, des Umstellungsgesetzes und § 3 des WährG eine gewisse Analogie nicht zu bestreiten ist, muß der Zweck eben dieser Vorschriften vor allem in Erwägungen gesucht werden, die nicht nur rechts-, sondern auch währungs- und wirtschaftspolitischer Natur sind.

Es erscheint deshalb notwendig, in diesem Zusammenhang auf die währungsrechtlichen, währungspolitischen und betriebswirtschaftlichen Probleme der Geldwertsicherung einzugehen, bevor § 3 des WährG im einzelnen näher dargestellt werden soll.

III. DIE WÄHRUNGSPOLITISCHE PROBLEMATIK VON WERTSICHERUNGS-

VEREINBARUNGEN

1. Staat und Geldwesen

In seiner historischen Entwicklung ist das Geld entsprechend den Anforderungen einer immer mehr wachsenden, arbeitsteiligen Wirtschaft entstanden, wie auch deren Wachstum wiederum vom zunehmenden Gebrauch des Geldes abhängig war.

Im Laufe der Zeit jedoch fügte der Staat den den Umlauf des Geldes bedingenden wirtschaftlichen Funktionen eine rechtliche hinzu. Der Staat schuf ein gesetzliches Zahlungsmittel, indem er erklärte, daß bestimmte Geldarten in unbeschränkter Menge da verwendet werden können, wo Verpflichtungen zu effektiven Geldleistungen bestehen.

Die vom Staat benannte Geldeinheit ist es in der Regel, in der die Tauschwerte als Preise ausgedrückt werden. Der Staat erläßt kraft seiner verfassungsmäßigen Münzhoheit (47), d. h. dem Recht, das Münzwesen zu ordnen, das Währungsgesetz (48). Die Normen, nach denen dem Verkehr Noten zur Verfügung gestellt werden, bezeichnet man mit Notenbankgesetzgebung, die ihrerseits einen Teil des Währungsgesetzes bildet. Insoweit ist das Geld also ein Geschöpf der staatlichen Ordnung.

Wenngleich jedoch heute die Mitwirkung der staatlichen Gewalt bei der Gestaltung der Erscheinungsform des Geldes immer noch unentbehrlich erscheint,

47) Die Kompetenz des Staates zu diesem Recht wird aus den staatlichen Aufgaben abgeleitet, so auch Grundgesetz Artikel 73, Ziff. 4.

Die Münzhoheit umfaßt:

- a) die Bestimmung des Geldsystems und der Einheit,
- b) das Recht zur Münzgesetzgebung,
- c) das Recht des Gepräges und d) das Münzregal, d. i. das Recht der Ausprägung.

48) Es regelt insbesondere außer dem stofflichen Gehalt der Münzen und der Währungseinheit auch, welche Geldsorten unbeschränkte gesetzliche Zahlkraft haben, nämlich das Währungsgeld und das Scheidegeld.

so ist sie für das Wesen des Geldes irrelevant, denn dieses ist mit den Funktionen (49), die das Geld zu erfüllen hat, verknüpft.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Recht, das der Staat durch sein Eingreifen in das Geldwesen erhält, volkswirtschaftlich von größter Bedeutung ist. Mit diesem Recht aber verbindet sich auch die verantwortungsvolle Pflicht, das Geldwesen auf ein möglichst sicheres Fundament zu stellen. Dabei wird sich der Staat darüber klar sein müssen, daß das Geld nicht sein Geschöpf ist (50), sondern daß seine Aufgabe lediglich darin besteht, von sich aus alles zu tun, um das Geld verkehrsfähig zu erhalten.

Das Allgemeininteresse, wie immer man es auch definieren mag, ist am besten gesichert durch eine staatliche Regelung des Geldwesens.

- 49) Die Einteilung in die 3 Hauptfunktionen findet sich bei vielen Autoren, so bei Halm, Geld, Außenhandel und Beschäftigung, München, 2. Aufl. 1954, S. 15, Lukas, Geld und Kredit, Heidelberg, 1951, S. 17 ff. und Adolf Weber, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Berlin 1953, S. 367 ff. F. Lütge, Einführung in die Lehre vom Gelde, München, 1948, S. 14. Lütge spricht auch von Verkehrsmittel. Es sollen hier nur einige Autoren genannt werden.

Funktionen des Geldes:

a) Geld als Rechnungseinheit.

Als Rechnungseinheit unterscheidet sich das Geld dadurch von den Gütern, daß sein Preis sich nicht ändert, daß er immer gleich bleibt, während die Güterpreise schwanken, wenn sich die Marktlage ändert. Preisstarrheit ist deshalb eine charakteristische Eigenschaft des Geldes.

b) Geld als allgemeines Tauschmittel.

Als Zahlungsmittel ist das Geld etwas Konkretes, als Rechnungseinheit etwas Abstraktes. Die Einheit des Tauschmittels wird gleichzeitig zur Rechnungseinheit, d. h. wir rechnen in Einheiten des Mittels, das wir tatsächlich für Zahlungszwecke verwenden.

c) Geld findet als allgemeines Zahlungsmittel zu einseitigen Wertübertragungen Verwendung, es ist Vermittler des Kapitalverkehrs, das heißt seine Eigenschaft ermöglicht den Umsatz von Kapitalbesitztiteln.

- 50) Geld ist ein Geschöpf des wirtschaftlichen Verkehrs, sagt Lütge, a. a. O., S. 13 ff. und stellt damit die wirtschaftliche Betrachtung des Geldes in den Vordergrund.

2. Der Geldwert

Das Geld ermöglicht es, den Tauschwert von Gütern durch Preise auszudrücken. Es ist aber nicht möglich, daraus den Geldwert abzuleiten, denn da die Güterpreise in Geldeinheiten gemessen werden, ist der Preis des Geldes immer gleich eins und formell also immer konstant. (51)

Beim Geld muß auf die umständliche Methode der Wertermittlung zurückgegriffen werden, die bei den Gütern infolge der Einschaltung des Geldes aufgegeben werden konnte. Es müssen die Quantitäten verschiedener Güter und Leistungen ermittelt werden, die man mit der Geldeinheit kaufen kann, d. h. der Geldwert hängt von den Preisen unzähliger Güter ab. Würden sich die Preise der verschiedenen Waren in ihrem Verhältnis zueinander nicht ändern, könnten die Schwankungen des Geldwertes durch die Preisschwankungen jedes beliebigen einzelnen Gutes ausgedrückt werden. (52)

In normalen Zeiten sind Änderungen in der relativen Preisstruktur von der allergrößten Wichtigkeit. Das Funktionieren der Marktwirtschaft hängt von den relativen Preisbewegungen ab. Es ist deshalb ganz unmöglich, den Wert des Geldes an den Schwankungen des Preises auch nur eines Gutes ablesen zu wollen und daraus den Schluß zu ziehen, der Geldwert habe sich verdoppelt, da der Preis dieses einen Gutes auf die Hälfte gesunken sei. Selbst die Verwendung eines Durchschnittes mehrerer Güterpreise würde nicht genügen, es sei denn, daß diese Preisschwankungen für die Preisschwankungen aller anderen Güter repräsentativ seien. Deshalb ist es notwendig, möglichst viele Güterpreise zu berücksichtigen, d. h. die Preise aller Waren, Leistungen, Kapitalgüter, Rechte und Wertpapiere, die Gegenstand des Verkehrs sind, einzubeziehen.

Es mag deshalb als folgerichtig erscheinen, den Durchschnitt aller Preise als Ausdruck des Geldwertes anzusehen. (53)

Die Erkenntnis, daß der Geldwert als Kaufkraft des Geldes schlechthin der reziproke Wert der Warenpreise ist, besteht schon seit langem und man hat sich bislang vergeblich bemüht, einen solchen reziproken Wert zu konstruieren.

51) George N. Halm, a. a. O., S. 44 ff., auch F. Lütge, a. a. O., S. 37 ff.

52) Dies war z. B. der Fall in Deutschland z. Zt. der Inflation von 1923, als der Brotpreis benutzt wurde, um den jeweiligen Stand der Geldentwertung anzugeben. Die Entwertung war so erheblich, daß, verglichen mit der allgemeinen Preissteigerung, relative Preisänderungen vernachlässigt werden konnten.

53) Lütge, a. a. O., S. 39

So ist auch ohne weiteres zu verstehen, daß der Geldwert nur Funktionswert und nicht Stoffwert sein kann (54).

Barbara Wootton (55) sagt, man brauche sich nur vorzustellen, was aus Wirtschaftskalkulationen und Wirtschaftsplänen würde, wenn die Zahl der Unzen in einem Pfund oder der Zoll in einem Fuß veränderlich wären. Bedenkt man dann, daß diese Maße nur die Kontrakte derjenigen Waren beeinflussen, die nach Gewicht oder Länge verkauft werden, während die Geldeinheit in jedem einzelnen Wirtschaftskontrakt gleich welcher Art vorkommt, so bekommt man eine Vorstellung von dem Ausmaß der Schädigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, für die ein unzuverlässiges oder nicht völlig verstandenes Geldsystem verantwortlich sein kann.

Änderungen im Geldwert treffen nicht alle Beteiligten gleichmäßig. Wenn neue Kaufkraft geschaffen wird, erlangen bestimmte Gruppen diese Kaufkraft, deren übermäßige Schaffung unter Umständen die Preise erhöht. Leute mit festem Einkommen oder diejenigen, deren Einkommen aus Dienstleistungen nicht schnell genug erhöht werden kann, sind dann gezwungen, entweder ihren Konsum oder ihre Ersparnisse zu reduzieren. Dagegen profitieren diejenigen, die die Verfügung über die neugeschaffene Kaufkraft haben und deshalb höhere Preise zahlen können.

Die Bedingungen von Verträgen, die auf der Recheneinheit basieren, sind unveränderlich. Das bedeutet, daß Schuldner im Falle einer Güterpreissenkung mehr zurückzahlen müßten, als sie tatsächlich in Form von Gütern erhalten hatten, oder die Schuldner im Falle einer allgemeinen Preissteigerung ihre Schulden leichter abtragen können.

Steigen die Güterpreise im allgemeinen, so scheinen auch die Gewinne (56) zu wachsen, denn die Preise der fertigen Güter steigen schneller als die früher aufgewandten Produktionskosten. Diese Gewinne führen zu gestörten Märkten und Fehlkalkulationen der Unternehmer.

Schwankungen im Realwert von Schulden verändern die Kosten der Finanzierung. Der Zinsfuß ist nur solange eine feste Größe, wie der Realwert der Kreditverträge unverändert bleibt. Wenn die Preise allgemein steigen, erscheint der Zinsfuß verhältnismäßig niedrig, was ungewöhnlich hohe Gewinne mit sich bringt. Eine

54) Röpke, a. a. O., S. 117

55) B. Wootton, *Plan or No Plan*, London, 1934, S. 142

56) Im Steuerrecht bekannt unter dem Begriff der Scheingewinne.

allgemeine Preissenkung dagegen steigert die Zinslast und kann unter Umständen zu einer Lähmung des Wirtschaftsprozesses führen (57).

Aus diesen wenigen Beispielen ist zu ersehen, daß der Geldwert eine abhängige Größe ist und nicht, außer durch staatlichen Zwang, konstant gehalten werden kann.

Vielmehr muß der Geldwert in Zusammenhang mit der Güterseite gesehen werden. Das Geld verleiht seinem Besitzer die Fähigkeit, einen von ihm gewünschten Anteil der auf dem Markte erscheinenden Güter zu sichern und zu erwerben. Das Geld muß im gleichen Augenblick seinen "Wert" verlieren, in dem es nichts mehr zu kaufen gibt. Es erscheint deshalb zweckmäßig, statt Geldwert den Ausdruck "Kaufkraft des Geldes" zu setzen (58).

Die Kaufkraft des Geldes kommt in der größeren oder geringeren Höhe der Preise zum Ausdruck (59) und spiegelt das Verhältnis wider, zu dem durchschnittlich Geld und Güter gegeneinander getauscht werden (60). Steigen die Preise, so sinkt die Kaufkraft des Geldes, sinken die Preise, so steigt sie. Nicht jede einzelne Preissteigerung bedeutet jedoch eine Senkung der Kaufkraft des Geldes. Damit von einer wirklichen Senkung der Kaufkraft des Geldes gesprochen werden kann, muß es sich vielmehr um eine durchschnittliche Preissteigerung auf der ganzen Linie, um eine Steigerung des "allgemeinen Preisniveaus" handeln. Andernfalls liegt nur eine bloße Warenvertéuerung, aber keine Geldentwertung vor.

Um die Veränderungen des Geldwertes in zeitlicher Hinsicht zu messen, versucht man sich mit repräsentativen Preiskomplexen zu helfen (61). Es soll jedoch in diesem Zusammenhang nicht auf das Problem der Indexzahlen eingegangen werden. (62)

57) Unsere moderne Wirtschaft ist eine Kreditwirtschaft und reagiert auf Bewegungen der Zinssätze schneller als eine kreditlose Wirtschaft.

58) Lütge, a. a. O., S. 41 ff.

59) Im Gegensatz zu den Waren hat das Geld als das Gut, in dem die Warenpreise ausgedrückt werden, selbst keinen Preis, wenigstens nicht innerhalb des Gebietes, in dem es als Geld zirkuliert.

Außerhalb dieses Gebietes kann es aber nicht als Geld verwandt werden, so daß der Preis, den es auf den Devisenmärkten im "Devisenkurs" erzielt, der Preis des Geldes nicht als Geld, sondern als Ware ist.

60) J. M. Keynes, Vom Gelde, München-Leipzig, 1942, S. 43.

61) Lütge, a. a. O., S. 129 ff.

3. Die Notenbank

Die Notenbank betrachtet sich mit Recht als Hüterin der Währung und als solche lebt sie auch im Bewußtsein des Volkes. Aber kann sie allein diese Aufgabe mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln (63) erfüllen und diese Aufgabe garantieren? Diese Fragen stellen, heißt - bei realistischer Betrachtung - sie verneinen. So heißt es z. B. im Gesetz über die Deutsche Bundesbank (64) als Überschrift zu § 3 "Aufgabe der Bundesbank". Im Text des § 3 fehlt dieses Wort; dort ist vielmehr die Rede von dem Ziel, die Währung zu sichern. Man ist sich einig, daß für die Sicherung der Währung neben der Notenbank sogar in erster Linie die Bundesregierung, der Gesetzgeber, aber auch die Sozialpartner verantwortlich sind. (65) Damit ist zugleich auch klargestellt, daß die Bundesbank einer Regierung, die ihrerseits durch ihre Finanz- und Wirtschaftsgebarung z. B. eine inflationistische Politik betreibt, die Gefolgschaft nicht nur versagen darf, sondern versagen muß. Daß es sich hier nicht etwa nur um eine theoretische Spekulation handelt, beweist die Geschichte des Notenbankwesens.

Geht man der Frage der Stabilität der Währung - die ja schließlich als Grund für das berechnete Verlangen nach Wertsicherung anzusehen ist, näher nach, so ergeben sich verschiedene Probleme, nämlich:

- a) der Begriff der Stabilität einer Währung in Theorie und Praxis liegt nicht eindeutig fest,
- b) die Zentralbankgesetze fordern diese Stabilität nicht eindeutig und
- c) die Zentralbanken in unseren Tagen sind nur bedingt in der Lage, eine irgendwie definierte Stabilität zu sichern.

Die Forderung nach wertstabilem Geld darf nur in dem Sinne der Forderung nach einem Geld verstanden werden, dessen Wert nicht durch inflatorische oder deflatorische Preisbewegungen verzeichnet wird. Es wäre das also lediglich Geld, von dem innere Geldwertbewegungen ferngehalten werden, während sich seine Kaufkraft sehr wohl ändern darf, soweit äußere Geldwertbewegungen hierzu

-
- 62) Diese Zahlen entbehren nicht einer gewissen Willkür, die aber immerhin nur innerhalb gewisser Grenzen besteht. Die Bedeutung der Willkür verringert sich, je größer die Geldwertänderung ist. In der Zeit der deutschen Inflation erfüllte noch die plumpeste Indexziffer ihren Zweck. Daraus folgt auch umgekehrt, daß das Vorhandensein von Geldwertänderungen nur dann zweifelsfrei festgestellt werden kann, wenn die Änderung ein bedeutendes Maß angenommen hat.
- 63) Auf die klassischen Mittel der Zentralbankpolitik soll hier nicht eingegangen werden.

Anlaß geben. Lukas (66) sagt, man würde besser statt wertbeständiges Geld den Begriff "wirtschaftsbeständiges Geld" setzen.

Nun tritt aber ein neuer Gesichtspunkt hinzu, der die Divergenz zwischen Notenbank und Staat aufzeigt. Der Staat ist nämlich nicht nur verantwortlich für das Allgemeinwohl und somit auch für ein stabiles Geld, sondern er ist zugleich Interessent der Kreditexpansion. Damit wird deutlich, daß der Staat in der Notenbank sein eigenes Finanzierungsinstrument sieht und auf diese Weise Haushaltsdefizite durch sogenannte Kassenkredite decken kann (67).

Die großen Inflationen der modernen Geschichte scheinen in keinem einzigen Fall durch den Mißbrauch des privaten Bankkredits entstanden zu sein, der allein vom Zentralbanksystem kontrolliert und reguliert wird, sondern stets durch übermäßigen Staatskredit. Alle Versuche zur rechtlichen Inanspruchnahme des Staates oder der Zentralbank wegen eines Schadens durch Verminderung des Geldwertes sind bisher gescheitert.

So ist es verständlich, daß die Unabhängigkeit der Notenbank konstitutionell **garantiert wird**. Im Gesetz der Deutschen Bundesbank heißt es, daß die Bundesbank verpflichtet ist, die allgemeine Wirtschaftspolitik der Regierung zu unterstützen. Die Bundesbank ist aber nicht an die Weisung der Regierung direkt gebunden. Dazu bedürfte es einer Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank.

Das Unabhängigkeitsprinzip der Notenbank kann mit dem der Justiz verglichen werden. Auch hier geht es darum, daß ein Gut, dessen Erhaltung eine staatliche Angelegenheit ist, das Recht, einer besonderen Institution, einer besonderen Gruppe von Personen, den Richtern, anvertraut wurde. Eingriffe des Staates in die Anwendung des von ihm geschaffenen Rechts beschwören denselben Konflikt

-
- 64) Gesetz über die Deutsche Bundesbank v. 30. 7. 57, BGBl. I, 745, in kraft ab 1. 8. 1957
- 65) Nach dem schriftlichen Bericht des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Geld und Kredit vom 28. 6. 1957
- 66) Lukas, a. a. O., S. 76 ff.
- 67) Begrenzt auf 3 Mill. DM. Weitere, über diesen Plafond hinausgehende Anleihen und kurzfristige Kredite durch Ausgabe von Schatzanweisungen und Schatzwechseln soll der Bund "in erster Linie" durch die Bundesbank, andernfalls im Benehmen mit ihr aufnehmen.

hervor wie Eingriffe in die Anwendung der für die Währung geschaffenen Gesetze. Hier wie dort kann der Staat die Gesetze ändern. Aber die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit sind berührt, wenn der Staat sich anschickt, in Einzelerscheinungen einzugreifen, die auf Grund der Gesetze zu treffen sind. Der Vergleich zwischen Justiz und Währungspolitik hat neben der formellen auch eine materielle Seite. Gefährdung des Geldwertes ist Gefährdung von Eigentum. Senkung des Geldwertes ist gleichbedeutend mit Entzug von Eigentum.

Die Wertsicherung unserer Tage richtet sich nicht so sehr gegen die offene Inflation als danach, sich den Geldwert möglicherweise durch Vertragsklauseln zu erhalten.

Seit der Loslösung vom Goldstandard und damit einer realen Deckung des in Umlauf gesetzten Geldes wird heute von den meisten Zentralbanken eine Geldmengenpolitik betrieben, d. h. die Stabilität des Geldes soll auf dem Wege der Knapphaltung der Geldmenge erreicht werden. Mögen auch die der Zentralbank zur Verfügung stehenden Mittel - nämlich Diskontpolitik, Offen-Markt-Politik, Kreditrationierung und Mindestreservehaltung - ein geeignetes Instrument sein, so ist doch die von Jahr zu Jahr sich fortsetzende Geldentwertung ein Beweis für die Tatsache, daß die Stabilhaltung des Geldwertes auf die Dauer schlecht hin als Illusion bezeichnet werden muß. (68)

Der Staat als solcher ist an Vollbeschäftigung interessiert, d. h. zugleich aber Ausweitung der Produktion. Technischer Fortschritt und Bevölkerungszunahme bedingen ohnehin eine Ausweitung des Geldvolumens. Andererseits wachsen mit diesen Faktoren auch die staatlichen Aufgaben und erfordern einen wachsenden Staatshaushalt. Welche Ziele im Sinne einer allgemeinen Einkommenssteigerung auch die Wirtschaftspolitik verfolgt, sie verlangen ein Mehr an Geld und damit wird die Zentralbank vor Aufgaben gestellt, die sich diametral verhalten, einerseits für Knapphaltung der Geldmenge zu sorgen, andererseits keine Lähmung des Wirtschaftsprozesses zu verursachen. Welche Gründe auch immer für die Verminderung des Geldwertes vorliegen mögen, so darf keinesfalls das Bemühen um die Erhaltung des Geldwertes verkannt werden. Dennoch zeigt die Feststellung, daß sich - abgesehen von der Wertminderung durch Zusammenstreichen der Nominalwerte - der Geldwert seit dem Jahre 1938 etwa um 50 % verringert hat.

68) Nach der heutigen Geldverfassung gilt der Grundsatz des Zwangskurses, d. h. der Nennwert des Geldscheines bleibt durch Gesetz erhalten. Seit dem 1. Jan. 1910 wurde diese starre Gültigkeit des Geldnennwertes zum Prinzip unserer ganzen Geldwirtschaft erhoben.

Die konsequente Folgerung aus dieser labilen Währungssituation der letzten Jahrzehnte ist die Suche nach Wertsicherung.

IV. DAS GELDWERTRISIKO IN DER BETRIEBSWIRTSCHAFT

1. Die Kompensation des Geldwertrisikos

Das Risiko ist jedem Wirtschaften innewohnend, es ist aber zugleich ein besonderes Wesensmerkmal der Privatwirtschaft. Jede Einzeltätigkeit ist in ihrem Ergebnis von dem Zusammenwirken vieler Faktoren abhängig, die nicht im voraus mit genügender Sicherheit bestimmt werden können. (69)

Mit Recht sagt Helfferich (70): "In dem komplizierten Mechanismus der modernen Volkswirtschaft ist das Geld dasjenige Instrument, welches die Beziehungen der einzelnen Glieder zum Ganzen trägt und vermittelt."

Im Risikofeld des Marktwertes ist aber nicht nur der Preis von Leistungen und Waren, sondern auch das Geld gelegen. Käufer und Verkäufer von Waren auf Lieferung gehen nicht nur am Warenpreis, sondern auch am Geldwert und zwar sowohl am inländischen wie am ausländischen Geldwert (71) ein Wagnis ein. Auch Schuldverhältnissen und somit Kreditkäufen und Kreditverkäufen haftet ein solches an. Im Kampf gegen die Geldwertschwankung erweist sich die Vertragsgestaltung als geeignetes Mittel.

Schmidt (72), dem unstreitig das Verdienst zukommt, das Risikoproblem der Geldentwertung als erster klar durchleuchtet zu haben, erkennt das Mittel zur Abwälzung des Risikos in der Preisfestsetzung zu den Kostenwerten des Umsatz-

69) Externe Risiken: Marktrisiko, technischer Fortschritt, Mode- und Geschmacks-wandel, Preisänderungen.

Interne Risiken: Produktions-, Liefer-, Leistungs- und Kapitalrisiko.

70) Helfferich, *Das Geld*, Leipzig, 1923, S. 280

71) Vom internationalen Geldmarkt soll hier abgesehen werden, weil die Wert-sicherung nur als Inlandsproblem untersucht werden soll.

72) Schmidt, *Der Wiederbeschaffungspreis des Umsatztages in Kalkulation und Volkswirtschaft*, Berlin, 1923, S. 53 ff.

tages (73). Ihre verschiedenen Methoden gruppiert er in der nachstehenden Art:

1. Verkauf zu Festpreisen, der sich bei Geldwertschwankungen nur für Lagerware anwendbar erweist, während er für nicht fertige Produkte beträchtliche Gefahren nach sich ziehen muß. Durch Vorausbezahlung beim Vertragsabschluß läßt sich die Gefahr einer Kostenwertsteigerung allerdings beseitigen, wenn sofortige Beschaffung möglich ist, durch Ratenzahlungen, die nach dem Erzeugungsvorgang gestaffelt sind, nur mildern, da zwischenzeitliche Kostenwertsteigerungen ungedeckt bleiben.
2. Verkauf zu freibleibendem Preis, der die Gefahr einer bis zum Umsatztag sich vollziehenden Änderung der Kostenwerte einer erst zu beschaffenden oder herzustellenden Ware durch die Klausel "freibleibend" auf den Käufer abwälzt, nicht ohne die Möglichkeit eines Mißbrauches durch den Verkäufer einzuschließen. Hier, wie in den folgenden Fällen, bleibt der Gegenkontrahent nur solange Träger des Risikos, als nicht auch er sich die Grundsätze der Preispolitik auf Grund der Kostenwerte des Umsatztages zu eigen macht.
3. Der Verkauf zu Festpreisen mit Zuschlägen für höhere Beschaffungspreise, der darauf hinzielt, alle Erhöhungen, welche die Anschaffungspreise zwischen dem Tag der Vorkalkulation und jenem ihrer tatsächlichen Anschaffung erfahren haben, zu berücksichtigen. Diese Methode führt dann nicht zum Ziel, wenn nicht auch die Zahlung des Kaufpreises zum Zeitpunkt oder richtiger zu den Zeitpunkten der Anschaffung erfolgt, denn sonst geht eine nachträgliche, zwischen Anschaffung und Umsatztag eintretende Kostenwertsteigerung dem Verkäufer verloren.
4. Der Verkauf zu Festpreisen mit Korrektur für die Kostenwertänderung zwischen Beschaffungs- und Umsatztag, der den Mangel der vorangegangenen Methode beseitigt.

Hieraus könnte der Fehlschluß gezogen werden, daß die Unternehmung durch geschickte Vertragstechnik imstande wäre, das Geldwertrisiko vollständig auf den Vertragspartner abzuwälzen. Eine vollständige Überwälzung erscheint schon deshalb nicht möglich, weil dann in der vertikalen Reihe die Vor- und Nachstehenden höher belastet würden, was sich ohne Zweifel in einer höheren Preisstaffel auswirken müßte.

73) Schmidt, a. a. O., S. 87. Daraus ergibt sich, daß zum Umsatz zweierlei gehört, einmal der Verkauf, also der Tausch von Ware gegen Geld und zum anderen die fertige Ware. Umsatztag ist der Tag, an dem das letzte der beiden Erfordernisse erfüllt ist.

Preisveränderungen werden nur dadurch zu echten Verlusten, daß die einseitige Einstellung der Unternehmung eine zur Veränderungsrichtung verkehrte ist, während im entgegengesetzten Fall ein erwarteter oder auch unerhoffter Gewinn entsteht.

Nun ermöglichen aber die Dispositionen der Betriebswirtschaft das Beziehen einer Doppelstellung zu den Marktpreisbewegungen und damit der Herstellung des Gleichgewichts unter ihren Marktwerten im Kompensationswege.

Technisch beruht der Kompensationsgedanke darauf, die den Marktpreisschwankungen ausgesetzten Vermögensbestände und Rechtsverbindlichkeiten derart ins Verhältnis zu bringen, daß Preisveränderungen nicht bloß Verluste, sondern gleich hohe Kompensationsgewinne auslösen und umgekehrt.

Schmidt (74) sagt in seinem "Wiederbeschaffungspreis", daß das leichte Schwanken der disponiblen Geldmenge in einer Wirtschaft mit starkem Geldbestande auf der Tatsache des Umsatzes beruht. Bei jedem Umsatz hat der Unternehmer sich grundsätzlich zwischen Ware und Geld zu entscheiden. Sind seine wirtschaftlichen Sinne so geschärft, wie es möglich wäre, so wird er jeweils das wählen, was in bezug auf die Wertgestaltung den höchsten Auftrieb zeigt.

Die subjektiv verkehrte Einstellung zur späteren Wertgestaltung löst eben das Preisrisiko im allgemeinen, das Geldwertrisiko im besonderen aus. Ebenso, wie die Unterhaltung eines Bargeldvorrates oder Bankguthabens, vor allem aber die Kreditgewährung im Warenverkauf der Gefahr des sinkenden Geldwertes unterworfen ist, so unterliegt die Aufnahme von Bankkredit sowie der Kreditkauf jener des steigenden Geldwertes. Genau genommen ist die Entscheidung des Unternehmers für Ware oder Geld schon bei Einleitung des Umsatzes, nämlich bereits in dem Zeitpunkt zu treffen, zu dem er selbst verbindliche Angebote zu festen Preisen im schwankenden Geldwert stellt, gleichgültig, ob es sich dabei um Warenlieferung oder Kreditgewährung handelt. Das Risiko besteht für den Fall der Annahme des Angebotes durch den Käufer. So lange schwebt es gewissermaßen bedingt.

Auch Lieferungskäufe und Verkäufe zu Festpreisen sind dem Geldwertrisiko ebenso wie dem Warenpreisrisiko unterworfen. (75)

74) a. a. O., S. 35 ff.

75) Dies gilt übrigens von allen Rechtsgeschäften der Unternehmung, kraft deren für eine künftige Leistung ein bestimmter Preis vereinbart wird, mag es sich dann auch vielleicht nicht gerade um ein Risiko des Waren-, sondern des Leistungspreises handeln.

Schmidt (76) umschreibt dieses Prinzip folgendermaßen: "Das Prinzip der Wertgleichheit besagt für den Einzelbetrieb, daß er alles, was in ihm an Realwerten vereinigt ist, aus Eigenkapital beschafft. Für die Teile des Erlöses, die den Wert von solchen Kostenteilen darstellen, die erst im Verlauf der nächsten Produktionsperiode ersetzt werden können, bleibt aus dem Erlös ein Rest, der Kostenfonds. Der ist nicht durch Eigenkapital, sondern durch Geldkredite über die Banken zu finanzieren. Für Warenkredite sichert den Unternehmer die Aufnahme einer gleich hohen Schuld gegen einseitige Verluste aus Geldwertminderung viel besser, als es etwa der Kauf von Devisen tun könnte."

Die Unternehmung ist also imstande, den Gefahren der Geldwertänderung durch Einstellung ihrer Dispositionen auf das Prinzip der Wertgleichheit erfolgreich zu begegnen. Die Kapitaldisposition der Unternehmung nach dem Prinzip der Wertgleichheit ermöglicht es, alles Risiko, das für sie aus der Notwendigkeit der Haltung von Geldbeständen und Geldaußenständen bei Geldwertänderung entsteht, auszugleichen, sie ermöglicht und bedingt die Kalkulation mit den Kostenwerten des Umsatztages, weil alle Gefahren, die nach diesem Tage entstehen, durch die Ausbilanzierung der Geldaktiven mittels Geldpassiven beseitigt werden.

Die Voraussetzung für eine derartige Ausbilanzierung liegt in der Möglichkeit, die Außenstände durch gleich hohe Waren- oder Bankkredite zu finanzieren. Im umgekehrten Falle müßte für die aufgenommenen Schulden das Gegengewicht in ausreichenden Geldaktiven, vor allem also in Außenständen, geschaffen werden (77).

Das Prinzip der Wertgleichheit ermöglicht die Kompensation des Geldwertrisikos (78). Vorausgesetzt wird, daß lediglich die nominelle Wertgleichheit noch nicht die Kompensation gewährleistet, daß sich vielmehr gleiche Nennwerte gleicher Kaufkraft nur die Waage halten.

76) a. a. O., S. 58 ff.

77) Es kann auch der Fall eintreten, daß zwar auf Kredit verkauft werden muß, der Warenbezug dagegen branchenüblicherweise sich nur gegen bar durchführen läßt, während ein Bankkredit nicht ohne weiteres zu beschaffen ist. Dabei sei auch in Rechnung gestellt, daß der Bankzins eine nicht unerhebliche Rolle spielen kann, die nicht durch den Abzug beim Barzahlungskauf ausgeglichen werden kann. - Andererseits dürfte es einem Unternehmen, das mit Fremdkapital arbeitet, schwerfallen, in den Außenständen den Gegenposten zu finden, der die Gefahr der Geldwertsteigerung zum Ausgleich bringt.

78) Oberparleiter, Funktionen und Risiken des Warenhandels, Wien, 1955, S. 192 ff.

Bei raschen Geldwertänderungen müßten daher zur Sicherung der Kompensation Geldaktiva und Geldpassiva gleichzeitig entstehen und fällig werden. Denn wird z. B. bei Schaffung einiger Geldaktiva, etwa von Außenständen durch Kreditverkäufe die Herstellung der Wertgleichheit durch Aufnahme eines Kredites zur Wiederbeschaffung hinausgeschoben, so besteht bei sinkendem Geldwert die Gefahr eines Verlustes durch Verringerung der Kaufkraft des zur Wiederbeschaffung im gleichen Nennwert aufzunehmenden Schuldbetrages, bei steigendem Geldwert allerdings die Möglichkeit eines Gewinnes durch Kaufkraftsteigerung.

Umgekehrt muß die Verzögerung der Wertgleichheit nach Aufnahme eines Kredites durch verspätete Entstehung von gleichwertigen Geldaktiven bei sinkendem Geldwert unter der Annahme des Verkaufes zum Wiederbeschaffungspreis einen Gewinn ergeben, da infolge der gestiegenen Preise schon ein Teil des Erlöses zur Deckung des Kreditnennwertes der aus jenem Kredit beschafften Ware genügen wird. Bei steigendem Geldwert dagegen wird infolge des während der Verzögerung der Wertgleichheit eingetretenen Preisfalles der Gesamterlös nicht den Nennwert des in Anspruch genommenen Kredites erreichen. (79)

Neben diesen bereits bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten unterliegen auch die aus abgeschlossenen, aber noch nicht erfüllten Verträgen vorliegenden Verbindlichkeiten dem Geldwertrisiko. (80)

Die Risiko-Kompensation nach dem Grundsatz der Wertgleichheit findet an der Unmöglichkeit, die erforderlichen Gegenposten zu schaffen, ihre Grenze, aber auch daran, daß die Forderungen dubios werden können.

Mangel an Kompensationsmöglichkeiten kann sowohl auf der Aktiv- wie auf der Passivseite eintreten. Bestehen Geldaktiva und solchen gleichzusetzende künftige Forderungen aus Lieferungskäufen, so kann eine Kreditaufnahme beim Lieferanten ebenso scheitern wie an der von der Bank verlangten Sicherheit. Die Aktiva sind dann aus Eigenkapital finanziert, das dem Risiko der Geldentwertung unterliegt. Bestehen andererseits Verbindlichkeiten oder sind solche aus Lieferungskäufen zu erwarten, so fehlt es möglicherweise an den wertausgleichenden Barbeständen, Außenständen und künftigen Kaufpreisforderungen aus Lieferungsverkäufen überhaupt oder doch in ausreichendem Maße. (81)

79) Hier soll von einem Gewinnzuschlag abgesehen werden.

80) Diese jedoch sind nur vereinzelt Gegenstand der Verrechnung und kommen in Bilanzen selten zum Vorschein.

81) Steht der Gegenwert von Krediten in Realwerten wie z. B. in Waren, so reicht deren Erlös bei gestiegenem Geldwert zufolge der unvermeidlichen Preissenkung nicht mehr zur Deckung der Kredite aus.

Eine Kapitaldisposition unmittelbarer Bilanzierung von Geldaktiven und Geldpassiven wird demnach nicht immer möglich sein. Die Sicherung über den Warenmarkt aber setzt das Unternehmen den Preisschwankungen seines Spezialmarktes aus.

2. Preisvorbehalte

Das Bürgerliche Gesetzbuch geht davon aus, daß in Kauf-, Werk- und Werklieferungsverträgen ein fester Kauf- oder Lieferpreis vereinbart wird. Zwar enthalten die §§ 315 - 319 BGB Vorschriften über die Bestimmbarkeit der Leistung. Nach diesen Vorschriften wird aber in der Praxis der Preis selten vereinbart.

Besonders bei langfristigen Werklieferungsverträgen sind Preisvorbehalte üblich und notwendig, bilden doch hier die Gestehungskosten einen wesentlichen Bestimmungsfaktor des zu berechnenden Preises. Die Gestehungskosten setzen sich aus Lohn-, Material- und Gemeinkosten zusammen. Freie Konkurrenz vorausgesetzt - will jeder Unternehmer möglichst preisgünstig anbieten, auf der anderen Seite ist aber die Preisbildung gerade der wesentlichsten Kostenfaktoren, nämlich für Lohn und Material, seiner Einflußnahme entzogen.

Hier entstehen für den Unternehmer Risiken, die dann zu einem zusätzlichen echten Kalkulationsfaktor führen müßten, wollte er auf eine Ausdehnung dieses Risikos mit auf den Auftraggeber verzichten, ganz abgesehen davon, daß dieser zusätzliche Kostenfaktor in der Kalkulation allein durch seine Existenz zu einer latenten Preiserhöhung führen würde.

Gerade im Exportgeschäft wären die Auswirkungen einer solchen preiserhöhenden Maßnahme um so schwerwiegender, als im Ausland derartige Preisrisiken als Preisvorbehalte bei Vertragsabschluß allgemein anerkannt werden (82) und der Unternehmer dort im Rahmen seiner Kalkulation eventuelle Preiserhöhungen auf dem Kostensektor nicht zu berücksichtigen braucht.

Nach dem Prinzip der Vertragsfreiheit ist jedoch eine Änderung der durch die Bestimmung des Privatrechts und insbesondere der Handelsbräuche geschaffenen Risikoverteilung im Vertrag möglich.

82) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.11.1952, Preisvorbehalt, Der "Ausschuß Industrie" der Economic Commission for Europe (ECE) hat derartige Vertragsklauseln ausdrücklich empfohlen.

Nicht immer bedient man sich in der Praxis der klaren Vertragsbestimmung zur Abwälzung von Risiken, vielfach zieht man Unklarheiten in der Abfassung und Verklausulierung des Vertrages zur leichteren Gewinnung der angestrebten Ziele vor. (83) Umfangreiche Kontraktvordrucke und unauffällige Klauseln begünstigen, da sie zuweilen ungelesen bleiben, eine derart stillschweigende Verteilung der Risikenlast und verschleiern so das Verhältnis von Leistung und Preis.

Monopolbetriebe sind ohnehin in der Lage, dem Kontrahenten ganz offen das ihnen unerwünschte Risiko aufzuerlegen.

Das Freilassen von Vertragsbestandteilen und damit ihr gänzlich oder teilweises Freibleiben kann das Entstehen von Risiken für beide Vertragsteile verhindern oder bewirkt die Überwälzung auf einen der beiden. Je mehr Risiken abgestoßen werden, desto geringer bleibt die Möglichkeit einer Kostensteigerung oder Ertragsverringerung, desto sicherer gestaltet sich damit die Rechnungsgrundlage für Kauf und Verkauf, aber auch um so höher bzw. niedriger wird der Preis sein.

Die Behörden stehen solchen Preisklauseln im allgemeinen skeptisch gegenüber. So heißt es z. B. in der Baupreisverordnung vom 11. 5. 1951 (84): "Bei Lohnerhöhungen darf nur die Nachberechnung des Lohnunterschiedes in tatsächlicher Höhe mit einem angemessenen Zuschlag zur Abgeltung der Gemeinkosten und der Umsatzsteuer vorbehalten werden." Für die Preisgleitklausel gilt nach § 17 Abs. 3 dieser Verordnung: "Die nachgewiesenen Stoffpreiserhöhungen darf der Auftragnehmer mit einem angemessenen Zuschlag der Gemeinkosten und Umsatzsteuer berechnen."

Das Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft hat in einer EntschlieÙung vom 30. 4. 1951 (85) zwischen dem Preisvorbehalt, der dem Verkäufer die Möglichkeit der Preisbestimmung erst im Zeitpunkt der Warenlieferung offen lassen soll und dem Vorbehalt einer Nachberechnung im Falle einer späteren rückwirkenden gesetzlichen Preiserhöhung unterschieden. (86)

83) So werden z. B. allgemeine Geschäftsbedingungen eines Unternehmens, die oft sehr eingreifend sein können, Vertragsbestandteil, auch ohne daß der Vertragspartner sie kennt, wenn mit dem Vorhandensein solcher Bedingungen allgemein gerechnet werden muß.

84) BGBl. I S. 223. Neue Fassung: VO Pr Nr. 8/55 über Preise bei öffentlichen Aufträgen für Bauleistungen vom 19. 12. 1955, §§ 13-15

85) Überholt durch Erlaß des Bundeswirtschaftsministers vom 19. 1. 1957, BGBl. Nr. 2, 1957

Durch den Erlaß (87) über Preise für elektrischen Strom, Gas und Wasser wurde nach § 1 für langfristige Strom- und Lieferungsverträge die Koppelung des Strompreises mit den Kohlenpreisen (oder mit Kohlenpreis und Löhnen) mit Wirkung für und gegen beide Vertragsparteien für zulässig erklärt. Hierzu hat das Bundeswirtschaftsministerium zu erkennen gegeben, daß der Preis eines verkauften Gutes von dem künftigen Preis derjenigen Preisfaktoren abhängig gemacht werden darf, die für die Herstellung des Gutes maßgeblich sind.

Bei Waren und Leistungen, die nicht mehr dem Preisstop unterliegen, bestehen hinsichtlich der Vereinbarung von Preisvorbehalten keine preisrechtlichen Bedenken, jedoch vorbehaltlich des § 19 des Wirtschaftsstrafgesetzbuches (88). Zur Gültigkeit von Preisvorbehalten ist es auf Grund des ausdrücklichen Hinweises im Runderlaß 8/48 vom 8.3.48 wesentlich, daß eine Vereinbarung über den Vorbehalt zustandekommt (89). Eine einseitige Preisvorbehaltserklärung ist unwirksam und bindet den Vertragspartner nicht.

Eine solche Vereinbarung liegt aber auch dann vor, wenn der entsprechende Vorbehalt in den Lieferungsbedingungen der Lieferfirma enthalten ist und durch die vorbehaltlose Auftragsbestätigung vom Vertragspartner angenommen wird. In diesem Falle liegt eine stillschweigende Einverständniserklärung mit dem Preisvorbehalt vor und es handelt sich nicht um eine einseitige Klausel.

Der Käufer einer Ware, deren Lieferung erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann, der Verkäufer einer solchen, der sie erst zu beschaffen beabsichtigt, vermag die Gefahr einer zwischenzeitlichen Veränderung ihres Marktpreises durch einen Vertrag mit freibleibendem Preis überzuwälzen.

86) Der Hauptunterschied zwischen Preisvorbehalt und Nachberechnungsvorbehalt besteht in der zeitlichen Bezogenheit des endgültigen Preises. Im ersten Falle ist dieser auf den Zeitpunkt der Warenlieferung, im zweiten auf den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses abgestellt.

87) Verordnung PR Nr. 18/52 vom 26.3.1952, Bundesanzeiger Nr. 62/1952

88) Dies ergibt sich sowohl aus der allgemeinen Aufhebung der Preisstopverordnung und der zu ihrer Ausführung ergangenen Verordnungen und Erlasse wie auch aus der Preisfreigabeverordnung vom 25.6.1948.

Dagegen sind Preisvorbehalte bei preisgebundenen Waren grundsätzlich nicht zulässig nach § 18 des WStG.

Andernfalls könnten die Vertragsparteien künftige Preiserhöhungen zum Vertragsinhalt machen und so das Verbot des höheren Preises umgehen. WStG v. 29.3.1950, BWMBI. 1950, S. 70

89) Mitteilungsblatt des VAW 1948, S. 111

Die den verschiedenartigsten Voraussetzungen angepaßten Spielarten eines solchen Vertrages haben das eine gemeinsam, daß der Vertrag einen Preis ziffernmäßig überhaupt nicht bestimmt, sondern zu einem künftigen Zeitpunkt festgesetzt werden soll, daß der im Vertrag ziffernmäßig bestimmte Preis im Falle einer Änderung des Marktpreises, sei es nur nach oben oder unten, eine entsprechende Korrektur erfahren soll. Fehlt ein Markt- oder Börsenpreis, so wird die endgültige Preisfestsetzung dadurch zwar erschwert, aber trotzdem meist nach anderen Berechnungsunterlagen wie z. B. Richtpreisen oder Listenpreisen des Lieferanten vorgenommen.

Im einzelnen finden die nachstehenden Typen von Verträgen mit freibleibendem Preis Anwendung (90):

- a) der gewöhnliche Vertrag mit freibleibendem Preis,
der ohne vertragliche Festsetzung einer Preisziffer den an einem bestimmten künftigen Tag, meist mit der Lieferung, geltenden Preis als Kaufpreis oder als Basis für seine Berechnung zugrunde legt.
- b) der Skalavertrag,
der nicht den Preis eines bestimmten Tages, vielmehr den Durchschnitt der Marktpreise einer vereinbarten Anzahl von Tagen, etwa von 8 Tagen vor und 8 Tagen nach der Lieferung zwecks möglicher Ausschaltung anderer Momente wählt.
- c) der Vertrag "on call",
der entweder dem Käufer oder dem Verkäufer das Recht einräumt, innerhalb einer begrenzten Frist nach Vertragsabschluß den Marktpreis des Tages oder Vortages als Kaufpreis abzurufen.
- d) der Vertrag mit Preisschwankungsklausel,
der für den Fall einer Abweichung des künftigen Marktwertes oder sonst wie maßgeblichen Preises, meist jenes zur Zeit der Lieferung, gegenüber jenem zur Zeit des Vertragsabschlusses eine entsprechende Erhöhung oder Ermäßigung des Vertragspreises vorsieht.
- e) der Vertrag mit Baisseklausel,
die nur dem Käufer eine verhältnismäßige Preisermäßigung für den Fall einer künftigen Verbilligung gewährt.
- f) der Vertrag mit Hausseklausel,
die dagegen dem Verkäufer für den Fall einer Preissteigerung eine Erhöhung des Kaufpreises vorbehält.

90) Oberparleiter, a. a. O., S. 171

g) Verträge mit Kostenschwankungsklauseln (91),

die meist den Charakter von Hausseklauseln tragend unter Voraussetzung einer Verteuerung dieses oder jenes vertraglich genannten Kostenfaktors, wie des Lohnes, Material, Kohle usw. dem Lieferanten das Recht einer verhältnismäßigen Preiserhöhung zugestehen.

Der Wunsch der Lieferfirma nach einem möglichst umfassenden Preisvorbehalt und das Bestreben des Bestellers, möglichst zu einem festen Preis einzukaufen, finden zuweilen ihren Ausgleich in einem sogenannten begrenzten Preisvorbehalt (92). Danach trägt z. B. die Lieferfirma die Preiserhöhungen in einem gewissen Umfang oder sie nimmt die Preiserhöhung in Kauf, die über einen bestimmten Prozentsatz des Lieferpreises hinausgeht.

91) Beispiel einer mathematischen Preisformel im Großmaschinenbau:

Auftragswert: DM 735 000, --

$$\text{Preisformel: } P = P_a \left(0.10 + 0.08 \frac{E}{E_a} + 0.12 \frac{K}{K_a} + 0.7 \frac{L}{L_a} \right)$$

Kontraktliche Lieferzeit: 1.8.56 - 30.9.57

$$K_a = \text{Kupfer} = \text{DM } 5. \text{ -/kg, } K = 5.50/\text{kg, } \frac{K}{K_a} = 1.10$$

$$E_a = \text{Eisen} = \text{DM } 375. \text{ -/t, } E = 385. \text{ -/t, } \frac{E}{E_a} = 1.0266$$

$$L_a = \text{DM } 1.65/\text{h}$$

$$L = \text{Tariflohn v. } 1.8.56 - 31.12.56 = \text{DM } 1.65/\text{h}$$

$$\text{" v. } 1.1.57 - 30.9.57 = \text{DM } 1.80/\text{h}$$

$$\frac{L}{L_a} = \frac{(1.65 \times 0.15) + (1.8 \times 0.85)}{1.65} = \frac{1.7775}{1.65} = 1.07727$$

$$\text{Steigerung: } 10 \text{ Festpunkte} \quad 0.100000$$

$$8 \text{ Eisenpunkte} \quad 0.080000$$

$$0.12 \times 1.1 = 12 \text{ Kupferpunkte} \quad 0.132000$$

$$0.7 \times 1.07727$$

$$= 70 \text{ Lohnpunkte} \quad 0.754089$$

$$1.066089$$

$$\text{Endpreis: DM } 735.000. - \times 1.066089$$

$$= \text{DM } 783.575.42$$

Die Steigerung beträgt also DM 48.575.42

- 92) Es bleiben Preisveränderungen von $\pm 3\%$ des Gesamtauftragswertes unberücksichtigt, d. h. bei Preisveränderungen über 3% wird nur der die 3% übersteigende Betrag zur Verrechnung gebracht.

Es gibt auch Preisvorbehalte mit Begrenzung nach oben und unten. Dann hat die Lieferfirma Erhöhungen bis zur vereinbarten Höhe selbst zu tragen. Der Besteller aber übernimmt die höheren Kosten bis zu 15 %. Die darüberhinausgehenden Kosten gehen jedoch wieder zu Lasten der Lieferfirma.

Sind Lieferverträge zu festen Preisen abgeschlossen, so ergeben sich dann Schwierigkeiten, wenn sich die Gestehungskosten in der Zeit zwischen dem Vertragsabschluß und dem Liefertag erhöhen. Die Lieferfirma wird aus berechtigtem Interesse geltend machen, es sei ihr nicht zuzumuten, den Vertrag zu den vereinbarten Bedingungen zu erfüllen und die Kostenерhöhung allein zu tragen. Zumindest müsse sich der Abnehmer an den Mehrkosten beteiligen entsprechend der anteiligen Kostenauswirkung auf den erhöhten Preis. Übernimmt eine Lieferfirma eine Leistung zu Festpreisen in einer Zeit, in der sich die Preise allgemein ändern, so kann sie höhere Gestehungskosten, die mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns bei Vertragsschluß schon in etwa voraussehbar waren, nicht ohne weiters abwälzen.

Hierbei spielt auch die Frage der Anzahlung eine gewisse Rolle. Die Parteien sind sich in der Regel darüber einig, daß durch die Anzahlung die Forderung aus dem betreffenden Vertrag in Höhe des angezahlten Betrages erlischt. Es ist aber auch möglich, daß die Anzahlung als wertbeständig vereinbart wird. Im anderen Falle würde nämlich bei einer Preiserhöhung die Anzahlungssumme nicht unter den Preisvorbehalt fallen und der Preisvorbehalt bezieht sich nur noch auf den durch die Anzahlung nicht getilgten Teil des Kaufpreises. Der Charakter der Anzahlung wird aber meist schon beim Vertragsabschluß festgelegt und es ist verständlich, wenn sich der Lieferant weitgehend den Wünschen des Auftraggebers anpaßt. Die Behandlung der Anzahlung ist branchenbedingt und daher verschieden.

Es wird oft vereinbart, daß der Preisvorbehalt nur dann gelten soll, wenn der Marktpreis oder die Gestehungskosten steigen. Der vereinbarte Lieferpreis ist in diesem Falle also ein Mindestpreis, der zwar überschritten, nicht aber unterschritten werden kann, wenn der Marktpreis oder die Gestehungskosten gegenüber der Zeit des Vertragsabschlusses sinken. Jedoch sollen Preisvorbehalte dem Lieferanten nicht nur den Mindestpreis gewährleisten, sondern auch dem Käufer zu einem niedrigeren Preis verhelfen, wenn der Marktpreis oder die Gestehungskosten gegenüber der Zeit des Vertragsabschlusses sinken. (93)

93) Preiserhöhungen bei einzelnen Faktoren können durch Preissenkungen bei anderen ausgeglichen werden.

3. Geldwertausgleich in der Bilanz

Sofern in Zeiten steigender Kostengüterpreise die Kapitalrechnung nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung unter Berücksichtigung handels- und steuerrechtlicher Grundsätze durchgeführt wird, d. h. die Kostengüter höchstens zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet werden, sind unter Berücksichtigung der erhöhten Wiederbeschaffungspreise die eventuellen Gewinne zu hoch und mithin das Kapital zu niedrig ausgewiesen.

Bei nomineller Kapitalrechnung ist zwar das Kapital am Ende der Rechnungsperiode im Verhältnis zum Ursprungskapital in seinem nominellen Wert erhalten geblieben; die geldziffermäßige Kaufkraft der im Betrieb investierten Kapitalien ist jedoch im Verhältnis der Preisbewegungen verändert worden. Eine Kapitalrechnung unter Berücksichtigung der realen Kaufkraftschwankungen muß deshalb die Preisänderungen bei der Bewertung der Kostengüter berücksichtigen, d. h. die Kostengüter möglichst zu Wiederbeschaffungspreisen bewerten. Nur dann gibt die Rechnung die realen Kapitaländerungen wieder.

Beim Lesen von Bilanzen und deren Vergleich ist nicht ohne weiteres zu erkennen, wenn in der Zwischenzeit der Geldwert Veränderungen erfahren hat. Der Leser von Bilanzen setzt in der Regel voraus, daß die Währung einen wertbeständigen Maßstab bilde. (94)

Für den rechnenden Kaufmann ergibt sich aus dieser Tatsache die Frage, wie Störungen aus dem meist absinkenden Geldwert in der Bilanz eliminiert werden können.

94) Schmalenbach, Dynamische Bilanz, Leipzig, 1926, zieht daraus vorwiegend psychologische Folgerungen, wenn er auf Seite 219 schreibt: "Die Menschen werden, wenn es ihnen bequem ist, immer wieder glauben, der Staat dürfe sich ohne Schaden am Geld vergreifen. Immer wieder wird es Bankpräsidenten, Finanzminister und Schriftsteller geben, die es öffentlich beweisen, daß das Vergreifen am Geld eigentlich eine ganz harmlose Sache sei. Und es wird immer wieder Völker geben, die an das Perpetuum mobile glauben und an die Erhaltung der Kraft nicht glauben und die allen Ernstes der Meinung sind, man könne Kapital mit der Druckmaschine zaubern. Die Überzeugung von der ewigen Torheit der Menschen ist auch der Grund, daß ich in den folgenden Ausführungen die Dinge wesentlich unter dem Gesichtspunkt der Geldentwertung und nicht so sehr der Geldwertsteigerung behandle. Der Grund liegt nicht daran, daß uns die letzte Vergangenheit in Deutschland daran gewöhnte, die Dinge in einer einseitigen Weise zu

Es ergibt sich also für den Kaufmann tatsächlich die Situation, daß er - selbst machtlos gegen Schwankungen des Geldwertes - von sich aus versuchen muß, die Auswirkungen, soweit es im Rahmen der Geschäfte möglich, für sich abzufangen.

Für Planung und Entschliefungen genügt es zweifellos nicht, bilanzmäßige Scheingewinne (95) nachträglich zu eliminieren oder nach Ablauf des Geschäftsjahres zu berechnen, sondern der Kaufmann muß wissen, welche Wertrisiken seine Handlungen mit sich bringen.

Der Geldwertausgleich kann in der Bilanz ausgedrückt werden durch:

- a) Zuschreibungen zum Anlage- und Umlaufvermögen, die sich in erhöhten Rücklagen (oder Gewinnen) niederschlagen.
- b) Bildung von Kapitalberichtigungskonten (= Rücklagen) zu Lasten des ausgewiesenen Gewinnes.
- c) Aufstellung von Indexbilanzen.

Bei Bildung von Rücklagen ist zu bedenken, daß damit wohl in steuerlicher Hinsicht ein Scheingewinn aufgefangen werden kann, jedoch wird die Rücklage ihrerseits von Geldwertschwankungen, denen das Finanzanlage- und Umlaufvermögen sowie die Schulden unterworfen sind, beeinflußt.

betrachten; ich hätte, wie ich glaube, vermocht, mich von dieser Einseitigkeit freizumachen. Der Grund für die Betonung der Geldentwertung liegt darin, daß es infolge falscher Geldpolitik sehr viel mehr und größere Geldentwertungen gibt als Geldwertsteigerungen. Nicht immer gelingt es, wenn Scharlatane das Geldwesen entzweigeschlagen haben, das gesunkene Geld wieder auf den alten Fuß emporzuschrauben. "

- 95) Wenn auch die Vorschriften des Handels- und Steuerrechts in ihrer Grundkonzeption nur dem Gedanken einer nominellen Kapitalerhaltung entsprechen, ermöglichen die Sonderbestimmungen jedoch - ohne in diesem Zusammenhang auf Einzelheiten eingehen zu können - unter Umständen, daß der Verbrauch in Zeiten steigender Preise zu verbrauchsnahen Einstandspreisen angesetzt werden darf (z. B. Lifo-Methode, Eiserne Bestandsrechnung, Preisdifferenzrücklage), soweit diese Preise wirklich gezahlt sind. Damit wird auch in kontinuierlichen Rechnungen versucht, dem Ziel der realen Kapitalerhaltung in weitgehendem Maße zu entsprechen. - Die Vorteile einer nominellen Geldkapitalrechnung liegen für den Steuerfiskus in der Eindeutigkeit der Werte und ihrer sicheren Kontrollmöglichkeit. Schwierige Bewertungsprobleme treten kaum auf. Es ist deshalb auch nicht anzunehmen, daß der Steuergesetzgeber vom Prinzip der nominellen Kapitalerhaltung abgehen wird.

Schmalenbach (96) kommt bei der Untersuchung des Gewinnbegriffs zu dem Ergebnis, daß Preissteigerungen und damit Geldwertminderungen als wirtschaftliche Dauererscheinungen anzusprechen seien, und daß infolgedessen Wertberichtigungen auf Grund verfeinerter Indexberechnungen notwendig sind zur Erkennung von Scheingewinnen.

Ein besonders anschauliches Beispiel bietet die Preisentwicklung, die mit dem Korea-Krieg einherging. Nach den Indexziffern des statistischen Bundesamtes waren vom Juni 1950 bis November 1951 angestiegen:

Grundstoffpreise um	32 %
Erzeugerpreise für industrielle	
Produkte um	28 %
Lebenshaltungskosten um	12 %

Wenn auch damals die Preissteigerung ihren Ausgangspunkt von den Weltrohstoffmärkten nahm, so zeigt der Preisanstieg trotzdem, wie sehr sich der Geldwert vermindert hat.

Steigende Preise verwandeln reguläre Erträge zumindest teilweise in Scheingewinne, weil sich mit dem Erlös der verkauften Ware fortgesetzt nur wieder weniger Ware einkaufen läßt, ohne daß sich die Substanzminderung im Zahlenwert der Bilanz oder der Ertragsrechnung bemerkbar macht.

Es ist das besondere Verdienst von Schmalenbach, erstmalig bereits 1921 eine Berechnung über den Geldwertausgleich in der bilanzmäßigen Erfolgsrechnung veröffentlicht zu haben (97).

Hinsichtlich der Behandlung im einzelnen kann man entweder die Geldwerte am Anfang der Vergleichszeit in die zum Abschlußzeitpunkt umrechnen oder umgekehrt alle Werte auf den Ausgangswert bringen. Diese Methode ergibt aber nur dann ein genaues Bild, wenn es sich um eine einmalige Rechnung für einzelne Jahre handelt. Will man dagegen die Scheingewinne mehrerer aufeinanderfolgender Jahre auf vergleichbarer Basis berechnen, so sind die Endwerte mit dem Maßstab zu Anfang der Vergleichszeit zu messen.

Als Maßstab kommen Devisenkurse, Preisindices für Grundstoffpreise, Erzeugerpreise industrieller Produkte, Lebenshaltungskosten sowie Löhne und Gehälter in Frage.

96) a. a. O., S. 195

97) Schmalenbach, a. a. O., S. 201

Nachstehend soll eine Indexbilanz zur Veranschaulichung des Gesagten dienen. (98)

Bilanz per 30. 6. 1950

Gebäude	230.000	Stammkapital	500.000
Maschinen	300.000	Rücklagen	100.000
Vorräte	170.000	Kreditoren	130.000
Forderungen	160.000	Bankschuld	143.000
Bank	10.000		
Kasse	3.000		
	873.000		873.000
	=====		=====

Schluß-Bilanz per 30. 6. 1951

Gebäude	225.000	Stammkapital	500.000
Maschinen	327.000	Rücklagen	100.000
Vorräte	300.000	Kreditoren	140.000
Forderungen	190.000	Bankschuld	160.000
Bank	15.000	Gewinn	165.000
Kasse	8.000		
	1.065.000		1.065.000
	=====		=====

Festmark-Bilanz per 30. 6. 1951 (Index-Bilanz)

Gebäude	225.000	Stammkapital	500.000
Maschinen	321.300	Rücklagen	100.000
Vorräte	240.000	Kreditoren	112.000
Forderungen	152.000	Bankschuld	128.000
Bank	12.000	Gewinn	116.700
Kasse	6.400		
	956.700		956.700
	=====		=====

Der Gewinnunterschied beträgt

nach der Schluß-Bilanz	165.000
nach der Festmark-Bilanz	116.700
also	48.300

was einer effektiven Entwertung von 25 % entspricht.

Anm. siehe nächste Seite unten.

Nach der Differenzprobe betragen die

Geldwertverluste		Geldwertgewinne	
Maschinen	5.700	Kreditoren	28.000
Vorräte	60.000	Bankschuld	32.000
Forderungen	38.000	Saldo-Verlust	48.300
Bankguthaben	3.000		
Kasse	1.600		
	108.300		108.300
	=====		=====

Hinsichtliche der Verlustziffer und der Differenzprobe ist zu beachten, daß es sich lediglich um die zahlenmäßigen Unterschiede, also weder um DM, noch um Festmark handelt.

Neben der Berechnung von Index-Bilanzen dient eine erheblich einfachere Methode der Bilanz-Aufspaltung nach Sach- und Geldwerten.

98) Das Beispiel ist entnommen aus Der Betrieb, Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerwesen, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht, Verlag Düsseldorf; Rentrop, Wertrisiko und Wertsicherung in der Bilanz, Nr. 50, 1951 und Nr. 9, 1952.

Grundlage ist die Bilanz einer GmbH per 30.6.1950, also vor dem Korea-Krieg. Die Indexbilanz wird für den 30.6.1951 aufgestellt.

Die Preisbewegung wird mit dem Index für industrielle Produkte, Basis Juni 1950 = 100 gemessen. Für August 1951 gibt die Bank Deutscher Länder im Bericht August 1951, S. 29 den Index mit 124,7 an.

Die Neu-Werte sind am 30.6.1951 mit dem reziproken Indexwert von 0,8 zu multiplizieren. Für unseren Fall kann der Übersichtlichkeit halber auf eine genaue Verfolgung der Zu- und Abgänge während des Bilanz-Jahres verzichtet werden.

So beschränkt sich die Umrechnung der Endbilanz in die Werte der Anfangsbilanz lediglich auf die Endwerte.

Jedoch könnten an Stelle der vereinfachten Methode für ein Monat oder Quartal auch die Umsatzziffern jeweils zum Monatsindex umgerechnet werden.

Angewandt auf die vorstehende Bilanz ergibt sich dann folgendes Bild:

Sachwerte			
Gebäude	225.000	Stammkapital	500.000
Maschinen	327.000	Rücklagen	100.000
Vorräte	300.000	Gewinn	165.000
		Sachwertspanne	87.000
	852.000		852.000
	=====		=====

Geldwerte			
Forderung	190.000	Kreditoren	140.000
Bank	15.000	Bank	160.000
Kasse	8.000		
Geldwertspanne	87.000		
	300.000		300.000
	=====		=====

Danach wird also bei einem Überschuß der geldwerten Schulden über die geldwerten Forderungen um 87.000 bei fortschreitender Entwertung der Gewinn aus Schuldverpflichtungen größer sein, als der Verlust aus Außenständen und Geldbeständen.

Je größer die Geldwertspanne, desto größer sind die währungsmäßigen Risiken. Es ergibt sich dann ein Ausgleich, wenn geldwerte Schulden und geldwerte Forderungen sich entsprechen.

Die Entstehung größerer Wertspannen wird sich zwar im Zuge der unterschiedlichen Finanzierung nicht immer vermeiden lassen.

Durch eine regelmäßige Berechnung des Währungsrisikos sind sie aber immerhin unter Kontrolle zu halten und insofern für die Dispositionen der Betriebsführung von wesentlicher Bedeutung.

V. PRIVATRECHTLICHER TEIL

Das Schuldrecht, das die Rechtsbeziehungen zwischen einzelnen Personen als Gläubiger und Schuldner regelt, bildet die rechtliche Grundlage der meisten

Wertbewegungen und damit des geschäftlichen Verkehrs auf den verschiedensten Gebieten. Es führt dauernde und vorübergehende Vermögensverschiebungen aller Art herbei und sichert sie.

Auf dem Gebiete des Schuldrechts gilt dementsprechend der Grundsatz der Vertragsfreiheit. Es können also die Vertragspartner Schuldverhältnisse jeden Inhalts frei vereinbaren. (99) Damit wird gleichzeitig der Interessenschutz gewährleistet und die nötige Verkehrssicherheit angestrebt.

Vollkommene Vertragsfreiheit, das heißt die Freiheit des Einzelnen, seine Rechtsstellung und die Rechtslage der von ihm beherrschten Rechtsgüter nach Belieben durch Vertrag mit anderen Personen zu ändern, besteht nicht. Auf den meisten Gebieten des öffentlichen Rechts, im gesamten Persönlichkeitsrecht wie auch im Erbrecht sind wirksame Verträge nur denkbar, soweit sie ausdrücklich zugelassen sind, im Gebiete des Sachenrechts können durch Vertrag nur solche Rechte begründet werden, die ausdrücklich anerkannt sind.

Das Bestehen zahlreicher Gesetze, die in diese Vertragsfreiheit eingreifen, braucht dem zugrundeliegenden Prinzip nicht zu widersprechen. Der Zwang einer übergeordneten Gewalt ist manchmal unentbehrlich, um wirklich Gleichheit und ein Höchstmaß von Verantwortung zu erreichen. Die soziale Gesetzgebung (z. B. Wohnbaugesetze) widerspricht nicht den Forderungen einer wohlverstandenen Vertragsfreiheit, denn erst durch das Eingreifen der übergeordneten Gewalt (100) wird aus der Willkür die Sicherheit allgemeiner Freiheit.

1. Der Geldschuld-begriff des bürgerlichen Rechts

Es entspricht dem Geld als allgemeinem Tauschmittel und Wertmesser, daß Geldschulden meist Geldsummensschulden sind. (101)

-
- 99) Außerdem sind nicht nur innerhalb der gesetzlich aufgestellten Typen der Schuldverhältnisse andere, vom Gesetz abweichende Regelungen durch Vertrag möglich, es können auch neue Vertragstypen oder Mischungen von solchen geschaffen werden.
- 100) Unterscheidung im Staatsrecht nach
 verbotenem Vertrag (Frauen- und Kinderarbeit)
 diktiertem Vertrag (Schwerbeschädigtengesetz)
 genehmigungspflichtigem Vertrag (Preisbehörde im Grundstücksverkehr)
 beaufsichtigtem Vertrag (richterliche Vertragshilfe)
 für verbindlich erklärtem Vertrag (Tarifvereinbarungen)

Es ist aber auch möglich, daß eine Geldschuld als Geldsortenschuld erfüllt werden soll. Ein Bankkunde verlangt z. B. eine bestimmte Stückelung der zu leistenden Geldsumme oder, wie es § 244 BGB als möglich vorsieht, eine ausländische Geldsorte. Im Geschäftsverkehr braucht man hierfür das Wort effektiv. Selten jedoch ist die Geldsortenschuld als reine Geldsortenschuld Gattungsschuld, auf die die für diese geltenden Regeln anzuwenden sind.

Meist ist die Geldsortenschuld als uneigentliche Geldsortenschuld zugleich Geldsummenschuld. Das bedeutet, daß bei Unmöglichkeit der Leistung der betreffenden Geldsorte eine Geldsummenschuld entsteht und die Leistung auch in anderem gängigem Währungsgeld zu erfüllen ist. Das ergibt sich, wie aus der Rechtsprechung (102) zu folgern ist, aus § 245 BGB, der zwar auf eine in nicht mehr geltender Währung lautende Schuld abstellt, sowie aus der Angabe eines bestimmten Wertes hinter der Geldschuld, der jedenfalls zu leisten ist.

Werden ein oder mehrere bestimmte Geldstücke geschuldet, so ist dies keine Geldschuld, sondern Stückschuld, die unter den Begriff der Gattungsschuld fällt.

Eine reine Geldschuld ist aber auch insofern Gattungsschuld, als sie zwar nicht auf Gattungssachen geht, sondern auf den Wert einer Summe, aber durch Gattungssachen, nämlich Geld zu erfüllen ist.

Die reine Fremdwährungsschuld wird auch als echte Valutaschuld bezeichnet im Gegensatz zur unechten Valutaschuld, bei der eine Geldschuld in bestimmter, z. B. inländischer Währung durch eine Alternativklausel mit einer fremden Währung verknüpft ist. (103)

Die Unterscheidung ist insbesondere zu berücksichtigen bei Wertsicherungsverträgen über eine Fremdwährungsschuld, die dem Wortlaut des § 3 Satz 1 des Währungsgesetzes entsprechend grundsätzlich verboten sind.

101) Unterscheidung zwischen Geldsummenschuld und Geldwertschuld siehe S. 73.

102) Urteile des RG, RGZ 101, S. 313 ff., 107, S. 370 ff., 151, S. 37 ff.

103) Auf die Geldschuld gegenüber Ausländern wurden devisenrechtliche Bestimmungen angewandt. Diese Beschränkungen bestanden und bestehen noch zum Teil in Verboten mit Genehmigungsvorbehalt. Sie betreffen vor allem das Leistungs-, weniger das Verpflichtungsgeschäft.

2. Der rechtliche Charakter des Geldes

Rein rechtlich ist das Geld nur als definitives Schuldentilgungsmittel (allgemeines Zahlungsmittel) zu kennzeichnen, sofern das Gesetz das Geld mit der Eigenschaft ausstattet, daß es dem zur Zahlung Verpflichteten gegenüber dem zur Zahlung Berechtigten den Anspruch auf schuldbefreiende Annahme gewährt. Das Geld gewinnt dann einen streng juristischen Charakter, wenn der Staat seinem Besitzer bestimmte, einklagbare Ansprüche (104) verleiht. Insbesondere sind es zwei Ansprüche, mit denen das Geld ausgestattet sein kann:

- a) der Anspruch auf Einlösung in eine andere Geldart,
- b) der Anspruch auf schuldbefreiende Annahme.

Letzterer bedeutet, daß mit diesem Anspruch ausgestattetes Geld zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen angenommen werden muß. Dieser Anspruch kann in drei Formen gekleidet sein:

- a) in der Form des unbegrenzten Anspruchs ohne Rücksicht auf die Höhe des Betrages (105)
- b) in der Form des nur bis zu einem bestimmten Höchstbetrag geltenden Anspruchs (106)
- c) in der Form eines nur gegenüber den Staatskassen geltenden Anspruchs. (107)

Die Ausstattung der verschiedenen Geldsorten mit einem dieser Ansprüche oder mit einer Kombination verschiedener Ansprüche stellt das Hauptmittel dar, mit dem der Staat das Geldwesen ordnet und reguliert.

Der früheren merkantilen, ausgesprochen metallistischen Geldauffassung, die in einem Geldbetrag immer nur eine bestimmte Gewichtsmenge Edelmetall, also einer bestimmten Menge einer besonderen Ware sah, tritt seit der Loslösung des Geldes vom Goldautomatismus die nominalistische Geldauffassung entgegen, die zunächst besonderes Gewicht auf die juristische Tragweite der Geldnorm legt. Als ursprünglich rechtstheoretische Auffassung vom Geld erklärt der Nominalismus jede Geldeinheit historisch aus der ihr vorausgegangen (z. B. die Mark als 1/3 Taler) und definiert sie nominal, d. h. nach dem Namen, den das Gesetz der Einheit gegeben hat. (108)

104) Röpke, Die Lehre von der Wirtschaft, Erlenbach, Zürich, 1954, S. 150 ff.

105) als allgemeines gesetzliches Zahlungsmittel

106) als Scheidegeld

107) als Geld mit Kassenkurs 108) Zwiedineck-Südenhorst, Allg. Volkswirtschaftslehre, Berlin-Göttingen-Heidelberg, 1948, S. 184 ff.

Nicht nur der Staat akzeptiert Geld zum Nominalwert, sondern er verlangt auch, daß die Gläubigen es beim Einlösen von Schulden zum Nominalwert annehmen. Dann erst wird deutlich, daß der Staat den Umlauf des von ihm gemachten Geldes zum Nominalwert sicherstellt. Auch das Reichsgericht (109) kennzeichnete in seinem berühmten Entscheid während der ersten Inflation diese nominalistische Richtung mit dem Ausspruch "Mark ist gleich Mark".

Trotz grundsätzlicher Geltung des Nominalismus hat das deutsche Recht aber bei Geldschulden in Anwendung des auch das Währungsrecht beherrschenden Gedankens von Treu und Glauben die Aufwertung zugelassen, wenn der Wert der geschuldeten Geldsumme sich vernichtend verschlechtert hatte, so vor allem bei der deutschen Markentwertung nach dem ersten Weltkrieg, aber auch bei Wertverminderung ausländischen Währungsgeldes, nicht dagegen bei bloßer Wertminderung. (110)

Es entspricht allerdings deutscher Rechtsauffassung, daß der Grundsatz des Nominalismus in Anwendung auf Schuldverhältnisse durch Parteienvereinbarung modifiziert oder ganz ausgeschaltet werden kann.

In der Geschichte des Nominalismus ist es im Hinblick auf zahlreiche Versuche jedoch noch niemals gelungen, diesen zum "jus cogens" zu machen (111). Der Nominalismus als solcher ist rechtlich nichts anderes als eine empirisch gewonnene Regel für die Auslegung von Verträgen. Zwangscharakter kann er nur durch ausdrücklich gesetzliche Norm erhalten.

3. Wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung des Nominalismus

Das Problem vertraglichen Schutzes gegen Schwankungen des Geldwertes, insbesondere gegen die Geldentwertung taucht nur auf bei Geltung des geldrechtlichen Nominalismus.

Nach diesem Grundsatz kann eine Geldbetragsschuld stets zum Nennbetrag getilgt werden, auch wenn der Wert des Geldes seit Eingehung der Verbindlichkeit gesunken ist.

109) Urteil des Reichsgerichts v. 28.11.1923, V ZR, RGZ 107, S. 78-94

110) Bei Währungsumstellung des Jahres 1948 ist eine Aufwertung bisher nur in begrenztem Umfang für Altsparguthaben durchgeführt worden und es darf nach der bisherigen Handhabung nicht erwartet werden, daß eine umfangreiche Aufwertung ähnlich der des Jahres 1923 noch bevorsteht.

111) Endemann, Studien in der romanisch-kanonistischen Wirtschafts- u. Rechtslehre, Berlin, 1883, S. 220

Dieses nominalistische Prinzip hat sich trotz aller Währungskatastrophen immer wieder durchgesetzt. Als wesentliche Gründe hierfür kommen in Frage:

a) wirtschaftlich

Nur bei Geltung des Geldnominalismus ist eine sachgemäße Wirtschaftsrechnung möglich. Kalkulation und wirtschaftliche Planung sowie Feststellung der Ergebnisse, Beurteilung, Auswertung und Vergleichbarkeit früherer Rechnungsperioden bedürfen einer festen Grundlage. Beständige Faktoren ermöglichen oder erleichtern die kaufmännische Rechnung, während diese durch veränderliche erschwert oder vereitelt wird. Die ohnehin vorhandenen wirtschaftlichen Schwankungen sind leichter überschaubar und in Rechnung zu stellen.

b) rechtlich

Die Klarheit der Rechnung bedeutet zugleich Klarheit der Rechtsverhältnisse und mögliche Verhütung von Streitigkeiten. Es entspricht dem normalen Parteiwillen, daß die üblichen Kaufkraftschwankungen den Inhalt der Forderungen und Verpflichtungen nicht beeinflussen. In § 40 des HGB ist die Rechnung in gesetzlicher Währung vorgeschrieben. Die Verwendung als Recheneinheit wird für das Grundbuch, für die kaufmännische Buchführung, für das Grund- und Stammkapital der Kapitalgesellschaften und vor allem für die Besteuerung erzwungen. § 607 des BGB steht dem nicht entgegen. 1000 Mark sind tantundem eiusdem generis.

4. Schuldverhältnisse aus Verträgen

Die typische Art der Entstehung von Schuldverhältnissen durch Rechtsgeschäfte (112) ist die durch den Vertrag gemäß § 305 BGB. Grundsätzlich besteht das Recht der Einzelpersonlichkeit, den eigenen ihr durch die Rechtsordnung zugewiesenen Lebenskreis durch Parteiwillen zu gestalten, namentlich in bezug auf den Güterverkehr.

Zwar besteht im BGB der Grundsatz der Formfreiheit, doch ist vielfach Form vorgeschrieben. Rechtspolitisch erwünscht ist die Formgebundenheit wichtiger Rechtsgeschäfte, dagegen im allgemeinen Formfreiheit der Kleingeschäfte, d. h. der Geschäfte des täglichen Bedarfs.

112) Als Rechtsgeschäft bezeichnet man den aus einer oder mehreren privaten Willenserklärungen allein oder in Verbindung mit anderen Tatsachen bestehenden Tatbestand, an den die Rechtsordnung den Eintritt des in der Willenserklärung bezeichneten rechtlichen Erfolges knüpft.

Gerade wo es um längerfristige Verträge geht, die sich der Wertsicherung bedienen, ist die Formgebundenheit ratsam und liegt auch im gegenseitigen Interesse. Im BGB fehlt es an einem einheitlichen Grundsatz für Formvorschriften, es entscheidet vielmehr das praktische Bedürfnis.

Es entspricht dem Grundsatz der Vertragsfreiheit auf dem Gebiete des Schuldrechts, daß nicht nur innerhalb gewisser weit gespannter Grenzen von den Beteiligten durch Verträge Schuldverhältnisse begründet, sondern daß sie auch, wenn sie begründet sind, abgeändert und wieder aufgehoben werden können.

Auch die Abänderung und Aufhebung erfolgt nach § 305 BGB grundsätzlich durch Vertrag. Nicht selten wird über den Inhalt des Schuldvertrages hinaus auch der Schuldgrund geändert, so z. B. zwischen den Beteiligten vereinbart, daß eine bestimmte Summe, die als Kaufpreis geschuldet war, nunmehr als Darlehen geschuldet werden soll. Weit häufiger als bei Begründung eines Schuldverhältnisses erfolgen aber Änderungen im Schuldverhältnis auch durch einseitige Gestaltungs-erklärungen eines Beteiligten. Derartige einseitige Gestaltungs-erklärungen dienen häufig der näheren Inhaltsbestimmung eines zunächst auf einen unbestimmten Inhalt lautenden Schuldverhältnisses. (113)

Um Einreden abzuschneiden, kann auch neben eine kausale Schuld eine abstrakte gesetzt werden. Im Zweifel wird dies nach § 364 Abs. 2 BGB angenommen, also unterstellt, daß die neue Verpflichtung nicht an Zahlungs statt, sondern zahlungshalber wirkt, der Gläubiger also die Wahl hat, aus welchem Schuldgrund er den Schuldner in Anspruch nehmen will. Man spricht in einem solchen Falle von einer Wahlschuld. (114)

Schwierigkeiten treten hier jedoch insofern auf, als z. B. der letzte Währungsverfall mit einer weitgehenden Zwangsbewirtschaftung von Gütern verbunden war. Denn damit wird die Sachleistung unmöglich, so daß sich das Schuldverhältnis nach § 265 BGB letztlich doch auf die Geldleistung beschränkt. Dann

113) Für die Schuldumänderung, die im BGB nicht geregelt ist, bestehen mehrere Möglichkeiten:

- a) Sich aus dem Schuldverhältnis ergebende Forderungen werden umgewandelt, so daß ein Schuldabänderungsvertrag vorliegt.
- b) Bisherige Forderungen werden durch neue ersetzt.
- c) Neben den bestehenden Forderungen können auch neue begründet werden, um dem Gläubiger eine größere Sicherheit zu geben.

114) Unter Wahlschuld ist das Recht zu verstehen, von mehreren geschuldeten Leistungen eine Leistung durch Ausübung der Wahl endgültig zu bestimmen.

tritt die weitere Schwierigkeit hinzu, daß gleichlaufend mit der Zwangsbewirtschaftung Preisgesetze einhergehen, nach denen Höchstpreise festgesetzt sind. Diese amtlichen Festpreise bilden insofern einen schweren Nachteil für den Geldgläubiger, als sie den eingetretenen Währungsverfall nicht berücksichtigen und demzufolge auch nicht den wahren Wert - den Marktpreis - der wegen der Zwangsbewirtschaftung nicht mehr lieferbaren Sache widerspiegeln. (115)

VI. UNTERSUCHUNGEN ZU § 3 DES WÄHRUNGSGESETZES

Bei einer Stellungnahme zur Frage der Auslegung der Währungsgesetze (116) müssen die Umstände berücksichtigt werden, die der Entstehung der Währungsreform zugrunde liegen. Es ist dies die Tatsache, daß es sich um ein von der Militärregierung erlassenes Gesetz handelt, das die Züge der Gedanken trägt, die die amerikanischen Finanzsachverständigen und Juristen bewegten, und deshalb nicht nach den Gesichtspunkten ausgelegt werden kann, die bei der Durchführung und Auslegung deutscher Gesetze angewandt werden. Die damit zusammenhängenden Klärung offener und strittiger Fragen ist um so schwieriger, als entgegen deutscher Übung sowohl eine Begründung zum Gesetz als auch dessen Entwürfe fehlen.

Die ausländischen Juristen, die die Währungsgesetze ausgearbeitet haben, sind Anhänger einer begrifflichen Rechtsfindung. Es kann dahingestellt bleiben, ob unter dem Zwang der Verhältnisse - nämlich der verdeckten Inflation mit Zwangsbewirtschaftung und Geldüberhang sowie der Zeit nach 1945, als die gesetzliche Währungseinheit weitgehend durch die "Zigarettenwährung" verdrängt wurde - eine völlige Vertragsfreiheit und damit Interessenschutz, wie dies nach der Inflation der zwanziger Jahre möglich war, dem Währungsschnitt und damit dem Start der neuen DM-Währung hinderlich gewesen wäre. Die Tatsache, daß ein Großteil der Bevölkerung der Westzonen die Inflation der Jahre 1919-1923 miterlebt hatte, und ein erneutes Verlangen nach Wertsicherung bevorstand, mag den Militärgesetzgeber - nicht ohne analoge Anwendung der amerikanischen Praxis, bewogen haben, im § 3 des Währungsgesetzes eine Schranke zu setzen,

115) Die vielartigen Möglichkeiten, die die Wahlschuld bietet, erstrecken sich über den Kaufvertrag bis ins Sachenrecht.

116) Für die folgenden Untersuchungen soll nur von der Vorschrift des § 3 des WährG, insbesondere von seinem Satz 2 die Rede sein.

die im Jahre 1923 vielleicht bewußt geöffnet worden war.

1. Die Bedeutung des § 3 des Währungsgesetzes

Zur Erleichterung des Verständnisses mag der Wortlaut des § 3 WährG angeführt werden.

"Geldschulden dürfen nur mit Genehmigung der für die Erteilung von Devisengenehmigungen zuständigen Stelle in einer anderen Währung als in Deutscher Mark eingegangen werden. (Satz 1) (117)

Das gleiche gilt für Geldschulden, deren Betrag in Deutscher Mark durch den Kurs einer solchen anderen Währung oder durch den Preis oder eine Menge von Feingold oder von anderen Gütern oder Leistungen bestimmt werden soll. " (Satz 2)

Es sind bei dieser Regelung also deutlich zwei Bereiche zu scheiden. Einmal die Fremdwährungsschuld in Satz 1 und zum anderen die Schuld in Deutscher Mark mit Kurs-, Waren-, Gold- oder Leistungssicherungsklausel in Satz 2. Nur der in Satz 2 aufgeführte Bereich umfaßt Wertsicherungsklauseln im engeren Sinn (118). Für diesen Bereich ist das Erfordernis einer Genehmigung nur für in "Deutscher Mark" ausgedrückte Sicherung vorgeschrieben.

Um die Bedeutung der Vorschrift des § 3 WährG in ihrer Tragweite zu erkennen, wird man sich bewußt sein müssen, daß es sich um eine Vorschrift des öffentlichen Rechts handelt.

117) Die in Satz 1 genannten Devisenverbindlichkeiten können zwar auch der Wertsicherung dienen. Das ist aber nicht der Grund des Genehmigungserfordernisses. Vielmehr gebietet es die seit dem Jahre 1931 - auch in vielen anderen Ländern mit Ausnahme der Schweiz z.B. - in kraft befindliche Devisenbewirtschaftung, eine Kontrolle auszuüben. Daß diese Kontrollmöglichkeit das Motiv der Bestimmung ist, zeigt die inzwischen in der Bundesrepublik weitgehend durchgeführte Liberalisierung des Devisenverkehrs. (So auch Szagunn, BB 1955, S. 969 ff.).

So ist z.B. die Anlegung eines Kapitalkontos in Devisen nicht nur bei deutschen Banken, sondern sogar im Ausland, der Erwerb von ausländischen Obligationen und Aktien seit einiger Zeit ohne besondere Genehmigung möglich und zwar in gleicher Weise, auch wenn diese Maßnahmen der Wertsicherung gegen einen Verfall der DM dienen.

118) So auch Dürkes, Wertsicherungsklauseln, Schriften des Betriebsberaters, 3. Aufl., 1956, S.11

Macht ein Gesetz im öffentlichen Interesse die Wirksamkeit eines privaten Rechtsgeschäftes von der Genehmigung einer Behörde abhängig, so geschieht dies, damit durch die zuständige Behörde vom Standpunkt der durch das Gesetz geschützten öffentlichen Belange geprüft wird, ob gegen die beabsichtigte Rechtsänderung, die den Gegenstand des Geschäfts bildet, ein Bedenken besteht oder nicht. (119)

Wird die Genehmigung erteilt, dann wird damit festgestellt, daß der Staat gegen die Regelung der privaten Rechtsbeziehungen, wie sie die Parteien vorgenommen haben, keine Einwendungen hat, und dagegen keine Bedenken aus Gründen des Gemeinwohls bestehen.

Da im Rechtsstaat jede Verwaltungsbehörde an das Gesetz, das ihre Zuständigkeit und ihre Aufgaben regelt, gebunden ist, hat sie, bevor sie über die Erteilung oder Versagung einer Genehmigung eine Entschließung faßt, zu untersuchen, ob überhaupt ein Fall gegeben ist, der ein Eingreifen durch sie erfordert. Kommt sie bei der Prüfung zu dem Ergebnis, daß die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind, dann hat sie sich einer Entscheidung zu enthalten. Hat aber die Behörde entschieden, daß ein Tätigwerden mangels der gesetzlichen Voraussetzungen nicht zulässig ist, dann hat keine der an dem Rechtsgeschäft beteiligten Privatpersonen ein schutzwürdiges Interesse daran geltend zu machen, das Rechtsgeschäft sei unwirksam, weil die Genehmigung nicht erteilt sei. (120)

Denn der in einem derartigen Gesetz enthaltene Erlaubnisvorbehalt dient nur der Wahrung der öffentlichen und nicht der irgendwelcher privater Belange von am Geschäft beteiligten Personen.

In Literatur und Rechtsprechung (121) ist man sich darüber einig, daß § 3 WährG wegen seiner die Vertragsfreiheit einschränkenden Form einer engen und daher wörtlichen Auslegung bedarf. Die nach deutscher Rechtsauffassung im Schuldrecht übliche Modifizierung in der Vertragsgestaltung wird zwar in der Wahl beengt. Es hieße aber die Bedeutung des § 3 verkennen, wollte man mit Rück-

119) Lange, NJW 1949, S. 201 mit Hinweis auf RGZ 123, S. 331

120) Aus den Entscheidungsgründen des BHG Urteils v. 15.3.1951, IV ZR 9/50, BGHZ 1, S. 294 ff. (302)

121) Dürkes, a. a. O., S. 7, Eppig, NJW 1949, S. 531 ff., Wilmanns BB 1951, S. 907, Ranniger, DNotZ 1951, S. 396 ff.

OLG Celle, Beschluß v. 29.7.52, DNotZ 1952, S. 479, OLG Braunschweig, Beschluß v. 25.10.54, BB 1954, S. 976, BGH Urteil v. 17.9.54, BB 1954, S. 880, BGH Beschluß, v. 30.9.54, BB 1954, S. 976, Haegele, WP 1954, S. 147

sicht auf die Vertragsfreiheit den privatwirtschaftlichen Interessenschutz über die öffentlichen Interessen am Währungsschutz stellen.

In seiner Zwecksetzung will § 3 privatrechtliche Vereinbarungen nur insoweit als rechtswirksam anerkennen, als dadurch die Freiheit der Währungspolitik nicht behindert wird. Demnach muß dieser Vorschrift in erster Linie eine wirtschaftliche und währungspolitische und erst danach eine rechtliche Bedeutung zugemessen werden. Dieser Umstand wird bei der Beurteilung des § 3 vielfach, zwar nicht direkt übersehen, doch sollte das Gewicht vorwiegend auf diese Tatsache gelegt werden.

Der wirtschaftliche Verkehr, der sich innerhalb bestimmter Rechtsnormen abspielt und des Geldes als Zwischentauschgut bedient, kann sich nur dann reibungslos abwickeln, wenn das Geld an strenge Fesseln gelegt ist. (122)

Erhebliche Verwirrung ist in den Jahren nach der Währungsreform dadurch entstanden, daß die Vorschrift des § 3 WährG als eine Fortführung des Mark-Mark-Gesetzes teilweise angesehen wurde (123), und die Unterscheidung zwischen Geldsummen- und Geldwertschulden (124) sowie gewisse Vorschriften des Umstellungsrechtes (125) diese Meinung auch für die Zeit nach der Währungsreform - also unter ausschließlicher Geltung des § 3 WährG rechtfertigen konnten.

122) Hans Gestrich, a. a. O., S. 104

123) So Röttermann in der Besprechung des Urteils des BGH v. 29.3.1951, IV ZR 29/50, NJW 1951, S. 708. Röttermann geht davon aus, daß die VO 92 nur Geldsummen-, dagegen nicht Geldwertschulden erfaßt hat, eine Vereinbarung, die von der VO 92 nicht erfaßt wurde, unter Berücksichtigung des UmstG auch vom § 3 WährG nicht erfaßt werde, insofern also eine Analogie zwischen der VO 92 und § 3 WährG bestehe.

124) Urteile des BGH v. 15.3.51, BB 51, 377, BGH v. 12.2.53, BB 53, S. 246 mit Anm. Dürkes.

125) Nach herrschender Meinung unterlagen auf Grund der Fassung des § 13 Abs. 1 UmstG nur Geldsummensschulden der Umstellung, während der Betrag von Geldwertverbindlichkeiten nach Umbenennung von RM in DM (§ 2 WährG) weiterhin von dem Wert der Bezugsgröße abhängig blieb. So auch in §§ 11 und 12 DMBG. § 11 Abs. 1 DMBG bestimmte, daß der Wert des Wertmessers angesetzt werden sollte, während nach § 12 Abs. 1 DMBG für Geldsummensschulden der umgestellte DM-Betrag ohne Berücksichtigung der Wertsicherungsklausel in die Bilanz zu übernehmen war.

Man könnte § 3 WährG auch dahin auslegen, daß es nicht erforderlich ist - wie im Mark-Mark-Gesetz - daß nämlich die Verbindlichkeit "auf Mark lautet", sondern die spätere Bestimmung des entsprechenden Mark-Betrages nach irgend-einem Sicherungsindex genügt, um hierin eine Wertsicherungsklausel zu sehen.

Für die Zulässigkeit wertabhängiger Verbindlichkeiten in der Zeit nach der Währungsreform gilt nur § 3 WährG (126). Bei dessen Text fehlt im Gegensatz zu den Vorschriften des Mark-Mark-Gesetzes sowie der Umstellungsvorschriften die Bezeichnung "Nennwert", noch ist die Rede von Schulden, die auf DM "lauten". In Ermangelung einer solchen Einschränkung bezieht sich § 3 WährG auf alle nach der Währungsreform eingegangenen DM-Schulden, die von einer Bezugsgröße abhängig gemacht werden, gleich, ob hierbei zunächst ein fester Betrag genannt und dieser den Schwankungen einer Bezugsgröße angepaßt wird, oder ob die Verbindlichkeit von vorneherein lediglich in einem bestimmten Verhältnis an die Bezugsgröße angelehnt ist.

Wenn der Gesetzgeber ein Ausweichen von der DM als gesetzlichem Zahlungsmittel nach Möglichkeit überhaupt zu verhindern getrachtet hätte, wäre es ihm unschwer möglich gewesen, insoweit die Freiheit der vertraglichen Bestimmung des Leistungsgegenstandes im weiteren Umfange zu beschneiden. Er hat sich aber darauf beschränkt, im § 3 WährG ganz bestimmte, fest umrissene Tatbestände zu normieren.

Daß es durchaus im Sinne des Gesetzes liegt, dem Sachwertschuldner den Wert seiner vor dem Währungsstichtag versprochenen, aber erst danach erbrachten Leistung zu erhalten, ergibt sich augenfällig aus der in § 18 Abs. 1 Ziff. 2 UmstG für Verbindlichkeiten aus nicht erfüllten Verträgen getroffenen Regelung.

Davon, daß der Währungsgesetzgeber grundsätzlich jeder Wertsicherung ablehnend gegenübersteht, kann also nicht die Rede sein. Das Ziel der Wertsicherung ist durch kein Gesetz verboten. Diesen erlaubten wirtschaftlichen Erfolg herbeizuführen, ist zulässig, soweit § 3 WährG nicht ausdrücklich dabei verletzt wird.

Eine Auslegung des § 3 WährG nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten wird durch das Währungsgesetz selbst nahegelegt. (127)

126) Dies jedoch nur insoweit, als solche Wertsicherungsvereinbarungen den Zweck haben, den Nominalismus außer kraft zu setzen und dafür einen anderen Wertmesser wählen.

2. Wirtschaftliche Betrachtung zu § 3 WährG

Die ratio des § 3 WährG liegt vor allem in wirtschaftlichen Überlegungen (128), obwohl ein innerer Zusammenhang mit der Rechtsordnung besteht. Ohne straffe Geldordnung ist kein geordneter Wirtschaftsverkehr möglich. In den Jahren nach Kriegsende bis zur Währungsreform versagten Schadensausgleich und Erfüllungszwang, weil die Geldordnung nur mehr als Fiktion bestand. War es in der Inflation der zwanziger Jahre der Brotpreis, der das Geld als Wertmesser ablöste, so zeigte sich nach 1945, daß auch die Zigarette in die Geldersatzfunktion hineinwachsen konnte, wenn sich der wirtschaftliche Verkehr auf diese Tatsache einstellte.

Unter diesen Umständen mußte es fraglich erscheinen, ob einer Währungsreform von der Bevölkerung die Bedeutung beigemessen wurde, die für die Neuordnung des Geldwesens notwendig erscheint. Es lag deshalb nahe, den Start der Deutschen Mark an gewisse Bedingungen zu knüpfen, die - allgemeinverbindlichen Charakter tragend - das öffentliche Interesse über alle abweichenden Parteivereinbarungen stellen.

Die Vorschrift des § 3 WährG fand in den ersten Jahren nach der Währungsreform keine besondere Beachtung, wie auch die alliierte Bankkommission (129) in dieser Zeit grundsätzlich keine Genehmigungen erteilte, obwohl die Genehmigung unter gewissen Voraussetzungen im Gesetzestext vorgesehen ist.

So wurden viele Verträge abgeschlossen, die genehmigungsbedürftige, aber nicht genehmigte Wertsicherungsvereinbarungen enthalten, bei denen also die Gefahr besteht, daß die Wertsicherungsklauseln wegen fehlender Genehmigung nach § 134 BGB und vielleicht der ganze Vertrag nach § 139 BGB nichtig sind.

127) Ein Verstoß gegen diese Bestimmung ist nämlich nach § 20 WährG nur insoweit strafbar, als dieser mit der Absicht erfolgt, den Zweck des WährG zu vereiteln. Ferner enthält das WährG keinerlei Bestimmung darüber, wie etwa gegen den § 3 WährG verstoßende Vereinbarungen zivilrechtlich zu behandeln sind. (Zivilrechtliche Folgen von zuwiderlaufenden Vereinbarungen können sich deswegen nur aus § 134 BGB ergeben.) Das ist um so bemerkenswerter, als z. B. die ebenfalls wirtschaftlichen Zwecken dienenden Gesetze 52 und 53 der Militärregierung scharfe Nichtigkeitsbestimmungen für ihnen zuwiderlaufende Vereinbarungen enthielten.

128) insbesondere solchen währungsrechtlicher Natur.

129) als Organ der Militärregierung.

In anderen Fällen war zwar bekannt, daß Vereinbarungen der Genehmigung bedürften; da aber solche vorerst nicht erteilt wurden, versuchte man, dem § 3 WährG auf die verschiedenste Weise auszuweichen oder ihn in seiner Bedeutung einzuschränken.

Besonders in der Literatur (130) vertrat man deshalb den Standpunkt, daß von der im Wortlaut des § 3 WährG verankerten Genehmigungsmöglichkeit nicht die Rede sein konnte und demzufolge eine Behinderung des wirtschaftlichen Verkehrs unausbleiblich sein werde.

Die Notwendigkeit des grundsätzlichen Verbots von Wertsicherungsklauseln ist nicht unbestritten. Es ist wichtig, hierfür in den Grundzügen die Motive zu erkennen, da für die Auslegung des § 3 WährG schlechthin entscheidend ist, welchen Sinn man dieser Vorschrift gibt.

Wohl ohne Ausnahme lassen sich Schrifttum und Rechtsprechung von der Auffassung leiten, bei der Zulassung von Wertsicherungsklauseln das individuelle, schutzwürdige Interesse des Einzelnen an einer solchen Klausel für maßgebend zu erachten. Auch die für die Genehmigungserteilung zuständigen Behörden gehen von dieser Grundüberlegung bei der Erteilung von Genehmigungen aus. Inwieweit jedoch ein solches Individualinteresse dem öffentlichen Interesse am Währungsschutz gegenübersteht, kann allein von der mit diesen Aufgaben betrauten Genehmigungsstelle der Deutschen Bundesbank und ihrer Organe beurteilt werden. Sie allein ist in der Lage, für jeden Einzelfall die Entscheidung zu treffen, ob die von den Parteien gewollte Vereinbarung den über alle Einzelinteressen gestellten Währungsschutz durchbricht und somit den Währungsinstanzen die Möglichkeit aus der Hand nimmt, auf die Währungspolitik, die sich letzten Endes in einer permanenten Regulierung der Geldmenge auswirkt, Einfluß zu nehmen.

Dabei ist es ohne Belang, ob man - wie Dürkes meint - den wirtschaftlich Schwächeren einen wirksamen Schutz gegenüber denjenigen, die nicht darauf angewiesen sind, ihren vielleicht einzigen Sachwert zu veräußern, und solchen, die auf Grund ihrer Vermögenslage Sachwerte zu erwerben trachten, einräumt und dadurch den wirtschaftlich ohnehin Stärkeren im Ergebnis bevorzugt.

Die Währungspolitik darf generell keinen Unterschied zwischen diesen Vermögensgruppen machen (131), für sie ist allein entscheidend, daß keine wie im-

130) So insbesondere Eppig, NJW 1949, S. 531 und DNotZ 1951, S. 405

mer geartete Vereinbarung die öffentlich-rechtliche Ordnung und Gültigkeit des für alle gleichermaßen wirkenden Eigenwertes der DM durchbricht.

Diese grundlegenden Erwägungen brauchen sich keinesfalls darin zu erschöpfen, daß der § 3 WährG nach wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten eine determinierte Auslegung erfährt, daß also z. B. bei der Beurteilung eines Genehmigungsantrages sowohl die Gläubiger- als auch die Schuldnerinteressen Berücksichtigung finden. Sie sind aber nur insoweit gerechtfertigt, als hierbei zwar ein im Einzelfall individueller Maßstab angelegt werden kann, jedoch die Beurteilung dieses Maßes den Parteien entzogen ist. So wird das Argument der an einer Wertsicherungsvereinbarung Beteiligten, daß der wirtschaftliche Zweck ihres Vertrages mit der Sicherungsklausel keinesfalls gegen den Bestand der Währung gerichtet sein soll, nicht genügen, um die Genehmigung zu rechtfertigen. Untersucht man vom Standpunkt der Gläubiger- und Schuldnerinteressen aus den Zweck der Vorschrift des § 3 WährG, so könnte man folgendermaßen argumentieren:

Es besteht darüber Einstimmigkeit, daß das Gläubigerinteresse dem Schuldnerschutz vorgeht, weil auf die Dauer die Wirtschaft nur dann Vertrauen genießt und der Schuldner nur dann Kredit bekommt, wenn er von der Rechtsordnung dazu angehalten wird, seine vertraglich eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten und zu erfüllen. Die Berücksichtigung der Gläubigerinteressen ist auch schon deshalb unerlässlich, weil mangelnde Berücksichtigung dieser Interessen zur Einschränkung von Kreditgewährung führen würde, während die heutige Wirtschaft mehr denn je auf Kredit aufgebaut ist.

Doch darf das Gläubigerinteresse nicht dazu führen, daß der Schuldner aus seinem ursprünglichen Schuldumfang vom Gläubiger dazu angehalten werden kann, mehr zurückzuzahlen, als einer wirtschaftlich äquivalenten Wertung entspricht. Ist zwischen Vertragsabschluß und Erfüllungszeitpunkt der Geldwert gesunken und eine Preissteigerung eingetreten, so ist daraus zu schließen, daß diese Preissteigerung auch auf den Vertragsgegenstand zutrifft.

Die vom Gläubiger erwünschte Wertsicherung darf das Schuldnerinteresse nicht beeinträchtigen. Der Gläubiger befindet sich vielfach in einer Position, die es ihm ermöglicht, seine Verkaufsbereitschaft an gewisse Bedingungen zu knüpfen. Geht der Vertragspartner auf diese Bedingung nicht ein - die hier speziell als Wertsicherung bezeichnet werden soll - so wird der Gläubiger nicht zum Verkauf

131) Generell muß von dieser Voraussetzung ausgegangen werden. Die Auflockerung des grundsätzlichen Standpunktes der Genehmigungsbehörden wird noch besonders behandelt.

geneigt sein oder gezwungen werden können. Der Gläubiger, der sich von einem Sachwert trennt und dafür eine Rente oder sonstige Versorgungsart in Anspruch nehmen will, legt Wert darauf, vom Nachteil einer Preissteigerung und damit Geldwertminderung nicht betroffen zu werden (132). Dieses aner kennenswerte Streben darf jedoch nicht dazu führen, daß dem Schuldner das ganze Risiko einer Geldwertminderung auferlegt wird. Der Interessenschutz des Gläubigers muß an dem des Schuldners seine Grenze finden.

Das Schuldnerinteresse liegt in erster Linie darin, daß der Gläubiger vom Schuldner keine Leistung verlangen kann, die über die Geschäftsgrundlage hinaus den Schuldner allein belastet. Insbesondere kann der Gläubiger vom Schuldner keine Leistung fordern, die den Schuldner über den Schuldgrund hinaus von unbeeinflußbaren Faktoren ausgehend trifft.

Voraussetzung in wirtschaftlicher Hinsicht für das Eingehen auf eine Wertsicherungsvereinbarung ist, daß der Schuldner Deckung hat. Der Schuldner, der auf eine Wertsicherungsklausel eingeht, soll nicht über seine Leistungsfähigkeit hinaus versucht werden, von sich aus eine Verpflichtung einzugehen, für die ihm selbst in der Zeit der Vertragsdauer wirtschaftlich keine Gegenleistung zugewachsen ist. Eine Teuerung, die sich in einer Geldwertminderung ausdrückt, kann auf so differenzierten Gebieten des wirtschaftlichen Verkehrs eintreten, daß der Schuldner daran keinen direkten Anteil hat, er also angewiesen wäre, zur Abdeckung seiner Verbindlichkeit selbst wiederum Kredit in Anspruch zu nehmen.

Darin liegt eine inflationistische Tendenz, die bei einer allgemeinen Zulassung von Wertsicherungsvereinbarungen um so rascher um sich greifen müßte, je mehr die Schuldner gezwungen wären, Kredit in Anspruch zu nehmen. Damit greift die Parteienvereinbarung, die sich hier besonders zu Ungunsten des Schuldners auswirkt, in das Gebiet der Währungspolitik ein, das im öffentlichen Interesse liegt und schon aus diesem Grunde der privaten Vertragsgestaltung entzogen sein muß.

So könnte man sagen, daß die Einflußnahme der Währungsinstanzen auf private Wertsicherungsvereinbarungen geeignet ist, indirekt dem Schuldnerinteresse zu dienen. Inwieweit dadurch aus Gründen des öffentlichen Interesses am Währungsschutz die Interessenlage des Gläubigers eingeschränkt wird, muß einer

132) Im folgenden wird nur davon gesprochen, obwohl es offensichtlich ist, daß Wertsicherungsklauseln gewisser Art auch bei anderen Währungserscheinungen wie etwa im Fall der Deflation von Schaden sein können.

privatrechtlichen Beurteilung entzogen bleiben, weil der privatwirtschaftliche Interessenschutz vor dem öffentlichen Interesse zurücktreten muß.

Das wirklich berechnigte und daher auch schutzwürdige Interesse des Gläubigers, insbesondere des Geldgläubigers liegt in der Erhaltung des wirtschaftlichen Wertes der zu erhaltenden Geldleistung. Steigen die Preise allgemein, so ist der Begriff der Erhaltung des Geldwertes im Einzelfall auch nicht mehr gerechtfertigt, denn jede einzelne Preissteigerung müßte auf den ihr gegenüberliegenden Bereichen zu einer ebensolchen Steigerung führen.

Wollte man die Vereinbarung von Wertsicherungsklauseln generell zulassen, so hieße das, dem Einzelnen zu gestatten, für sich selbst die in der Natur der Wirtschaft liegenden Schwankungen auszuschließen und damit die notwendigen und öffentlich-rechtlichen Maßnahmen der für die Ordnung und die wirtschaftlichen Gegebenheiten des Geldwesens befaßten Währungsinstanzen zu begrenzen, deren anerkanntes Ziel es ist, die Geldmenge auf die jeweiligen Belange der Wirtschaft abzustellen. (133)

Mögen die Parteien auch beabsichtigen, durch Vereinbarung von sachwertabhängigen Geldschulden einem Mißtrauen, das sich auf die Stabilität der Währung richtet, Ausdruck zu verleihen, so darf dies nicht dazu führen, einen Sonder-schutz zu beanspruchen.

Das Geld als solches ist ein Gut eigener Art, es repräsentiert selbst keinen sichtbaren Wert, sondern erhält ihn erst dadurch, daß alle anderen Preise und Güter am Gelde gemessen werden (134). Eine Verschiebung des Wertmaßes würde aber den Eigenwert der DM beeinträchtigen. Dies zu verhindern, ist jedoch Aufgabe der Währungspolitik. Jede Bestimmung über eine Wertung des gesetzlichen Zahlungsmittels muß der Parteienvereinbarung entzogen bleiben. Ohne den § 3 WährG würde die Geltung der DM mehr oder weniger vom Willen der am Rechtsverkehr Beteiligten abhängen.

Unter der Voraussetzung, daß Wertsicherungsvereinbarungen sich nicht so sehr gegen eine drohende oder im Bereich der Möglichkeit liegende Inflation richten sollen, kann gefolgert werden, daß mit der Wertsicherungsklausel lediglich die latente Geldwertminderung - entspringend aus einer sich von Jahr zu Jahr fortsetzenden Preissteigerung - für die betreffende Vereinbarung ausgeschaltet

133) So auch Fögen, NJW 1953, S. 1321 ff.

134) A. a. O., S. 30 ff.

werden soll. Diese Geldwertminderung besteht als akutes Problem nicht nur innerhalb eines Währungsbereiches, sondern ist in allen Ländern, die sich des freien Wirtschaftsverkehrs bedienen, vorhanden.

Damit ist aber zugleich gesagt, daß eine mögliche Wertsicherung nur ganz bestimmten Rechtsgeschäften vorbehalten sein kann. Es wäre deshalb schon allein aus dem Grundsatz der Gleichbehandlung aller am Rechtsverkehr Beteiligten ungerecht, gewissen Kreisen diesen Vorteil zugute kommen zu lassen, während die Mehrzahl der Bevölkerung keine Gelegenheit hätte, sich ihrer zu bedienen. Ebenso, wie die Grundsätze der Rechtsgestaltung und -ausübung eine gleichmäßige Behandlung aller erfordern, muß auch die Möglichkeit einer Geldwertsicherung an ein Maß geknüpft sein, das für alle Geltung hat.

Wenn der Gesetzgeber die Eingehung von Wertsicherungsvereinbarungen an den Genehmigungsvorbehalt gebunden hat, so soll damit zum Ausdruck gebracht werden, daß es in manchen Fällen wirtschaftlich vernünftig und auch währungspolitisch unbedenklich sein kann, eine solche Klausel zu erlauben. Daß diese Fälle jedoch keinesfalls in einer generellen Form ihren Niederschlag finden können, sondern eben zu ihrer spezifischen Beurteilung der Genehmigung unterliegen, besagt, daß an jeden einzelnen Fall ein Maßstab gelegt wird, der die Erlaubnis rechtfertigt oder versagt.

Man könnte versucht sein, anzunehmen, daß eine solche Genehmigungspraxis des Einzelfalles mit ihrer administrativen Handhabung schwerfällig ist und auch eine gewisse Rechtsunsicherheit hervorrufen könnte (135). Doch wird man bei näherer Überlegung zugeben müssen, daß gerade die Einzelfallentscheidung es ist, die bei der schwierigen Materie aus der währungspolitischen Notwendigkeit heraus und den jeweiligen verschiedenartigsten Voraussetzungen, die eine solche Klausel begleiten, eine wirtschaftlich gerechtfertigte Lösung ermöglicht.

Wurde in den ersten Jahren nach der Währungsreform deshalb, weil keine Genehmigung erteilt wurde, mit Recht von einem Verbot gesprochen, so ist diese Beurteilung des § 3 WährG bei der weitgehenden Auflockerung der Vorschrift heute nicht mehr gerechtfertigt.

Allein eine Interpretation des Textes des § 3 WährG läßt den Schluß zu, daß § 3 kein ausdrückliches Verbot enthält, und daß demgemäß die häufig gebrauchte Wendung, eine Vereinbarung verstoße gegen den § 3 WährG, unrichtig ist.

135) So insbesondere Henn, MDR 1958, S. 461 ff.

Nach § 3 WährG ist nämlich nur für bestimmte Rechtsgeschäfte eine Genehmigung erforderlich - ähnlich wie unzählige andere Rechtsgeschäfte einer behördlichen Mitwirkung bedürfen, ohne davon sagen zu können, daß derartige Rechtsgeschäfte verboten seien. Dem steht auch § 20 des WährG nicht entgegen, der besagt, daß die Strafandrohung dem gilt, der mit der Absicht, den Zweck des Währungsgesetzes zu vereiteln, den Vorschriften dieses Gesetzes zuwiderhandelt.

Das Verlangen nach Wertsicherung kann nicht ohne weiteres einem Zweck gleichgesetzt werden, das Währungsgesetz zu vereiteln. So wird bei Versagung der Genehmigung nur die Klausel des Vertrages ungültig (136). Wie auch das Oberlandesgericht Celle mitteilt (137), enthält § 3 WährG kein allgemeines Verbot für Wertsicherungen, sondern macht nur die Vereinbarung bestimmter Arten von Klauseln, nämlich solcher, bei denen eine DM-Schuld durch den Preis oder die Menge von Gütern oder Leistungen bestimmt wird, von der Genehmigung der zuständigen Behörde abhängig.

Darüber, wie die Entwicklung ab der Währungsreform ohne den § 3 WährG verlaufen wäre, lassen sich nur Mutmaßungen anstellen. Wahrscheinlich ist jedoch, daß trotz der Enttäuschung mit früher vereinbarten Wertsicherungsklauseln ein erneuter Versuch mit solchen Klauseln in noch größerem Umfang auf einer ähnlichen Grundlage unternommen worden wäre, so daß man heute schon wieder vor der Frage der Zurückdrängung solcher Klauseln stehen würde. (138)

Die Fragen, die bei den Beratungen des 40. Deutschen Juristentages (139) behandelt wurden, befaßten sich vor allem mit dem Problem, ob die Notwendigkeit von Einschränkungen im Sinne der Vertragsfreiheit in bezug auf Wertsicherungsvereinbarungen gegeben sei. Das zur Vorbereitung der Verhandlungen von Duden erstattete Gutachten erkannte zwar die währungspolitische Bedeutung des nominalistischen Prinzips an, hielt aber das dringende Bedürfnis nach Freigabe der Vertragsgestaltung in wichtigen Sparten des Rechtslebens für unabweisbar, insbesondere für die individuell ausgehandelten langfristigen Abschlüsse des allgemeinen Rechtsverkehrs, weniger für die schematisierten Massengeschäfte am Geld- und Kapitalmarkt. Gewissen Gefahren, die aus der Freigabe der Wertsicherung durch deren übermäßige Anwendung entstehen könnten, könne die währungspolitische Führung nach Beseitigung der gesetzlichen Sperre auch noch mittels administrativer Kontrollen, wie insbesondere in der Versicherungs-

136) Darüber ausführlich Mees, NJW 1957, S. 1261 ff.

137) Beschluß v. 29.7.1952, DNotZ 1952, S. 479

138) Fögen, a. a. O., S. 1321 ff.

139) Verhandlungen und Sitzungsberichte, a. a. O., S. 13

u. Bankenaufsicht und Börsenzulassung ausreichend begegnen. Der Gutachter empfahl die Aufhebung des § 3 WährG.

Nachdem zwischenzeitlich das frühere Verbot weitgehend aufgelockert ist und auch durch die Rechtsprechung - auf die noch besonders einzugehen sein wird - eine enge Auslegung des § 3 WährG beseitigt ist, ist es in letzter Zeit um die Frage der Aufhebung des § 3 WährG stiller geworden.

Das mag daran liegen, daß die Genehmigungspraxis der beauftragten Behörden eine mit Rücksicht auf die allgemeine Währungspolitik weise Handhabung durchführt, so daß trotz der im juristischen Sinne eingengten Vertragsfreiheit die Gestaltung von Wertsicherungsvereinbarungen unter gewissen Voraussetzungen keine Hemmungen erleidet.

Die Zweckmäßigkeit einer Aufhebung des § 3 WährG muß unter diesen Gesichtspunkten verneint werden, denn obwohl die letzten 10 Jahre gezeigt haben, daß die DM sich allgemeiner Wertschätzung erfreut, wäre es heute, nachdem sich der wirtschaftliche Verkehr weitgehend und ohne besondere Klagen mit der nun einmal vorhandenen Vorschrift abgefunden hat, unzumutbar, eine Entwicklung zu begünstigen, die bewußt während der letzten Jahre vermieden werden konnte.

3. Auslegungsgrundsätze

Mit der Frage der Auslegung des § 3 WährG haben sich von der Seite der Deutschen Bundesbank Fögen (140) und Szagunn (141) befaßt. Diese Aufsätze sind von besonderem Interesse, weil hier die grundsätzliche Linie aufgezeigt wird, unter welchen Voraussetzungen im allgemeinen mit einer Genehmigung zu § 3 Satz 2 des Währungsgesetzes gerechnet werden kann.

Insbesondere Fögen stellt seine Betrachtungen vorwiegend auf die Grundlagen des wirtschaftlichen Verkehrs ab, die ihren Niederschlag in der Konsequenz finden, vor allem der Währungspolitik zum Erfolg zu verhelfen. Um die Ziele der Währungspolitik verfolgen zu können, erscheint es notwendig, dem Grundsatz des Nominalismus - also dem Eigenwert der DM - unbedingte Geltung zu verschaffen.

140) Fögen, a. a. O., S. 1321 ff.

141) Szagunn, BB 1955, S. 969 ff.

Der Grundsatz des Nominalismus soll also auch in Zeiten einer relativen Geldentwertung aufrechterhalten werden gegenüber allen möglichen Tendenzen, die darauf zielen, die schleichende Geldentwertung durch Preissteigerungen auszugleichen (142). Fögen sagt, soweit der Nominalismus, also der Grundsatz vom Eigenwert der DM ausgeschaltet ist, ist zugleich auch die Wirkung von Maßnahmen der Währungspolitik begrenzt, derjenigen unentbehrlichen Politik also, deren Aufgabe es ist, in Abwägung aller Interessen und Bedürfnisse und damit im Allgemeininteresse zur Erhaltung des Geldes als allgemeinen Wertmessers mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln die erforderlichen Maßnahmen in Hinsicht auf den für jedermann und alle Schuldverhältnisse geltenden Wert des Geldes zu treffen. (143)

Szagunn zeigt an Hand von Beispielen, in welcher Form Wertsicherungsvereinbarungen Erfolg auf Genehmigung haben können.

Wertsicherungsvereinbarungen werden nach gewissen Richtlinien von der Bundesbank sowie den Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern genehmigt. Diese Richtlinien, so sagt Szagunn, können zwar auf Grund geänderter Verhältnisse oder Anschauungen geändert werden, haben jedoch gegenwärtig zu einer feststehenden Genehmigungspraxis geführt.

Eine allgemeine Genehmigung zu § 3 des WährG, deren Erlass seit längerem Gegenstand verfassungsrechtlicher Überlegungen der Bundesressorts waren (1955), scheint an dem Umstand zu scheitern, daß das Gebiet der möglichen Wertsicherungsvereinbarungen zu differenziert ist, um einer generellen Fassung zu genügen.

Nach den Äußerungen von Fögen und Szagunn erfaßt § 3 WährG nur Wertsicherungen, in denen eine DM-Schuld von einer bestimmten Bezugsgröße abhängig gemacht wird. Dagegen fallen bestimmte Gruppen veränderlicher DM-Schulden nicht unter § 3 WährG. (144)

142) Der Nominalismus als solcher wird durch Preissteigerungen keinesfalls außer Kraft gesetzt, nur die Relation zwischen Geld- und Warenmenge verschiebt sich.

143) Fögen, a. a. O., ebenda

144) Preisvorbehalte im Sinne des §§ 315 und 317 BGB, Stücklohnvereinbarungen, Abhängigmachung der Geldschuld von z. B. Umsatz oder Gewinn eines gewerblichen Unternehmens. Bezugnahme auf den gegenwärtigen Preis oder Wert bestimmter Güter oder Leistungen, Vereinbarungen, nach denen der Geldbetrag abhängig gemacht werden soll vom Preis oder Wert derjenigen Güter oder Leistungen, die ihrerseits den Ge-

Daraus ist zu folgern, daß eine weitgehende Wertsicherung möglich ist ohne das Erfordernis einer Genehmigung. Wird eine genehmigungsbedürftige Wertsicherung, die im Rahmen der feststehenden Richtlinien liegt, vereinbart, so kann mit einer Genehmigung gerechnet werden. Eine rechtsgeschäftliche Wertsicherung sei daher auch in Anbetracht der Vorschriften des § 3 WährG in erheblichem Umfange möglich.

Von besonderem Interesse ist in letzter Zeit der Standpunkt der Genehmigungsbehörden in Fragen der Wertsicherung, die reinen Versorgungscharakter tragen. Obwohl auch hier von der grundsätzlichen Linie der Einzelfallentscheidung nicht abgegangen wird, läßt die Genehmigungspraxis in solchen Fällen doch erkennen, daß man gewillt ist, dort den ~~privat~~ wirtschaftlichen Interessenschutz besonders zu würdigen, wo die Handhabung der allgemeinen Richtlinien und Grundsätze eine besondere Härte ergeben müßte. Daß eine solche Auflockerung trotzdem dem zugrundeliegenden Prinzip nicht widerspricht, beweist, wie sehr man bemüht ist, dem § 3 WährG dort eine wirtschaftlich gerechtfertigte Auslegung zu geben, wo der Interessenschutz des Einzelnen sich mit dem öffentlichen Interesse am Währungsschutz kreuzt.

Eine Reihe solcher Genehmigungen ist bekannt geworden, teilweise mit Begründungen veröffentlicht worden. (145)

genstand der Gegenleistung des Gläubigers darstellen.

- 145) Die Bundesbank erteilt Genehmigungen von Fall zu Fall für die Aufnahme des Lebenshaltungskostenindex als Wertmesser für in Geld zu erbringende Versorgungsleistungen, so Szagunn, BB 55, S. 973, Bescheid der BDL v. 11.2.55 - 653/22298/54, Bescheid v. 14.8.51, Akt. Z. 6 b/29817/1951, Bescheid v. 20.6.55, 11/9053/55.

LZB in Nordrhein-Westfalen, Schreiben v. 19.1.56, 902/56, LZB (nicht veröff.), Schreiben v. 8.5.56, 9606/56, Schreiben v. 15.5.56, 10693/56, Schreiben v. 7.9.56, 19270/56 mit Hinweis auf BGH-Urteil v. 15.3.51, BGHZ I S. 294, BB 51, S. 372, diese Schreiben erwähnt in BB 56, S. 936. LZB in Bayern, Schreiben v. 18.6.57, BB 57, S. 657.

LZB in Bayern, Bescheid v. 28.4.58, I 4238/58, dto, Bescheid v. 2.5.58, I 4356/58 II b, beide in BB 58, S. 568 mit Besprechung Dürkes. Es handelt sich hier um ausgesprochene Versorgungsleistungen mit Bezugnahme auf einen dieser Leistung nahestehenden Index.

LZB in Rheinland-Pfalz, Bescheid v. 30.12.57, WG/8888/57/S-Schei/1637, BB 58, S. 568. Eine Mietzinsleistung wird vom Einzelhandelsindex abhängig gemacht.

Dürkes, a. a. O. S. 3 Antwortschreiben der Bank Deutscher Länder v. 6.1.53,

Wie aus der sich mit § 3 WährG befassenden Literatur entnommen werden kann (146), wird hierbei vor allem auf die eingeschränkte Vertragsfreiheit bezug genommen, wobei ergangene Urteile der oberen Gerichte besprochen werden.

Dabei ist jedoch besonders zu berücksichtigen, daß die vorhandene Rechtsprechung seit dem Jahre 1948 sich überwiegend mit Fragen des Umstellungsrechtes befaßt und in einzelnen Entscheidungen den § 3 des WährG zwar einbezieht, aber nicht direkt dazu Stellung nimmt (147). Neuere Urteile, soweit bislang bekannt, sind ausschließlich zu § 3 WährG nur vereinzelt bekannt geworden und es muß abgewartet werden, ob infolge des gesetzlichen Genehmigungserfordernisses überhaupt für die Gerichte Anlaß bestehen wird, in Erscheinung zu treten. (148)

Akt, Z. 6 b/21166/1952 auf Anfrage Dürkes zu Bescheid v. 14. 8. 51,
Akt, Z. 6 b/29817/1951, auch BB 51, S. 701 in Verbindung mit BB 51,
S. 560 f und S. 673 f

- 146) So Eppig, NJW 1949, S. 531 ff., Ranniger und Eppig, DNotZ 1951, S. 396 und 405 ff.

Mit der Frage der Auslegung des § 3 WährG haben sich vor Erscheinen des grundlegenden Artikels von Fögen, a. a. O., vor allem befaßt:

Skaupy, JR 1949, S. 343,

Wilmanns, BB 1951, S. 907 ff,

Reinicke, MDR 1953, S. 385 ff,

Duden, Gutachten für den 40. Deutschen Juristentag, Hamburg 1953, a. a. O., Referate von Caemmerer und Mann sowie Diskussionsbeiträge ebenda.

Dürkes, BB 1953, S. 246 ff.

Rötelmann, NJW 1951, S. 363, 708, 841.

Nach Fögen, a. a. O., Szagunn, a. a. O. vor allem Dürkes, BB 1953, S. 953, derselbe, Wertsicherungsklauseln in Schriften des Betriebsberaters, 2. und 3. Auflage, 1955 und 1956.

Jürgen, NJW 1957, S. 1261 ff.

Henn, MDR 1958, S. 461 ff.

- 147) BGH Urteil v. 12. 2. 53, NJW 1953, S. 662. Diese Entscheidung wird später noch zu besprechen sein.

BHG Urteil v. 9. 7. 1956, II ZR 279/54 Hamburg mit Anmerkung Szagunn in NJW 1957, S. 342 ff.

In beiden Entscheidungen wird gegen die grundsätzliche Haltung der Bundesbank die Auffassung vertreten, daß § 3 WährG sich nur auf Geldsummensschulden, dagegen nicht auf Geldwertschulden bezieht, obwohl bei der Entscheidung darüber gar nicht zu befinden war.

Konnten bei den Beratungen des 40. Deutschen Juristentages keine satzungsgemäßen Beschlüsse gefaßt werden, so fand doch die These, die Aufhebung des § 3 WährG zu empfehlen, die Billigung der Mehrheit der Sitzungsteilnehmer. Es ist offensichtlich, daß hierbei die Einschränkung der Vertragsfreiheit eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Eppig (149) sagt z. B., daß in einer Wirtschaft, die im wesentlichen von Vertragsfreiheit und freiem Wettbewerb beherrscht wird, es ein unlogisches Hemmnis sei, das den Warenfluß vermittelnde Geld an Fesseln zu binden, die weder dem Vertrauen dienlich sind noch den berechtigten Interessen der Nichtsachbesitzer entsprechen. Eppig will also die Vertragsfreiheit unbedingt auf Geldschuldverhältnisse ausgedehnt wissen.

Rechtliche und wirtschaftliche Betrachtungsweisen bedürfen hier einer Scheidung. Die eingeschränkte Vertragsfreiheit bezieht sich ja ausschließlich auf das Geld, welches wesentlicher Vertragsbestandteil sein soll. Das Geld, welches der öffentlich-rechtlichen Regelung unterliegt, wird im Zuge einer privatrechtlichen Wertsicherungsvereinbarung an subjektive Maßstäbe gebunden und kann damit seines eigentlichen Charakters, für alle gleichermaßen gültiges, normiertes Zwischentauschgut zu sein, entkleidet werden. Die mögliche Bindung des Geldes an subjektive Maßstäbe muß verhindert werden. Die Regulierung der Geldmenge darf nicht von reinen Zufälligkeiten abhängig gemacht werden.

Der Argumentation von Dürkes (150), daß das Schicksal einer Währung nicht von der mehr oder minder häufigen Anwendung von Wertsicherungsklauseln abhängig ist, kann deshalb nicht beigespflichtet werden. Der Hinweis, daß der umfangreiche Gebrauch von Wertsicherungsklauseln nach der ersten Inflation keinen nachteiligen Einfluß auf die Währung ausgeübt habe, ist nach den heutigen Erkenntnissen und Erfahrungen auf dem Gebiet der Währungspolitik nicht mehr stichhaltig.

Auszugehen ist von dem Gedanken, daß der Grundsatz des Nominalismus (151) in Anwendung auf Schuldverhältnisse durch Parteienvereinbarung modifiziert

148) OLG Bamberg, Urteil v. 15. 3. 56, NJW 1957, S. 268, Gültigkeit einer Schiedsgutachterklausel.

BGH Urteil v. 17. 9. 54, BB 54, S. 880, wo für die Koppelung der Höhe eines Erbbauzinses mit einem Beamtengehalt die Genehmigung nach § 3 WährG für erforderlich gehalten wird.

149) DNotZ 1951, S. 405

150) a. a. O., Schriften des BB, 1956, S. 66.

151) Dieser Grundsatz stammt aus der Zeit, als der Dogmenstreit darüber ausgetragen wurde, ob dem Metallismus oder Nominalismus in der Geldauffassung der Vorzug zu geben sei. (Siehe auch G. F. Knapp, Die staatliche

oder ganz ausgeschaltet werden kann. Ohne die Vorschrift des § 3 WährG würde also die Geltung des Nominalismus mehr oder weniger vom Willen der am Rechtsverkehr Beteiligten abhängen. Die Währungspolitik müßte deshalb dort ihre Maßnahmen begrenzt sehen, wo kraft der uneingeschränkten Vertragsfreiheit privatrechtliche Vereinbarungen bewußt die Geltung des Nominalismus außer kraft setzen. Der durch § 3 WährG gegen abweichende Parteiabreden gesicherte Grundsatz des Nominalismus ist schon deshalb eine Voraussetzung für ein geordnetes Geldwesen, weil sich nur auf dieser Basis in bestimmten Bereichen die Ziele der jeweils erforderlichen Maßnahmen der Währungspolitik verwirklichen lassen. (152)

§ 3 des WährG wird seitens des BGH - im Gegensatz zu verschiedenen Instanzgerichten sowie der Deutschen Bundesbank und Stimmen aus der Literatur (153) - dahingehend ausgelegt, daß eine genehmigungsbedürftige Wertsicherungsklausel nur dann vorliegt, wenn eine auf DM lautende Verbindlichkeit bereits gegeben ist und sich nur durch die Anlehnung an einen Index entsprechend ändern soll. Eine Wertsicherungsklausel dagegen liegt nicht vor, wenn zwar in DM zu leisten ist, aber die Höhe dieser Leistung erst in einem späteren Zeitpunkt durch einen Index, etwa den Gegenwert einer bestimmten Weizenmenge, festgesetzt wird.

Theorie des Geldes, München, 4. Auflage, 1923, S. 8 ff.)

Damals war die Währung an den Grundsatz des Goldautomatismus geknüpft, Schwankungen des Geldwertes wurden von den beiden Goldpunkten aufgefangen. In jener Zeit war es nicht erforderlich, den Gedanken einer langfristigen Wertsicherung zu erörtern oder bei der Vertragsgestaltung Sicherungsklauseln einzubauen.

Mit dem Ende der Goldwährung war diese Währungssicherheit auch zu Ende gegangen. Die volkswirtschaftlich-theoretische Begründung braucht hier nicht herangezogen zu werden.

Die Zulassung von Wertsicherungsvereinbarungen nach der Stabilisierung der Reichsmark im Jahre 1923 darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit diesem Schritte bewußt und tatsächlich das Vertrauen in die neue "Mark" gewonnen werden sollte.

152) Fögen, a. a. O., S. 1321 ff.

153) BGH Urteil v. 12.12.53, NJW 53, S. 662

BGH Urteil v. 15.2.52, BGHZ 5, S. 173

BGH Urteil v. 9.7.56, NJW 57, S. 342, hierzu zustimmend Szagunn NJW 57, S. 342, Dürkes a. a. O., S. 23, OLG Düsseldorf, Beschluß v. 10.1.51, NJW 51, S. 362, ablehnend Duden, JZ 53, S. 339, Fögen, a. a. O., S. 1321 ff., Reinicke, MDR 53, S. 385 ff.

Besonders das Urteil des BGH v. 12. 2. 53 (154) hat hier die unterschiedliche Auslegung hervorgerufen. Nach diesem Urteil bezieht sich § 3 WährG überhaupt nicht auf Geldwertschulden und würde demnach gerade diejenigen Fälle nicht treffen, die allein von praktischer Bedeutung sind. § 3 WährG wäre so eine völlig inhaltslose Bestimmung, wenn man von dem durch das Devisenrecht bestimmten, hier nicht zu berücksichtigenden Satz 1 des § 3 WährG absieht. (155)

In der Begründung zu diesem Urteil wird gesagt: "Die Währungsreform ist ein bewußter Eingriff des Gesetzgebers in schwebende Vertragsverhältnisse. Ein solcher Zwangseingriff wird häufig zu Folgen führen, die die Parteien nicht erwarten konnten. Im Sinne der Währungsreform liegt es aber, derartige Vertragsverhältnisse zwar umzuformen, aber in ihrem Bestande zu erhalten."

Diese Entscheidung läßt erkennen, daß der Bundesgerichtshof bemüht ist, insbesondere solchen Geldgläubigern einen besonderen Schutz angedeihen zu lassen, deren Geldmittel von dem Schuldner wertbeständig angelegt werden konnten.

Man darf aber die Tragweite der Entscheidung des IV Zivilsenats nicht überschätzen. Sie beruht nicht auf dem Grundgedanken des § 3 WährG, sondern wird von anderen Gründen getragen. Sie bezieht sich auf einen Fall des Übergangsrechtes und läßt deshalb nicht ohne weiteres einen Schluß auf die Rechtsprechung in bezug auf eine Klausel zu, die nach der Währungsreform vereinbart wurde. Sie ist mit dem Zweck und Wortlaut des § 3 WährG so weitgehend unvereinbar, daß sie einer Nachprüfung schwerlich standhalten wird.

Bei der Wertsicherung langfristiger Verträge, insbesondere Pensions-, Miet-, Dienst- und Altenteilsverträge besteht weitgehende Übereinstimmung dahin, daß solche Klauseln unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sind (156). Nach dem BGH-Urteil v. 16. 9. 57 (157) ist eine Klausel, die etwa ein Ruhegehalt oder eine Witwenpension nach den jeweiligen beamtenrechtlichen Bestimmungen bemißt, zulässig. Eine solche Klausel enthalte keine Wertsiche-

154) IV ZR 109/52, BGHZ 9, S. 56 (63) BB 53, S. 246 mit Anmerkung Dürkes.

155) So Duden, JZ 1953, S. 340.

156) Als Spannungsklauseln bekannt. Unter Hinweis auf das Urteil des BGH v. 17. 9. 54, NJW 54, S. 1684 gibt Reinicke in NJW 55, S. 51 die Definition, mit dem Ausdruck Spannungsklausel werde "eine Beziehung festgehalten, die zwischen zwei Geldleistungen auch in Zukunft bestehen bleiben soll, die der Schuldner aus im wesentlichen gleichen Rechtsgründen wie die vergleichbare Leistung zu erbringen habe."

fung, sondern sei eine nähere Ausgestaltung der vertraglich zugesagten Pension und daher ihrer Natur nach den Veränderungen des Beamtengehalts unterworfen. Auch Reinicke (158) hält diesen Standpunkt des Bundesgerichtshofes im Anschluß an frühere Entscheidungen (159) für zutreffend. Sowohl ein Lohn- als auch ein Gehalts- oder Versorgungsanspruch könne sich an ein Beamten- oder Tarifgehalt anlehnen.

Unzulässig werde eine derartige Klausel erst, wenn der Bezug nicht im Dienstleistungs-, sondern im Güterverkehr bestehe. Diese "konkrete Beziehung", der "artgleiche Wertmesser" (160), den die Sicherungsklausel benötigt, um wirksam zu sein, findet sich an zahlreichen Stellen von Urteilen, Verwaltungsentscheidungen und im Schrifttum.

Die Berechtigung einer solchen Beziehung leitet sich aus der Interpretationsgrundlage des § 3 WährG ab. Zwar sind hier als verbotener Bezugsfaktor nicht nur die Güter, sondern auch die Leistungen genannt. Die auf Beamten- oder Tarifgehalt bezogenen Klauseln werden jedoch als Klauseln beurteilt, die lediglich die eigene Leistung jeweils bewerten oder "klassifizieren". Die fremde Leistung dient nur als Wertmesser (161). Dürkes (162) macht allerdings die Einschränkung, zulässige Spannungsklauseln lägen nicht vor, wenn der Gläubiger in Gestalt einer Mindestklausel ein Wahlrecht habe, entweder den festen Geldbetrag oder "mindestens" die Gehaltsbezüge einer bestimmten Beamtengruppe zu fordern.

Vertritt die Deutsche Bundesbank im wesentlichen die Auffassung des Bundesgerichtshofes und des überwiegenden Teils des Schrifttums, so wird aus einzelnen Akten (163) der Verwaltungsbehörden ersichtlich, daß eine gesetzliche Unterhaltsbeziehung und damit eine sachwertabhängige Geldwertschuld gefordert wird.

157) BB 57, S. 1119

158) NJW 55, S. 51 ff.

159) BGH Urteil v. 24.11.51, NJW 52, S. 377,

BGH Urteil v. 17.9.54, NJW 54, S. 1684

160) Fögen, a. a. O., S. 1321 ff. Hiergegen z. T. Reinicke, NJW 55, S. 51, "Es wird also, mag der Wertmesser artgleich oder artfremd sein, stets ein fremder Wertmesser verwendet."

161) Fögen, a. a. O., S. 1321 ff., so auch Schreiben der Bundesbank v. 6.1.53, siehe auch Dürkes, a. a. O., S. 31

162) a. a. O., S. 28

163) LZB Nordrhein-Westfalen, Schreiben v. 19.1.56, BB 56, S. 935 mit Anmerkung Dürkes, LZB in Bayern, Schreiben v. 18.6.57, BB 57, S. 657

4. Folgerungen und Versuch einer Grenzziehung zu § 3

In der Literatur ist man sich weitgehend darüber einig, daß § 3 des Währungsgesetzes nicht nur Geldsummen-, sondern auch in gleicher Weise Geldwertschulden erfaßt. (164)

Eine Geldwertschuld liegt vor, wenn zwar die Verpflichtung durch Zahlung in Deutscher Mark erfüllt werden soll, die Höhe der Zahlungsverpflichtung sich jedoch nach dem Gegenwert einer bestimmten Waren- oder Gütermenge oder einer ähnlichen rechnerischen Vergleichsgröße, bezogen auf einen späteren Zeitpunkt als den des Entstehens der Verbindlichkeit, bestimmt.

Die Geldsummenschuld dagegen ist eine Verbindlichkeit, bei der vom Entstehen an deren Höhe bestimmt ist, die Sicherungsklausel jedoch beim Eintritt bestimmter Voraussetzungen dahin wirksam werden soll, daß endgültig ein anderer Betrag als zunächst festgelegt - höher oder geringer - zu zahlen ist.

Der Unterschied zur Geldwertschuld ist der, daß dort die Höhe der Verbindlichkeit zunächst nicht festgelegt ist, sondern erst später nach verschiedenen Elementen bestimmt wird, während hier die Höhe der Verbindlichkeit von Anfang an feststeht, aber möglicherweise durch die gleichen Elemente verändert werden kann. (165)

Diese in erster Linie volkswirtschaftliche Trennung (166) mag formalistisch anmuten, ist aber zumindest seit der Währungsreform für die Urteilsfindung der oberen Gerichte entscheidende Grenzlinie zwischen der genehmigungsfreien und der genehmigungsbedürftigen Wertsicherungsklausel (167).

Die Abscheidung von der Geldwertschuld zu verwandten Begriffen ist deutlich. Zur reinen Sachwertschuld - auch in Form der Wahlschuld - scheidet die bestehende Währungsverpflichtung. Es ist nicht eine Warenmenge zu leisten, sondern Geld zu zahlen. Zur sicherungsrechtlich völlig irrelevanten Errechnungs-

164) Fögen, a. a. O., S. 1321 ff., Szagunn, a. a. O., S. 969 ff., Dürkes, a. a. O., S. 22

165) Szagunn sagt in der Besprechung des BGH Urteils v. 9. 7. 56, NJW 57, S. 342, daß sich bei der Geldwertschuld die Höhe des geschuldeten Betrages nach einem Maßstab außerhalb der Währung bestimme (z. B. Rückzahlung entsprechend dem Wert von 10 Ztr. Weizen).

166) Es wird davon ausgegangen, daß die Unterscheidung zwar im Bürgerlichen Recht gemacht wird, jedoch von besonderer Bedeutung nur im Wertsiche-

klausel (168), bei der die Festlegung der Höhe der Verbindlichkeit nach im Zeitpunkt der Festlegung bereits vorliegenden Berechnungsgrundlagen erfolgt, scheidet die Errechnung des Währungsbetrages zu einem späteren Zeitpunkt als dem des Entstehens der Verbindlichkeit. (169)

Zwischen den reinen Geldsummenschulden und reinen Geldwertschulden liegen die Schulden, die zwar auf eine bezifferte Summe lauten, bei denen aber vereinbart ist, daß die Verbindlichkeiten nicht in Höhe dieser Summe, sondern in der Höhe erfüllt werden sollen, die sich bei Anwendung eines vereinbarten Maßstabes ergibt. (170)

Im Bereich der Geldsummenschulden sind sich die Meinungen im wesentlichen über die Fälle einig, die genehmigungsfrei sind oder nicht (171). Unterschiedliche Meinungen bestehen demnach bei den Geldwertschulden, die vom Schrifttum, verschiedenen Instanzgerichten und der Deutschen Bundesbank im Gegensatz zum Bundesgerichtshof nur in besonders herausgestellten Einzelfällen für genehmigungsfrei gehalten werden. (172)

Die Wahlschuld nach § 262 des BGB wird währungsrechtlich allgemein als zulässig angesehen (173), auch wenn die Vereinbarung aus Sicherheitsgründen er-

rungsrecht, da ja Währungsrecht, ist.

- 167) Diese Trennungslinie spielte eine große praktische Rolle bei der Beurteilung, ob RM-Ansprüche der Umstellung gemäß §§ 13 und 16 UmstG im Verhältnis 10:1 auf DM unterlagen oder von der Umstellung ausgenommen waren.
- 168) Die Höhe der Verbindlichkeit liegt also von Anfang an unveränderlich fest und muß bloß errechnet werden. Keine Errechnungsklausel ist die Festlegung der Berechnungsgrundlagen (z. B. 10000 RM = 10000 Ztr. Weizen) in der Absicht, jeweils den Gegenwert der Gütermenge in Währungsgeld zu schulden. Hier liegt eine noch unbestimmte Geldwertschuld vor. So auch BGH Urteil v. 12. 2. 53, a. a. O.
- 169) Siehe Fögen, a. a. O., S. 1323.
- 170) Im ersten Falle gilt der fremde Maßstab zugunsten und zum Nachteil des Gläubigers.

Im zweiten Falle gilt der Berechnungsmaßstab ausschließlich zugunsten des Gläubigers. Der Gläubiger sichert sich hier sowohl gegen eine Entwertung des Geldes als auch gegen eine Entwertung des als Berechnungsmaßstab dienenden Gutes. Diese Unterscheidung treffen G. u. D. Reinicke, MDR 1953, S. 385.

Fögen, a. a. O. hält diese Unterscheidung zwar im Hinblick auf das Mark-

folgte. Gemäß § 263 Abs. 2 BGB gilt die gewählte Leistung als die von Anfang allein geschuldete. Bestimmt demnach eine Sicherungsklausel die Leistung von beispielsweise DM 1000 oder 50 fm Rundholz wahlweise, so stehen beide Leistungen gleichberechtigt nebeneinander.

Übt der Gläubiger sein Wahlrecht - je nach der Währungssituation im Leistungszeitpunkt - in der einen oder anderen Richtung aus, so gilt nur die gewählte Leistung von Anfang an als geschuldet. Die nicht gewählte Leistung ist rechtlich nicht mehr existent. Da sowohl eine Sachwertleistung als auch eine Geldleistung jederzeit frei vereinbart werden kann, ist die Zulässigkeit einer solchen Klausel unbestritten.

Wie ist nun diese Klausel - was wohl meist der Wille der Vertragspartner ist - zu beurteilen, wenn der Gläubiger anstelle der Warenleistung von 50 fm Rundholz den jeweiligen Marktpreis für diese Ware in Währungsgeld verlangen kann? Hier liegt ja bereits eine echte Sicherungsklausel gegen Geldentwertungen vor, da der Gläubiger bei stabiler Währung den fixen Geldbetrag wählen, bei Entwertung des Geldes jedoch den Gegenwert der Ware zu seinem jeweiligen Marktpreis in Geld beanspruchen wird.

Nunmehr ist die Warenleistungsklausel selbständig für sich zu prüfen. Das Wahlrecht bezieht sich jetzt nämlich nicht mehr auf eine reine Warenmenge, so diese gewählt war, sondern auf den Geldwert dieser Warenmenge im Leistungszeitpunkt. Es liegt also eindeutig eine Geldwertschuld vor, die ihrerseits vom veränderlichen Marktpreis der wahlweise geschuldeten Ware bestimmt wird, somit den Tatbestand der Genehmigungsbefreiung erfüllt und als ursprünglich genehmigungsfreie Wahlschuld nunmehr als Wertsicherungsklausel im Sinne des § 3 WährG zu beurteilen ist.

Mark-Gesetz für tragbar, weist aber darauf hin, daß sich davon nicht ableiten läßt, daß auch nach dem 20. 6. 48 solche Vereinbarungen ohne Genehmigung nach § 3 WährG noch rechtswirksam getroffen werden könnten.

171) Siehe S. 65 ff.

172) Siehe S. 70 (Fußn. 153)

173) Fögen, a. a. O., S. 1321,

Szagunn, a. a. O., S. 970.

Dürkes, a. a. O., S. 39

Lange, NJW 57, S. 251

Gerade dieses Beispiel - obwohl deren unzählige konstruiert werden könnten - ist typisch für die Frage nach der Beurteilung einer Wertsicherungsklausel. Bei näherer Prüfung des Inhalts der Wertsicherungsvereinbarung ist die Grenzlinie festzustellen, die für die Genehmigung ausschlaggebend ist. (174)

Obwohl bei dem vorliegenden Beispiel der Wahlschuld die Unterscheidung zwischen Geldsummen- und Geldwertschulden eine Möglichkeit bietet, die Grenzlinie festzustellen, wo die Genehmigungsfreiheit endet, kann daraus nicht geschlossen werden, daß diese Unterscheidung in allen Fällen brauchbar ist.

Wie Eppig (175) sagt, ist die volkswirtschaftlich wertvolle Unterscheidung zwischen Geldsummen- und Geldwertschulden an sich kein Kriterium für die Beurteilung der Zulässigkeit einer Klausel, weil § 3 WährG nur darauf abstellt, ob die zu leistende Geldsumme mit einem Sachwert in Relation gesetzt wird und damit keinerlei Handhabe bietet, zwischen Geldsummen- und Geldwertschulden zu unterscheiden.

Ein Beispiel aus dem praktischen Wertsicherungsrecht mag diese Behauptung rechtfertigen. Ist z. B. eine Geldschuld in der Art zu zahlen, daß sie sich nach dem Gewinn oder Umsatz eines gewerblichen Unternehmens (176), bezogen auf einen Geschäftsabschnitt, richten soll, so besteht zweifellos von Anfang an eine Geldwertschuld, die erst mit dem Zeitpunkt der Ergebnisrechnung ermittelt werden kann, dann allerdings eine Geldsummenschuld wird. Die Geldschuld ist an gewisse veränderliche Faktoren geknüpft. Im Umsatz oder Gewinn eines gewerblichen Unternehmens spiegelt sich zwar auch in gewissem Umfang der Preis von Gütern und der Wert von Leistungen, jedoch ist der zu zahlende veränderliche Geldbetrag nicht von diesen Preisen und Leistungswerten als solchen allein abhängig, also nicht der Bestimmungsfaktor für die Höhe des zu zahlenden Geldbetrages.

174) Dem steht nicht entgegen, daß es sich ungünstigenfalls um eine Währungsschuld handelt, deren Höhe bei der Begründung noch nicht feststeht, also nach Ansicht des BGH zulässig wäre. Daß dieser Standpunkt auch von der Bundesbank bestritten wird, beweist, daß eine weitergehende Untersuchung notwendig ist.

175) DNotZ 1951, S. 405

176) Fögen, a. a. O., S. 1321 ff.

Hier hilft die Unterscheidung zwischen Geldsummen- und Geldwertschulden nicht weiter und die Klausel kann - sie ist anerkannterweise genehmigungsfrei - nur danach beurteilt werden, ob in dem gewählten Wertmaßstab eine Bezugsnahme auf den Preis von Gütern oder Leistungen enthalten ist.

Man könnte versucht sein, anzunehmen, daß trotz der unterschiedlichen Beurteilung von Wertsicherungsklauseln (177) eine Bereichsscheidung möglich sein müßte. Dennoch wird hier die Auffassung vertreten, daß dem wirtschaftlichen Sinn und Zweck des § 3 WährG entsprechend eine generelle Grenzziehung nicht möglich ist. Das Gebiet der Wertsicherungsvereinbarungen ist so weitläufig, daß es einer sehr umfangreichen Kasuistik bedürfte, um genehmigungsbedürftige und genehmigungsfreie Klauseln abzugrenzen, ohne die Gewißheit, alle Fälle erfaßt zu haben.

Eine solche Vorschrift wäre aber auch deswegen unzweckmäßig, weil durch sie die Nachprüfung nicht erübrigt werden könnte. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß es sich bei dem § 3 WährG um eine Vorschrift handelt, die eng mit den jeweiligen Grundsätzen der Währungspolitik verbunden ist, also der jeweiligen Situation angepaßt und geändert werden muß.

Wollte man die Vorschrift des § 3 WährG in Normen zwängen, wie dies besonders von juristischer Seite gefordert wird, so wäre § 3 WährG als Instrument in der Hand der mit der Verfolgung der währungspolitischen Ziele befaßten Genehmigungsbehörden völlig unbrauchbar.

Die mögliche Grenzziehung durch Auslegung des Textes kann daher nicht auf dem Wege der rechtlichen Analyse gefunden werden. Die Auseinandersetzung darüber, wieweit Geldwertschulden von der Genehmigungspflicht erfaßt werden oder welche Klauseln bei Geldsummenschulden frei vereinbart werden können, führt zu keinem wirtschaftlich gerechtfertigten Ergebnis. Es hieße auch, die Vorschrift des § 3 WährG in ihrer wirtschaftlichen Zwecksetzung zu verkennen, wollte man die Auslegung des Bundesgerichtshofes für ein neu zu bildendes Recht heranziehen. Dabei soll nicht außer acht gelassen werden, daß der BGH in seinen Entscheidungen über die Anwendung des § 3 WährG gar nicht zu befinden hatte.

177) Der BGH hat in einer Reihe von Entscheidungen, die darauf schließen lassen, daß es sich um eine ständige Rechtsprechung handelt, zu erkennen gegeben, daß besonders bei Geldwertschulden im Gegensatz zu den Grundsätzen der Bundesbank eine Möglichkeit vorhanden ist, den § 3 WährG zu begrenzen.

Gerade das Recht der Wertsicherung mit seinen wirtschaftlichen Aspekten muß als eine Individualvorschrift angesehen werden, wie auch die Vereinbarung einer Wertsicherungsklausel dem Individualinteresse entspringt.

Es wurde schon an anderer Stelle die notwendige Geltung des nominalistischen Prinzips herausgestellt. Dieser Rechtsgrundsatz soll die Geltung des Geldes vor einschränkenden Privatvereinbarungen schützen. Die Vorschrift des § 3 WährG muß desgleichen als eine erweiterte Rechtsnorm des nominalistischen Grundsatzes angesehen werden und hat den Zweck, den Eigenwert der DM konsequent zu bewahren.

Hier bietet sich also eine Beurteilungsmöglichkeit für die Reichweite des § 3 WährG. Unter der Fragestellung des Eigenwertes der DM und seiner möglichen Ausschaltung lassen sich alle Arten von Klauseln und Vereinbarungen, die eine Wertsicherung zum Ziel haben, einreihen. Dem entspricht auch, daß auf dieser Basis die Beurteilung von Wertsicherungsvereinbarungen dann einen streng individuellen Charakter erhält und jede Klausel selbständig für sich zu prüfen ist.

Die Frage, ob unter diesen Umständen der privatwirtschaftliche Interessenschutz nicht in den Hintergrund treten muß, kann in jedem Einzelfalle mit dem Hinweis auf das Primat des Währungsrechtes als öffentliches Recht beantwortet werden. Da auch in jedem Falle eine diskussionsfreie Prüfung an Hand eines Maßstabes vorliegt, der allein ein wirtschaftliches, insbesondere währungspolitisches Urteil ermöglicht, bleibt die rein rechtliche Prüfung, die sich zwar auch wirtschaftlicher Überlegungen bedient, aber als solche nicht den Gegenstand währungsrechtlicher und -politischer Fragen bildet, auf die Vorschriften des Vertragsrechtes beschränkt.

Zwar sind die internen Richtlinien für die Erteilung einer Genehmigung nach § 3 WährG von der Bundesbank sowie den Landeszentralbanken in den Bundesländern nicht bekannt. Jedoch ist aus den maßgeblichen Veröffentlichungen von Fögen und Szagunn zu entnehmen, daß neben den grundsätzlichen Voraussetzungen (178) ausschließlich währungspolitische Gründe und Belange für die

178) Voraussetzungen für eine Genehmigung laut Fögen, a. a. O., S. 1325 ff.:

- a) es muß sich um ein längerfristiges Schuldverhältnis handeln,
- b) der Bestimmungsfaktor für den zu zahlenden Geldbetrag muß sachgerecht, d. h. der Art des Geschäftes und den berechtigten Interessen des Gläubigers entsprechend und damit individuell sein.
- c) der als Bestimmungsfaktor gewählte Preis oder Wert bestimmter Güter oder Leistungen soll uneingeschränkt, d. h. sowohl für den Fall eines

Beurteilung einer Klausel herangezogen werden.

Diese Vermutung wird bekräftigt durch die besonders in den letzten Jahren bekanntgewordene Handhabung bei Vereinbarungen, die reinen Versorgungscharakter tragen oder auf einer gesetzlichen Unterhaltsverpflichtung beruhen (179). Eine Unterhaltsregelung, wie sie zwischen gesetzlich zum Unterhalt verpflichteten Personen vereinbart zu werden pflegt, wird deshalb nicht als genehmigungsbedürftig angesehen, weil eine solche Unterhaltsregelung eine ihrer Natur nach sachwertbezogene Verpflichtung ist. Folgerichtig erhebt die Deutsche Bundesbank in solchen Fällen auch keine Einwendungen gegen die Bezugnahme auf eine sonst von ihr nicht für zulässig erachtete Vergleichsgröße, insbesondere gegen die Bezugnahme auf den Lebenshaltungs-, Preis- oder einen sonstigen Index.

5. Möglichkeiten einer Wertsicherung

Unter Berücksichtigung der vorangegangenen Untersuchungen soll nunmehr versucht werden, an Hand einiger typischen Beispiele für Wertsicherungsvereinbarungen sowohl den privatwirtschaftlichen Interessenschutz als auch das öffentliche Interesse am Währungsschutz herauszustellen und eine Abgrenzung für die Anwendbarkeit des § 3 WährG zu finden.

Eine besondere Rolle spielen Wertsicherungsvereinbarungen im Grundstücksverkehr. Oft werden Grundstücke auf Rentenbasis verkauft wie auch der Käufer den Kaufpreis nicht in einer Summe erlegen kann, also auf Ratenzahlungen angewiesen ist. Nach den Erfahrungen mit zwei Inflationen kann aber die Sicherung des Kaufpreisrestes durch Hypothek oder Grundschuld in währungsrechtlicher Hinsicht keinen Schutz gegen Wertminderung des Geldes geben (180).

Steigens als auch eines Sinkens dieses Preises oder Wertes für die Höhe des zu zahlenden Geldbetrages maßgebend sein.

Grundsätzlich keine Genehmigung wird erteilt für:

- a) Rechtsgeschäfte des Geld- und Kapitalverkehrs,
- b) Mindestklauseln und
- c) Klauseln, in denen der geschuldete Geldbetrag abhängig gemacht wird vom Feingoldpreis oder vom Kurs einer fremden Währung.

179) Siehe Fußnote 145, S. 67

180) Unabhängig davon ergeben sich durch den noch nicht restlos beseitigten Preisstop für Grundstücke weitere Schwierigkeiten. Der Preisstop gilt seit

Hieraus ist zu ersehen, daß es in manchen Fällen, die nicht normiert werden können, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus für den betreffenden Veräußerer eine besondere Härte bedeuten müßte, wollte man ihn daran hindern, eine Sicherheit zu verlangen, die er als Grundstückseigentümer ohne Hinderung in Anspruch nehmen konnte, wenn er die Grundstücksrente oder den Pachtzins mit Rücksicht auf die gestiegene Lebenshaltung anzugleichen imstande war.

Eine Wertsicherungsklausel, die nicht im Grundstücksvertrag gerichtlich oder notariell beurkundet, sondern nur mündlich oder durch schriftliche Vereinbarung zwischen den Parteien vereinbart ist, kann derzeit wegen des nur mehr beschränkt bestehenden Preisstops nicht von besonderer Bedeutung sein (186). § 4 der Grundstückspreis VO (187) bestimmt, daß das beurkundete Entgelt unbeschadet der Vorschriften des § 2, Absatz 2 und des § 3, Absatz 1 gilt, wenn in einem nach dem Inkrafttreten des Preiserhöhungsverbot geschlossen Vertrag die Vertragsteile in Täuschungsabsicht ein geringeres als das vereinbarte Entgelt beurkundet oder beurkunden haben lassen. (188)

-
- 185) Da keine gleichartigen Leistungen gekoppelt werden, liegt auch keine "Spannungsklausel" vor, sondern eine gemäß § 3 WährG genehmigungspflichtige Wertsicherungsklausel, die auf einen artfremden Wertmesser bezug nimmt. So auch LG Wuppertal, Urteil v. 30.3.1955, MDR 1955, S. 417
- 186) Dennoch ist dieser Fall, zu dem der BGH im Urteil v. 21.5.54, BB 54, S. 579, Stellung genommen hat, bedeutsam. Danach ist § 4 der VO über die Preisüberwachung und die Rechtsfolgen von Preisverstößen im Grundstücksverkehr auch dann anzuwenden, wenn die Vertragsparteien anstelle des beurkundeten geringeren Kaufpreises in einer zusätzlichen vertraulichen Vereinbarung eine Wertsicherungsklausel vereinbaren. Es liegt dann die Beurkundung zu dem niederen Entgelt vor. Der tatsächlich vereinbarte, aber nicht beurkundete überhöhte Kaufpreis ist kein fester, sondern ein gleitender Kaufpreis.
- 187) Grundstückspreis VO v. 7.7.42, RGBI I, S. 451, für bebaute Grundstücke, geändert durch die VO PR 75/52 v. 28.11.52, BGBl I S. 792
- 188) Der tatsächlich vereinbarte, überhöhte Kaufpreis ist zwar wegen der fehlenden Genehmigung nach § 3 WährG schwebend unwirksam. Es ist dies jedoch dasselbe, als wenn ein überhöhter Preis wegen der bestehenden Preisvorschriften von der Preisbehörde nicht genehmigt werden würde und durch den beurkundeten Preis ersetzt würde.

Bei der Wertsicherung des Erbbauzinses entstehen unter Umständen dadurch Schwierigkeiten, daß dessen Höhe nach § 9 Abs. 2 der Erbbaurechts-VO v. 15. 1. 19 für die ganze Erbbaubauzeit im voraus fest bestimmt sein muß. Davon unabhängig können jedoch die Vertragsparteien rein schuldrechtlich zusätzliche Vereinbarungen treffen, die sich auf den im Grundbuch einzutragenden Erbbauzins nicht auswirken. (189)

Für das Gebiet der Beteiligungsverhältnisse ist die Frage nach der Möglichkeit einer schuldrechtlichen Sicherung gegen Kaufkraftverlust von besonderer Bedeutung, weil sich solche Verträge regelmäßig über längere Zeiträume erstrecken.

Die für gewöhnliche Zeiten übliche Vereinbarung eines Barentgeltes führt hier nicht weiter. Den Interessen beider Parteien und ihrem wirklichen Willen, in jedem Zeitpunkt der Vertragsdauer nur ein wirtschaftlich gerechtfertigtes Entgelt zu leisten und zu empfangen, wird hier viel besser die Vereinbarung eines Sachwertentgeltes oder die Eingehung eines partiarischen Rechtsgeschäftes gerecht.

Für Landpacht- und auch Gutüberlassungsverträge mag regelmäßig dem Naturalentgelt der Vorzug zu geben sein, für Gesellschafts- und sonstige Beteiligungsverhältnisse wie auch für Mietverträge wird den Belangen der Vertragsparteien eine quotenmäßige Teilnahme am Ertrag mehr versprechen.

Wird z. B. ein Miethaus in Rentenform verkauft und verpflichtet sich der Erwerber, auf die Dauer von 10 Jahren die gesamten anfallenden Rohmieten in vor auszahlbaren Monatsraten an den Veräußerer abzuführen, wobei die Mietforderungen schuldrechtlich an den Veräußerer abgetreten werden können, so kann in einer solchen Vereinbarung eine weitgehende Wertsicherung gefunden werden (190). Es ist der Ansicht von Dürkes, daß es sich hierbei um die Bezugnahme auf den Geldwert einer anderen Leistung - nämlich auf den Wert des Mietzinses - handelt und somit die Einholung einer Genehmigung erforderlich wäre, nicht zuzustimmen.

Wie auch im Steuerrecht die Jahresrohmiene für Zwecke der Einheitsbewertung herangezogen wird, so ist in einer Vereinbarung des aufgezeigten Inhalts kein artfremder Wertmesser für das Kaufpreisentgelt zu erblicken. Selbst nach dem

139) Möglich ist auch eine Vereinbarung, daß zwar der Erbbauzins mit einem festen Geldbetrag vereinbart wird, jedoch dem Eigentümer des Grundstücks die Befugnis eingeräumt wird, anstelle dessen eine Sachleistung zu verlangen. So Dürkes, a. a. O., S. 48

190) Eppig, DNotZ 1951, S. 406

Grundsatz des § 3 WährG, daß der Eigenwert der DM nicht durch private Vereinbarungen außer kraft gesetzt werden darf, kann diese Vereinbarung nicht verworfen werden. Sollte während der Laufzeit des Vertrages eine Mietpreiserhöhung eintreten, so ist eine solche nicht von dem Willen der am Vertrag Beteiligten abhängig.

Eine solche Sicherungsform ist zwar für fertige Objekte wie Rentenhäuser geeignet, bei denen mit Bestandsänderungen und Verfügungen wie Hypothekenbestellungen nicht zu rechnen ist. Für Bauplätze dagegen ist sie ungeeignet, da der Erwerber in der Verfügung über das Grundstück zur Baufinanzierung untragbar behindert wäre.

Dem Willen der Beteiligten würde am meisten die Form der Wahlschuld (Sache oder Geld) entsprechen, aber gerade diese ist bei einem Währungsverfall - wie der letzte gezeigt hat - unbrauchbar, weil die damit einhergehende Zwangsbewirtschaftung von Gütern eine Leistung in solchen unmöglich macht und diese sich dann nach § 265 BGB nur mehr auf die Geldleistung konzentriert, ein Umstand, der aber nach dem Willen der Parteien gerade vermieden werden sollte. (191)

Die Vereinbarung einer atypischen stillen Gesellschaft kommt insbesondere bei Hingabe eines Darlehens in Betracht. Der stille Gesellschafter wird demnach mit am Vermögen der Gesellschaft beteiligt. Eine solche gesellschaftsrechtliche Bindung bereitet aber insofern Schwierigkeiten, als im Falle des Ausscheidens der Stille an den Reserven wie auch am Firmenwert beteiligt ist.

191) Die Formen der Wertsicherung, soweit sie damit eine Umgehung der Vorschrift des § 3 WährG anstreben, stellen mitunter einen Rückschritt von der Geldwirtschaft auf die Tauschwirtschaft dar. In diesem Lichte betrachtet, erscheint § 3 des Währungsgesetzes als eine den Wirtschaftsverkehr hemmende Vorschrift.

Tatsache ist jedoch, daß § 3 WährG kaum je den Abschluß von Geschäften verhindert hat. Mag die Bestimmung auch hier und dort als lästig empfunden werden, so hat sich der Geschäftsverkehr trotz dieser Vorschrift ohne Störung abgewickelt.

Es ist also nicht so, daß § 3 des WährG eine wesentliche Behinderung des Verkehrs darstellt. Gerade die von § 3 WährG erfaßten Vereinbarungen sind ihrer Natur nach nicht an eine ganz bestimmte Verklauselierung gebunden, sondern können so gefaßt werden, daß § 3 nicht betroffen wird.

Die wirtschaftlich bedeutendste Form des Darlehens ist die Schuldverschreibung. (192)

Innerhalb der einzelnen Arten ist die Wandelschuldverschreibung in den USA - unter der Bezeichnung convertible bonds - schon seit Jahrzehnten zur Industriefinanzierung benutzt worden. Nach 1923 hat auch die deutsche Wirtschaft dieses Wertpapier bei der Kreditaufnahme zunehmend verwandt. (193)

Die Wandelschuldverschreibung gewährt Anspruch auf feste Verzinsung (194) des hingegebenen Kapitals sowie ein Forderungsrecht auf Rückzahlung eines bestimmten Geldbetrages bei Fälligkeit. Darüberhinaus ist sie mit dem unentziehbaren Wahlrecht des Umtausches in Aktien ausgestattet.

Dieses Wahlrecht gibt dem Wertpapier eine zusätzliche Sicherheit, die es ermöglicht, ein Anteilsrecht an der Substanz des betreffenden Unternehmens zu erwerben. Wird vom Umtauschrecht Gebrauch gemacht, so geht damit zwar die feste Verzinsung verloren, jedoch ist an deren Stelle eine relative Sicherheit gegen Geldentwertung getreten wie auch die Teilnahme am Ertrag und am Substanzgewinn, der sich in steigenden Kursen äußern kann. Durch ihre Eigenschaft als verbriefte Forderung bietet die Wandelschuldverschreibung außerdem eine erhöhte Sicherung hinsichtlich der nominellen Erhaltung der Forderung, denn der Obligationär gilt im Konkurs der Unternehmung als Gläubiger.

Für die Weiterentwicklung des Rechts der Wandelschuldverschreibung bildet die Gestaltung der Umtauschbedingungen ein wesentliches Problem. Es handelt sich darum, daß auch einer etwaigen erheblichen Änderung der Kaufkraft Rechnung getragen wird, ohne die Rechte der beiden Vertragspartner zu beschneiden.

Könnte z. B. das Wahlrecht bei Fälligkeit nicht mehr ausgeübt werden, so wären alle Inhaber von Wandelschuldverschreibungen gezwungen, schon vor der ersten Auslosung ihr Wahlrecht auszuüben. Damit wäre aber die Möglichkeit ausgeschlossen, einen günstigen Zeitpunkt für den Umtausch abzuwarten.

192) Die Schuldverschreibung auf den Inhaber ist eine Urkunde, in der sich der Aussteller zu einer Leistung an den Inhaber der Urkunde verpflichtet. Wirtschaftliche Unterscheidung nach: a) Gewinnobligation, b) Obligation mit fester oder variabler Verzinsung, c) Optionsanleihe, d) Wandelschuldverschreibung und e) Sachwertschuldverschreibung.

193) Der Volkswirt, Wirtschafts- u. Finanz-Zeitg., 1951, Nr. 23, S. 19, Ffm.

194) Während bei der Aktie mit der Möglichkeit dividendenloser Jahre gerechnet werden muß.

Darüberhinaus ist das Umtauschverhältnis, d. h. der Zuzahlungsbetrag von nicht minderer Bedeutung. Hier spielen die Höhe des Aktienkurses, die Art des Umrechnungsverhältnisses wie auch die berechtigten Interessen der bisherigen Aktionäre eine entscheidende Rolle. Jedenfalls beeinträchtigt die Zuzahlung nicht die Funktion der Wandelschuldverschreibung, eine Sachwertsicherung zu gewähren.

Dem Gesichtspunkt der Wertsicherung gegenüber Geldwertschwankungen hat man offenbar bei der Gestaltung früherer Anleihebedingungen keine erhebliche Bedeutung beigemessen. (195)

Vergegenwärtigt man sich die Stellung, die z. B. der Inhaber einer Reichsmark-Obligation mit Wandelrecht heute haben würde, so wird die künftige Ausgestaltung des Umtauschrechtes besonders deutlich (196). Unberührt von

195) Volkswirt, a. a. O.

Anleiheprospekt der IG Farben AG aus dem Jahre 28:

Skala für den Übernahmekurs bei Ausübung des Wandelrechtes: 1928 200 %, 1929 195 %, 1930 190 % usw. Der stufenförmig sinkende Umtauschkurs sollte u. a. die Obligationäre dazu veranlassen, möglichst lange mit dem Umtausch zu warten, damit die Gesellschaft die steuerlichen Vorteile ausnutzen könne.

Andere Gesellschaften hatten den Umtauschkurs nach gänzlich anderen Gesichtspunkten gestaffelt, so z. B. bevorzugte die AEG den sofortigen Umtausch durch niedrigere Übernahmewerte.

196) Der BGH hat mit Urteil v. 23.10.58 - II ZR 4/57 den Rechtsstreit über die Auslegung der sog. Harpen-Bonds entschieden. NJW 1958, 45, Heft v. 7.11.58.

Im Zusammenhang mit den Entflechtungsanordnungen der Alliierten wurde das Kapital der Harpen Bergbau AG 1:2 umgestellt und den Aktionären außerdem für jede alte 1000 RM Aktie solche der ausgegliederten Essener Steinkohlebergwerke AG zum Nennbetrag von RM 1500 ausgehändigt. Die Harpen-Bonds wurden 60:40 auf die beiden Gesellschaften aufgeteilt.

Die Verwaltung beider Gesellschaften betrachtete die Bonds bei der Währungsreform als 10:1 umgestellt. Alle aktienabhängigen Rechte sollten sich nunmehr nach dem umgestellten Nennbetrag richten. Ein Teil der Obligationäre dagegen wollte den Aktionären gleichgestellt werden und forderte für die alten Schuldverschreibungen von je 1000 RM solche von DM 3700. Der BGH hat entschieden, daß die Nennbeträge 1:1 umgestellt worden seien und die aktienabhängigen Rechte den neuen Kapitalverhältnissen

der Umstellung des Stammrechtes nach § 16 des UmstG würde das Umtauschrecht in seinem Verhältnis zum ursprünglichen Nennwert unverändert geblieben sein, d. h. dieser Darlehensgeber hätte trotz des Forderungsrechtes seines Papiers durch die Währungsumstellung keinen Verlust erlitten.

Als Möglichkeit einer Wertsicherung bei Schuldverschreibungen könnte z. B. der Beteiligungsscharakter ähnlich der Aktie dadurch ausgeprägt werden, daß neben der festen Mindestverzinsung in Anlehnung an die den Aktionären ausgeschütteten Dividenden eine zusätzliche Verzinsung erfolgt (197). Außerdem können die Obligationsinhaber für den Fall einer Liquidation hinsichtlich der Verteilung der Liquidationssumme den Aktionären gleichgestellt, also am Restvermögen der Aktiengesellschaft beteiligt werden, ohne daß sie rechtlich Aktionäre sind. (198)

Eine weitere Möglichkeit eines Beteiligungsverhältnisses ist bei der Investment-Gesellschaft gegeben (199). Es sind dies Gesellschaften, deren Gegenstand die

nissen beider Gesellschaften anzupassen sind. Das bedeutet also eine 4 1/2 %ige Mindestverzinsung der 1:1 umgestellten Teilschuldverschreibungen sowie ein Mindesteinlösungskurs von 100 bzw. 105, bezogen auf den 1:1 umgestellten Nennwert. Daneben stehen den Obligationären auch die aktienabhängigen Substanzrechte zu, die durch die Neufestsetzung der Kapitalverhältnisse beider Gesellschaften keine wirtschaftliche Beeinträchtigung erfahren dürften. Es muß also eine der RM-Zeit entsprechende Mehrverzinsung um 1 % gegenüber der ausgeschütteten Dividende auf Aktien erfolgen. Dementsprechend ist auch ihr Bezugsrecht und der etwaige höhere nach dem Kurswert der Aktien ausgerichtete Einlösungspreis jeweils danach zu berechnen, was an Bezugsrechten auf Aktien von 3700 DM entfällt und wie der Kurswert von Aktien im Betrage von DM 3700 lautet.

- 197) So kann z. B. eine feste Verzinsung von 5 % zugesagt sein, die sich aber für jedes Prozent, um die der Gewinnanteil der Aktionäre 4 % übersteigt, um 1/8 % erhöht.

Erhalten also die Aktionäre eine Dividende von 12 %, so erhöht sich der Anleihezins von 5 % auf 6 %.

Er könnte auch von den Dividenden anderer Aktiengesellschaften als denen der Anleiheschuldnerin abhängig gemacht werden.

In diesem Falle ist die Obligation als Gewinn-Obligation zu bezeichnen. Auf die Unterscheidung zwischen der Wandelschuldverschreibung und den anderen Arten, wie Bezugs-Obligationen usw. braucht hier nicht eingegangen zu werden.

- 198) Dürkes, a. a. O., S. 44

Kapitalanlage ist. Sie verwerten die ihnen anvertrauten Mittel nach dem Grundsatz der Risikoverteilung durch Anlage in verschiedenen Wertpapieren und Beteiligungen. Die Gesellschaft gibt als Bescheinigung des Miteigentums in Bruchteilen an diesem Fonds Zertifikate aus. Der Vorteil dieser Kapitalanlage für den Sparer besteht in der weiten Streuung der Anlagewerte und der damit verbundenen relativen Sicherheit vor Schwankungen, die im Einzelfalle nicht ausgeschlossen werden können.

Obwohl im Schrifttum (200) die Anwendbarkeit von Wertsicherungsklauseln auf das Testament angezweifelt wird, kann von dem Grundsatz ausgegangen werden, daß letztwillige Verfügungen, gleichgültig, ob ein- oder zweiseitig, testamentarisch oder erbvertragsmäßig, kein schuldrechtliches Verhältnis begründen (201). Zwar können aus Testamenten Schuldverhältnisse entstehen, sie entstehen aber erst mit dem Erbfall und nicht schon mit der Errichtung des Vermächnisses.

So kann als sicher angenommen werden, daß die Höhe eines Erbteiles, eines Vermächnisses oder eines Ausgleichsbetrages, den sich ein Miterbe oder Pflichtteilsberechtigter nach den §§ 2050 ff. und § 2316 des BGB anrechnen lassen muß, nach dem bruchteilsmäßigen Wert des Gesamtnachlasses zur Zeit des Erbfalles bestimmt werden kann. (202)

Ebensowenig begründen z. B. wertgesicherte Teilungsanordnungen oder Bestimmungen über eine Anrechnung von Vorempfängern eine Geldschuld des Nachlasses oder der einzelnen Erben. (203)

Die Aussetzung eines Geldvermächnisses im Wert einer Warenmenge stellt lediglich einen Anhaltspunkt für die spätere Berechnung der Geldschuld anlässlich ihrer Entstehung dar.

Entscheidungen von höheren Gerichten zu diesen Fragen sind bisher noch nicht bekannt geworden, auch liegt insbesondere bisher noch kein Urteil des Bundesgerichtshofes vor, so daß die Aufnahme von Wertsicherungsklauseln im Testament zulässig sein dürfte. (204)

199) Gesetz über Kapitalanlage-Gesellschaften v. 16. 4. 1957, BGBl I 1957, Nr. 14 v. 17. 4. 1957, S. 378 ff.

200) Ranniger, DNotZ 1951, S. 396 ff., Fögen, a. a. O., S. 1323 ff., Szagunn, aaO.

201) Eppig, a. a. O. NJW 1949, S. 543 ff. 202) Dürkes, a. a. O., S. 51

203) Dürkes, a. a. O., S. 51 204) ders., ebda.

Konnten die vorstehenden Betrachtungen zu § 3 des Währungsgesetzes auch nur einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Vorschrift geben, so dürfte doch zum Ausdruck gekommen sein, daß das Gebiet der Wertsicherungsvereinbarungen nicht der Willkür privatrechtlicher Vereinbarungen überlassen werden kann.

Zwar scheint es, daß insbesondere die Rechtsprechung bemüht ist, die Einschränkung der Vertragsfreiheit zu mildern und die Abwicklung des wirtschaftlichen Verkehrs innerhalb bestimmter Grenzen - wenn auch im Gegensatz zur Auffassung der Bundesbank stehend - zu fördern. Die grundsätzliche Einstellung des BGH zu den Fragen der Wertsicherung kommt im Urteil vom 17. 9. 53 (205) zum Ausdruck, wo es heißt: "Der Zweck des § 3 Währungsgesetz ist, wie das Berufungsgericht zutreffend ausführt, das Aufkommen eines die Stabilität der Währung gefährdenden Mißtrauens in die Wertbeständigkeit der Währung zu verhindern und durch Sicherung des Eigenwertes der DM die deutsche Inlandswirtschaft vor Erschütterung zu bewahren." Diese Furcht vor einem Mißtrauen in die Währung ist auch in einer Entscheidung des OLG Köln (206) zu finden, wo es heißt: "Zu einer solchen Umgehung dürfen die Gerichte ihre Hand nicht reichen. Sie würden sonst gerade dem Vorschub leisten, was das Währungsgesetz vermeiden will, nämlich dem Aufkommen von Mißtrauen in die Stabilität der Währung."

Dieses Mißtrauen in den Bestand der Währung wird zwar auch von Fögen (207) genannt, jedoch legt man von seiten der Genehmigungsbehörden diesem Umstand nicht die ausschlaggebende Bedeutung bei. (208)

Der Hauptzweck des § 3 WährG besteht darin, die Gefahren einzudämmen, die sich aus einem Überhandnehmen von solchen Klauseln für die Stabilität unserer Währung ergeben könnten.

Wie sehr auch die am Wertsicherungsrecht Interessierten es begrüßen würden, wenn die deutsche Bundesbank generelle Richtlinien für die Genehmigungsfreiheit veröffentlichen würde, und andererseits von seiten der Rechtsprechung keine gegensätzlichen Urteile Anlaß zu erneuten Auseinandersetzungen in der Literatur

205) NJW 53, S. 1912

206) Urteil v. 6.12.1950, NJW 51, S. 364

207) a. a. O., S. 1321 ff.

208) Es gibt auch Vereinbarungen, die nicht vor einer Geldentwertung schützen sollen und gleichwohl unter § 3 WährG fallen, andererseits Vereinbarungen, die zwar vor einer Geldentwertung schützen sollen, aber von § 3 WährG nicht erfaßt werden.

hervorrufen würden, so muß unter Würdigung des Zweckes der Vorschrift des § 3 Währungsgesetz zugegeben werden, daß die bisher geübte Genehmigungspraxis der einzig gangbare Weg ist, um die widerstrebenden Interessen zum Ausgleich zu bringen. (209)

Eine Grenzziehung auch unter Vorwegnahme der künftigen Entwicklung des Wertsicherungsrechtes heute vornehmen zu wollen, muß daran scheitern, daß § 3 des Währungsgesetzes in erster Linie als eine wirtschafts- und währungsrechtliche Vorschrift eng mit den jeweiligen Erfordernissen der Währungspolitik verknüpft ist, einer Politik, die unter der Einwirkung struktureller und konjunktureller Gegebenheiten als solche der jeweiligen Situation anzusehen ist und deshalb nicht mit den Maßstäben gemessen werden kann, die der Jurist gewohnt ist, bei Rechtsanwendung und Rechtsauslegung unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Voraussetzungen anzuwenden.

§ 3 des Währungsgesetzes wird unter diesen Umständen auch weiterhin als eine spezielle Vorschrift des öffentlichen Rechts einer individuellen Auslegung bedürfen, wie sie derzeit von den Genehmigungsbehörden als den allein zuständigen fachlichen Gremien gehandhabt wird.

209) Das Zentralbanksystem erteilt Genehmigungen gemäß § 3 WährG im Rahmen ihres pflichtmäßigen Ermessens. Gegen den ablehnenden Bescheid einer Landeszentralbank kann nach den Gesetzen über die Verwaltungsgerichtsbarkeit Einspruch eingelegt und gegen eine Zurückweisung des Einspruches Anfechtungsklage beim örtlich zuständigen Verwaltungsgericht erhoben werden.

VII. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium (210) hat sich mit dem Problem der Wertsicherungsklauseln befaßt und ist dabei zu folgenden Empfehlungen gekommen:

Die Flexibilität des Preisgefüges wird als wesentliche Eigenschaft der Marktwirtschaft angesehen. Wird das Ziel der Konjunkturpolitik, nämlich hohe Beschäftigung und Zahlungsbilanzausgleich bei Stabilität des Konsumgüter-Preisniveaus erreicht, so sind Wertsicherungsklauseln unnötig und ungefährlich, da sie in diesem Falle nicht effektiv werden.

1. Bei Preisvorbehalten, die eine künftige Leistung mit einer künftigen Preisbildung verknüpfen, gehen beide Vertragspartner ein gleich großes Risiko ein, da sie sowohl mit dem Steigen als auch mit dem Fallen von Preisen rechnen müssen.
2. Ein System wertgesicherter Sparguthaben und Versicherungsverträge würde alle Kredit- und Versicherungsinstitute zwingen, bei ihren Gegengeschäften die gleichen Wertsicherungen durchzusetzen. Die betriebswirtschaftlichen Schwierigkeiten eines solchen Systems brauchen nicht beschrieben zu werden. Darüber hinaus ist ein mit einer Indexmark rechnendes Geld- und Kredit-system mit einem in nominellen Währungseinheiten rechnenden Güter- und Leistungssystem überhaupt nicht kombinierbar.
3. Es besteht die Gefahr, daß der Staat in seiner Identität als Gesetzgeber und Schuldner im entscheidenden Augenblick die ihn betreffenden oder auch alle Wertsicherungsklauseln aufheben wird.
4. Für den Unternehmer als Schuldner könnte der Eindruck entstehen, daß Wertsicherungsklauseln eine die Gefahr von Inflation heraufbeschwörende oder verstärkende Verschuldung verhindern würden, weil die Investoren nicht damit rechnen können, bei allgemeiner Geldentwertung früher eingegangene Schulden mit entwertetem Geld zurückzuzahlen. Unternehmer, die auf diese Weise eine fortschreitende Geldentwertung in ihre Investitionspläne einkalku-

210) 49. Tagung am 17. und 18.11.1956 und 50. Tagung am 12. und 13.1.1957, Index- und Preisgleitklauseln, Bundesanzeiger Nr. 70 vom 10.4.1957.

lieren, müßten und würden ebenso das Risiko einkalkulieren, daß der Inflationsgrad auf dem Markt ihrer eigenen Absatzgüter geringer ausfallen könnte als der allgemeine Inflationsgrad, der den Realwert ihrer Schuldverpflichtungen bestimmt. Deshalb müßten sie versuchen, bei ihren Abnehmern eine Wertsicherung durchzusetzen. Die Abnehmer müßten sich analog verhalten und würden dadurch das Indexsystem weiter ausdehnen.

5. Die Regelung von Sozialrenten in einer Relation zur Verdiensthöhe der noch im Beruf stehenden Arbeitskräfte hat einmal direkt nichts mit Marktvorgängen zu tun und stellt zum anderen keine Indexklausel dar, weil sie jede Bindung an das Preisniveau der Konsumgüter vermeidet. (211)
6. Die Erfahrungen in verschiedenen Volkswirtschaften zeigen, daß mit der Anerkennung von Indexklauseln eine Verschiebung der wirtschaftspolitischen Zielsetzung von der Verstetigung des volkswirtschaftlichen Wachstums zu einer Stabilisierung von Indexzahlen - auch durch höchst zweifelhafte Manipulierung dieser Indexzahlen - verbunden sein kann.

Nach dem heutigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse in Nationalökonomie und Jurisprudenz gibt es keinen in allen Lagen und gegen alle Entwicklungen wirksam werdenden und gesetzlich fixierbaren Schutz gegen Geldentwertung. Die nur teilweise Ermöglichung von echten Wertsicherungsvereinbarungen müßte notwendig die Gläubiger nicht wertgesicherter Forderungen benachteiligen.

Die Erhaltung der Kaufkraft des Geldes ist Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik und insbesondere der im Aufgabenbereich einer unabhängigen Zentralnotenbank liegenden Geldmengenpolitik. Der Gesetzgeber übertrug deshalb die Überprüfung privatrechtlicher Wertsicherungsvereinbarungen nach § 3 des Währungsgesetzes dieser Institution.

Die Genehmigung von Vertragsklauseln, die Wertsicherungen zum Gegenstand haben können, erfolgt nicht nur unter dem Gesichtspunkt schutzwürdiger

211) Zur Produktivitätsrente schreibt die Züricher Zeitung vom 21. 10. 1956: "Die Kaufkraftverschlechterung wird zum gesetzlichen Tatbestand erhoben. Indem er auf dem Sozialgebiet eine Inflationssicherungsklausel für nötig hält, manifestiert der Staat selber, daß er damit rechnet, daß die Währung untergraben wird. Die Anpassungsformel wirkt psychologisch und dynamisch wie eine reine Indexklausel."

Schuldner- und Gläubigerinteressen, sondern ausschließlich im Hinblick darauf, ob sie geeignet sind, bei allgemeiner Anwendung die Währungs-, besonders aber die inländische Geldmengenpolitik der Zentralnotenbank zu behindern.

Die Vertragsfreiheit findet auf diesem speziellen Gebiet ebenso wie sonst im Privatrecht dort ihre Grenze, wo zwingende öffentliche Interessen berührt werden. Die Erhaltung der Kaufkraft des Geldes ist nur dann gewährleistet, wenn die mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik koordinierte Geldmengenpolitik auf Geldwerterhaltung gerichtet ist, und die angewandten wirtschaftspolitischen Mittel dieser Politik tatsächlich zum Erfolg verhelfen.

Literatur-Verzeichnis

Cassel	Theoretische Nationalökonomie, Leipzig, 1932
Duden	Gutachten für den 40. Deutschen Juristentag, Tübingen, 1953
Fisher	The Making of Index Numbers, Boston, 1927
Gestrich	Kredit und Sparen, Godesberg, 1947
Halm	Geld, Außenhandel und Beschäftigung, München, 1954
Helfferrich	Das Geld, Leipzig, 1910
Keynes	Vom Geld, München-Leipzig, 1932
Knapp	Die staatliche Theorie des Geldes, München, 1923
Lukas	Geld und Kredit, Heidelberg, 1951
Lütge	Einführung in die Lehre vom Gelde, München, 1948
Oberparleiter	Funktionen und Risiken des Warenhandels, Wien, 1955
Röpke	Die Lehre von der Wirtschaft, Erlenbach-Zürich, 1954
Schmalenbach	Dynamische Bilanz, Leipzig, 1926
Schmidt	Der Wiederbeschaffungspreis des Umsatztages in Kalkulation und Volkswirtschaft, Berlin, 1923
Ad. Weber	Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Berlin, 1953
Wolff	Private International Law, Oxford, 1950
B. Wootton	Plan or No Plan, London, 1934
Zwiedineck-Südenhorst	Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Berlin-Göttingen-Heidelberg, 1948

Zeitschriften

Betriebsberater, Zehntagedienst für Wirtschafts-, Steuer- und Sozialrecht, Heidelberg, 1949-1958

Blätter für Grundstücks-, Bau- und Wohnungsrecht, Neuwied, 1954

Berichte der Bank Deutscher Länder, Frankfurt/M., 1951

Der Betrieb, Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerwesen, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht, Düsseldorf, 1951/52

Deutsche Notar-Zeitschrift, München und Berlin, 1951

Deutsche Rechts-Zeitschrift, Tübingen, 1947

Dürkes, Schriften des Betriebsberaters, Wertsicherungsklauseln, Heidelberg, 1956

Monatsschrift für Deutsches Recht, Hamburg, 1953 und 1958

Neue Juristische Wochenschrift, München und Berlin, 1949-1958

The Economist, Sonderschrift, London, 1951

Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 1957

Deutsche Sparkassenzeitung, Berlin, 1929

Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanzzeitung, Frankfurt/M., 1951

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/M., 1952

Züricher Zeitung vom 21.10.1956, Zürich

Gesetze und Verordnungen

Gesetz Nr. 51, Mark - Mark Gesetz v. 1. 7. 45 der amerikanischen Militärregierung

Mitteilungen der Bank Deutscher Länder v. 14. 7. 1948

Währungsgesetz Nr. 61 v. 1. 8. 1948 der amerikanischen Militärregierung

Umstellungsgesetz Nr. 63 v. 1. 8. 48 der amerikanischen Militärregierung

Mitteilungsblatt des VAW 1948

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23. 5. 1949

DM - Bilanz - Gesetz v. 21. 8. 1949

Wirtschafts-Strafgesetz v. 29. 3. 1950

Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften v. 16. 4. 1957

Bundesanzeiger v. 10. 4. 57, Köln

Gesetz über die Deutsche Bundesbank v. 30. 7. 57,
BGBI. I, S. 745 ff.

Erbbaurechts-Verordnung v. 15. 1. 1919

Urteile des Reichsgerichtes in Zivilsachen

Urteile des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen



Lebenslauf

Geboren: 2. April 1922 in München

Religion: kath.

Eltern: Max Spitzl, Kassenleiter, verstorben am 31. 8. 1950

Anna Spitzl, geb. Schopper, verstorben am 28. 7. 1944

Familienstand: verheiratet, ein Sohn

Schulbildung: 5 Jahre Volksschule

4 Jahre Gymnasium

3 Jahre Wirtschaftsaufbauschule

Arbeitsdienst: 4. 1. 1941 - 1. 10. 1941

Wehrdienst: 15. 10. 1941 - 9. 5. 1945

Russische Kriegsgefangenschaft: 9. 5. 1945 - 4. 8. 1949

Berufstätigkeit: Vertragsangestellter in der Finanzverwaltung

1. 12. 1949 - 1. 7. 1952

Reifeprüfung: Oberrealschule Ingolstadt April 1953

Studium an der Universität München: 1953 - 1955

Diplomprüfung: für Kaufleute: 29. 7. 1955 Universität München



